



Nr. 405 | 31.07.2021

Russland-Analysen

Arktis

■ EDITORIAL		
Sommerpause, на дачу		2
<hr/>		
■ ANALYSE		
Arktische Visionen: Die sowjetische Expansion nach Norden		2
Elias Angele (Universität Bremen)		
■ ANALYSE		
Russlands Arktis-Strategie bis 2035 – Große Pläne und ihre Grenzen		6
Janis Kluge & Michael Paul (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)		
■ ANALYSE		
Der russische Vorsitz im Arktischen Rat:		
Prioritäten und Implikationen für den Hohen Norden Russlands		10
Alexander Sergunin (Sankt Petersburger Staatliche Universität)		
■ KOMMENTAR		
Russlands arktischer Balanceakt		13
Nadja Douglas (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS), Berlin)		
■ STATISTIK		
Russland und die Arktis		16
■ DOKUMENTATION		
Russland und die Arktis: Eine Auswahl aktueller Publikationen		22
<hr/>		
■ STATISTIK		
Covid-19 in Russland, Stand 29./31. Juli 2021		31
■ CHRONIK		
Covid-19-Chronik, 14. Juni – 17. Juli 2021		45
<hr/>		
■ CHRONIK		
16. Juni – 18. Juli 2021		51

EDITORIAL

Sommerpause, на дачу

Die Russland-Analysen machen wie üblich im August Sommerpause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 406 – erscheint voraussichtlich am 17. September 2021. Gemeinsam mit den anderen Länder-Analysen ist sie im September dem Schwerpunkt »30 Jahre nach dem Zerfall der Sowjetunion« gewidmet. Ferner sind Ausgaben zu den Duma-Wahlen und den deutsch-russischen Beziehungen sowie zu Themen wie Ferner Osten und Polizei geplant. Vorerst wünschen wir Ihnen, unseren Leserinnen und Lesern, einen erholsamen Sommer.

Falls Sie auch während unserer Sommerpause aktuelle Analysen und Kommentare der Redaktion der Länder-Analysen sowie der herausgebenden Institutionen lesen wollen, finden Sie regelmäßig aktuelle Links beim (auch ohne Anmeldung) frei zugänglichen Twitter-Konto der Länder-Analysen: <https://twitter.com/laenderanalysen>

Die Redaktion der Russland-Analysen

Fabian Burkhardt, Matthias Neumann, Hartmut Schröder, Alena Schwarz und Anastasia Stoll

ANALYSE

Arktische Visionen: Die sowjetische Expansion nach Norden

Elias Angele (Universität Bremen)

DOI: 10.31205/RA.405.01

Zusammenfassung

In der Geschichte des Russischen Reichs finden sich viele Versuche, die Arktis zu erforschen. Doch erst mit der Gründung der Sowjetunion wurde ein staatliches Programm zur systematischen Ausbeutung ihres wirtschaftlichen Potentials geschaffen. Während der Fokus anfangs auf den Nordwesten gelegt wurde, dehnte er sich unter Stalin auf die gesamte arktische Küste aus. Der Wunsch nach einer dauerhaft befahrbaren und intensiv genutzten Nordostpassage war allerdings epochenübergreifend präsent, ohne dass er je Wirklichkeit geworden wäre. Denn mit Beginn des Kalten Krieges wurde die hochmilitarisierte Arktis abgeschotet. Ein ambitionierter Versuch, die Arktis zu demilitarisieren und für den internationalen Verkehr erneut zu öffnen, fand durch die Implosion der Sowjetunion ein jähes Ende.

Wo beginnt die Arktis?

Die russländische Föderation verfügt unter den insgesamt acht Arktisanrainern über das größte Gebiet in polaren Breitengraden. Während Kanada als zweitgrößter Staat ein dichtes Netz arktischer Inseln besitzt, gehört der absolute Großteil der russischen Polargebiete zum Festland. »Arktika« meint dabei im russischen Sprachgebrauch nie nur den arktischen Ozean, sondern bezieht sich immer auch auf die nördlichsten Regionen des Landes, in dem zahlreiche Menschen leben und leben. Damit sind auch weite Flächen südlich des Polarkreises und der Baumgrenze einbezogen. Seine nördlichen Territorien erbte Russland von der Sowjetunion, mitsamt den ökologischen, demographischen und militärstrategischen Problemen. Und genau wie diese Probleme sind auch die gegenwärtigen Visionen für eine wärmere Arktis nicht besonders neu. Die kom-

plexe Geschichte ihrer Erschließung ist geprägt von den Wünschen nach Rohstoffen und einem Seeweg, der auf dem Papier betrachtet ohne Weiteres dem Suez-Kanal den Rang ablaufen könnte. Besonders einfach gestaltete sich die Nutzbarmachung der Arktis allerdings nicht: Mangelndes Wissen und ungenügende Technik verbanden sich mit Zwangsarbeit und militärischer Abschotung – zu oft auf Kosten der Umwelt und des Klimas.

Erste Anfänge: »Entdeckung«, Kolonisation und Wissenschaft im Zarenreich

In der Geschichte des russischen Zarenreichs nahm die Arktis eine untergeordnete Rolle ein, wobei es immer wieder Momente gab, in denen die nördlichsten Territorien des Reichs eine wichtige Bedeutung hatten. Ein frühes Beispiel hierfür ist der Aufstieg Michail Lomonossows, der, geboren und aufgewachsen am Weißen

Meer unweit von Archangelsk, im 18. Jahrhundert zum einflussreichen Wissenschaftler werden sollte. Zwar hatte sich Archangelsk schon damals zu einer wichtigen Hafenstadt entwickelt, über die Waren aus Westeuropa importiert wurden, aber die Polargebiete waren im Grunde genommen der zaristischen Herrschaft und Nutzung weitestgehend entzogen. Die noch junge russische Akademie der Wissenschaften begann darum, Expeditionen auszurüsten, die das Umweltwissen über die Arktis und Sibirien vergrößern sollten. Zahlreiche junge Wissenschaftler wurden dafür zur Ausbildung in andere Länder geschickt. Auf diesem Wege gelangte auch Lomonossow nach Marburg und Freiberg, um sich in Fragen der Chemie und des Bergbaus unterrichten zu lassen. Gleichzeitig brach eine Zeit bahnbrechender Expeditionen an, die nicht nur erstes kartografisches Wissen über die Arktis in die westlichen Städte brachten, sondern auch wesentlichen Anteil an der Begründung der neuzeitlichen Naturwissenschaften in Russland hatten. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts spielten sogenannte Entdeckungsfahrten die dominante Rolle in der Erschließung des Nordens. Immer wieder waren dabei ausländische Experten beteiligt, weswegen beispielsweise die nördlichste Inselgruppe der russischen Arktis 1873 nach dem damaligen österreich-ungarischen Kaiser Franz Joseph I. benannt wurde. Besondere Wichtigkeit besaß außerdem Fridtjof Nansens Fram-Expedition 1893—1896, während der zum ersten Mal ein Schiff planmäßig festfror, um so die zirkuläre Drift des arktischen Meereises zu nutzen und möglicherweise auf diese Weise den Nordpol zu erreichen. Er wurde dabei von russischen Unternehmern mit Interessen in Sibirien großzügig unterstützt. Nansens Expedition sollte der Auftakt für eine umfassende Messkampagne in der Arktis durch Driftstationen im 20. Jahrhundert sein. Trotz dieser spektakulären Expeditionen konnte um die Jahrhundertwende beileibe nicht von einer Herrschaft des Zaren, geschweige denn von einer systematischen Ausbeutung der Ressourcen in der Arktis gesprochen werden. Als sich 1897 Admiral Stepan Makarow bemühte, die Wichtigkeit der Arktis für das russische Zarenreich überzeugend darzustellen, wählte er einen bis heute viel zitierten Vergleich: Wenn Russland ein Gebäude sei, so sei es schwierig zu übersehen, dass dessen Fassade zur Arktis zeige. Makarow wollte so den Blick der Machthaber nach Norden wenden und vermitteln, dass es ein großer Vorteil wäre, den Arktischen Ozean befahren zu können. Zwar verfügte die russische Flotte alsbald über ihren ersten Eisbrecher, jedoch konnte von einer schiffbaren Nordostpassage, die entlang der Küste von Archangelsk bis zur Beringstraße verlaufen würde, keine Rede sein. Das sollte das Land alsbald schmerzhaft im russisch-japanischen Krieg erfahren. Eine durchfahrbare Nordostpassage, so wurde immer wieder argumen-

tiert, hätte möglicherweise den Sieg gebracht. Die baltische Flotte war gezwungen, nicht nur den gigantischen Umweg durch den Suez Kanal, sondern auch um das Kap der Guten Hoffnung ins gelbe Meer nehmen zu müssen. Über die rund 5 600 Kilometer lange – und damit wesentlich kürzere – Nordroute hätte sie deutlich schneller zu den Kampfplätzen gelangen können.

Nach der Niederlage begann eine erneute Expeditionswelle, die auch einige Erfolge verzeichnen konnte. Immerhin wurde zum ersten Mal im 20. Jahrhundert die Passage komplett von zwei Schiffen durchfahren, wenn auch mit einer Überwinterung 1914–1915. Im Ersten Weltkrieg wirkte sich die vernachlässigte Erschließung der Arktis erneut negativ aus. Da die russische Flotte in den baltischen und Schwarzmeerbahnen schon in den ersten Monaten isoliert war, musste sich die zaristische Kriegsführung auf die Häfen im Osten des Reiches und auf Archangelsk verlegen, letzteres war nicht einmal ganzjährig eisfrei. Erst aufgrund dieses Drucks startete ein umfassenderer Versuch, die nordwestlichen Territorien des Reiches zu kolonisieren. Die Kola-Halbinsel wurde dabei in erster Linie durch eine Eisenbahnlinie erschlossen. Die Endhaltestelle lag in »Romanow am Murman«, dem späteren Murmansk, das 1916 gegründet wurde. Hierdurch sollte das russische Reich einen weiteren Hafen erhalten, der durch mildere Atlantikströmungen ganzjährig eisfrei blieb. Ein solch umfassendes Projekt mitten im Krieg zu beginnen, brachte jedoch zahlreiche Schwierigkeiten mit sich, was sich zuallererst in mangelnder Arbeitskraft äußerte. Zum ersten Mal wurden deshalb Formen der Zwangsarbeit in diesem schwer zugänglichen Terrain angewendet, wobei Legionen von Kriegsgefangenen unter den harschen Bedingungen des nördlichen Klimas zum Bau der »Murmanbahn« gezwungen wurden.

Die sowjetische Arktis: Ein Kanada mit GULag

Durch den Bau der Eisenbahnlinie entwickelte sich das erste groß angelegte Erschließungs- und Modernisierungsprojekt in den sowjetischen Polarregionen. Nach den Revolutionen des Jahres 1917 kämpfte die rote Armee im Bürgerkrieg auf der Kola-Halbinsel nicht nur gegen Weißgardisten, sondern auch gegen Truppen der Alliierten, die sich gegen die Bolschewiki gewandt hatten. Die Machtfrage war erst im Frühjahr 1920 entschieden und die Bolschewiki machten sich an den weiteren Ausbau der Infrastruktur der Region. Im Folgejahr forderte eine Hungersnot unzählige Opfer. Wohl gerade auch aus diesem Grund sollten die natürlichen Rohstoffvorkommen des Nordens intensiver erkundet werden. Dafür wurde die sogenannte »Nördliche wissenschaftlich-gewerbliche Expedition« gegründet, deren Protagonisten vor allem Technokraten aus dem ehemaligen

Zarenreich waren. Die ersten Publikationen der Organisation widmeten sich dann vornehmlich biologischen Themen, um beispielsweise bei der Erfassung von Fischbeständen im Weißen Meer dienlich zu sein und so zur Ernährungssicherung der Bevölkerung beizutragen. In der Folge entwickelte sich die Kola-Halbinsel zu der am stärksten industrialisierten Polarregion der Sowjetunion. Die umfassende Erschließung und Nutzbarmachung der Arktis wurden endgültig zum staatlichen Programm.

Die neue Sowjetregierung nutzte die Expertise ehemals zaristischer Eliten und orientierte sich ebenfalls an den Kolonialplänen anderer Staaten. Im Falle der Arktis schien Kanada das geeignete Vorbild zu sein, weswegen bald von einer »Kanadaisierung« des Nordens gesprochen wurde: Die Verwaltung der Eisenbahn war bald umfassend für die wirtschaftliche Erschließung der Region zuständig und sie sollte eine als peripher und einsam wahrgenommene Landschaft nutzbar und zugänglich machen. In Regierungskreisen war man sich sicher: So wie der Bau der Eisenbahnen die US-amerikanische Nation geschaffen habe, würde die Eisenbahnlinie nach Murmansk das sowjetische Volk verbinden. Kanada wurde dabei als Vergleichsland vorgezogen, weil die klimatischen Bedingungen passender zu sein schienen. Mit »Kanadaisierung« drückte sich aber auch eine Sichtweise aus, die sich in den Erschließungsprojekten der Sowjetunion immer wieder zeigen sollte: Die Vorstellung einer unberührten oder rückständigen Natur, die nur darauf warten würde, erschlossen und nach Plan ausgebeutet zu werden.

Zunächst jedoch konzentrierte sich die Erschließung auf den Nordwesten des Landes. Seine Abgelegenheit von urbanen Zentren gab einer weiteren zentralen Entwicklung in der Sowjetunion den Vorzug: Der Entstehung des Systems der Arbeitslager und seiner zentralen Verwaltung – »GULag«. Es waren die kleinen Solowezki-Inseln im Weißen Meer, auf denen die Bolschewiki 1923 erste Modelllager errichteten. Häftlinge der Lager wurden an zahlreichen Erschließungsprojekten zur Arbeit gezwungen, eine Dynamik, die sich während der Stalin'schen Fünfjahrespläne ins Extreme steigerte. Gerade der Weißmeer-Ostsee-Kanal wurde zum sowjetischen Riesenprojekt schlechthin und war gleichzeitig Stalins erstes arktisches »GULag-Projekt«, bei dessen Bau unzählige Menschen aufgrund zu hoher Arbeitsbelastung und miserabler Versorgung starben. Die Erschließung von Rohstoffen und der Ausbau der Infrastruktur gingen in der Arktis Hand in Hand und schloss die weitere Verzweigung und Gründung von Lagern mit ein.

Polarhelden, oder: Kosmonauten im Eis

Als die New Yorkerin Ruth Gruber Mitte der 1930er-Jahre als erste Korrespondentin aus dem Ausland die sowjetische Arktis besuchte, wurde ihr freilich ein vollkommen anderes Bild geboten. Voller Hochachtung beschrieb sie dann auch die monumentale Anstren-

gung, die unternommen wurde, um die Nordostpassage zu erschließen. Denn im Grunde genommen sollte die arktische Küste und der »Nördliche Seeweg«, wie er im Russischen genannt wird, so erschlossen werden, wie die Halbinsel Kola durch die »Murmanbahn«. »Glawsew morput« war die Abkürzung für die 1932 gegründete Hauptverwaltung des nördlichen Seewegs. Sie wurde im Verlauf des Jahrzehnts zu einer monolithischen Organisation, die alle Unternehmungen in der Region verwaltete. Im zweiten Fünfjahresplan standen »Glawsew morput« dann auch erstmalig großzügig bemessene Mittel zur Verfügung, um ein Programm umzusetzen, das über gelegentliche Forschungsexpeditionen hinausging. Ein umfassendes Programm zur regelmäßigen Erhebung von Daten institutionalisierte die sowjetischen Polarwissenschaften in nie dagewesenem Ausmaß. Die gesamte Arktisküste sollte nun strukturiert für die Wirtschaft und die Seefahrt erschlossen werden. Damit setzte auch eine erste Urbanisierungswelle der (Sub-)Polarregionen ein. Ruth Gruber steckte sich förmlich an diesem arktischen Pionierfieber an, als sie aus dem neugegründeten Hafenstädtchen Igarka für den New York Herald Tribune berichtete. Sie beschrieb ganz im Ton der staatlichen Propaganda eine hart arbeitende Bevölkerung, die fest an das stalinistische Modernisierungsprojekt glaubte und die Tundra zum Leben erwecken wollte. In den Sommermonaten sollte der Flusshafen Igarkas zur Ausfuhr von Holz dienen, wodurch ein zwar nur saisonaler, aber durchaus reger internationaler Schiffsverkehr herrschte. Besonders beeindruckt und unkritisch zeigte Gruber sich über die Rolle der Frauen in diesen Aufbauprojekten: Igarka wurde von einer Bürgermeisterin verwaltet und sogar der charismatische Leiter von Glawsew morput, Otto Schmidt, versicherte der staunenden Autorin: »Es gibt nichts, was Frauen in der Arktis nicht tun können und sie machen es ebenso gut wie die Männer. Manchmal denke ich, sogar besser.« Nur 220 Kilometer nördlich mussten Häftlinge beim Abbau von Nickel und anderen Rohstoffen im sogenannten »Norillag« arbeiten. Sie trugen dazu bei, die größte, auf Permafrost gebaute Industriesiedlung der Welt aufzubauen. Davon ist in Grubers Beschreibungen jedoch nichts zu finden.

In der öffentlichen Wahrnehmung, sowohl international wie in der UdSSR, waren die späten zwanziger und vor allem die dreißiger Jahre stattdessen geprägt von spektakulären Erfolgen sowjetischer Polarfahrer. Als 1928 der Zeppelin »Italia« auf seiner Rückkehr vom Nordpol abstürzte und die Crew vermisst wurde, starteten mehrere Rettungsexpeditionen. Der weltbekannte Entdeckungsreisende Roald Amundsen kam bei einem dieser Versuche ums Leben. Es war eine Sensation, als zwei sowjetische Eisbrecher die Mannschaft unbeschadet bergen und nach Hause bringen konnten. Nur vier Jahre später gelangten sowjetische Schiffe erstmals innerhalb einer

Saison bis zum Hafen von Yokohama über die Nordroute. Und auch in der Luft wurden Rekorde verzeichnet: Es war ein sowjetisches Flugzeug, das zum ersten Mal über den Pol flog. Es war ein sowjetischer Fallschirmspringer, der zum ersten Mal über dem Pol absprang. Und es war ein sowjetisches Flugzeug, das den ersten Transarktis-Flug von Moskau nach Oregon erfolgreich absolvierte. Die sowjetischen »Poljarniki« wurden frenetisch gefeiert und sie waren gewissermaßen die ersten Kosmonauten, bevor es überhaupt ein Weltraumprogramm gab.

Die Arktis friert ein: Militarisation und Abschottung

Denjenigen, die die Anstrengungen zur Erschließung der Arktis beobachteten, muss klar gewesen sein, dass das Wissen über die Polarregionen auch einen wichtigen strategischen Vorteil mit sich brachte. In der Tat wurde auch die militärische Infrastruktur an der arktischen Küste ab 1933 systematisch ausgebaut. Bereits 1926 hatte die Sowjetunion offiziell verlauten lassen, dass sie einen riesigen Sektor – vom jeweils westlichen und östlichen Ende des Staatsgebiets bis zum Nordpol – als eigenes Territorium beanspruchte. Die Expansion – gepaart mit dem großen Wissensschatz über die Polarregionen, den sich die Sowjetunion spätestens seit den 1930er Jahren aufgebaut hatte – wurde dann auch bestimmend in der militärischen Konfrontation im Kalten Krieg. Auf beiden Seiten der Supermächte wurde davon ausgegangen, dass in einer neuen Konfrontation die Arktis zum Kriegsgebiet werden würde, vor allem durch den Einsatz immer modernerer U-Boote. Für die Navigation und Ortung der Schiffe unter dem Eis war ein komplexes Wissen nötig, in dem sich die US-amerikanische Marine im Vorteil sah. Denn seit Mitte der fünfziger Jahre hatte sich die sowjetische Polarwissenschaft Nansens Prinzip zu eigen gemacht und kleine temporäre Observatorien auf dem arktischen Meereis errichtet. Diese Driftstationen wurden mit Flugzeugen versorgt. Auf ihnen wurden umfassende Messkampagnen bis zum Ende der Sowjetunion kontinuierlich durchgeführt.

Somit versank die Arktis im Nebel geostrategischer Überlegungen und verlor damit sein ökonomisches Potential als Handelsroute für die globale Schifffahrt. Wichtige polare Rüstungs- und Industriezentren wie Sewerodwinsk und Norilsk wurden zu geschlossenen Städten, in der die Bevölkerung zwar oft materiell begünstigt wurde, aber gleichzeitig mit Abschottung, Umweltverschmutzung und dem harschen Klima fertig werden musste. An ambitionierten Ideen zur Umgestaltung der natürlichen Verhältnisse mangelte es in der post-stalinistischen Ära indes nicht. Es wurden Versuche unternommen, Meereis großflächig und nachhaltig zu schmelzen, mit fossilen Brennstoffen, elektrischem Strom und Farbpulver. An der Kontrolle von Wolkenbildung und Niederschlagsmengen wurde nicht nur in der Sowjetunion, sondern welt-

weit intensiv geforscht. Und während der Aralsee langsam austrocknete, wurde noch bis in die 1980er Jahre ein gigantisches Projekt zur Umleitung sibirischer Flüsse nach Süden verfolgt, das mit Sicherheit zu einer verstärkten Vereisung der Flussmündungen in der Arktis geführt und somit an anderer Stelle verheerende ökonomische und ökologische Folgen gehabt hätte. Zwar war die sowjetische Flotte, vor allem durch den Bau nuklear getriebener Eisbrecher, deutlich gewachsen, aber wirtschaftliche Stagnation und militärische Abschottungspolitik trugen zu einer Vernachlässigung der Polarregionen bei. Abwanderung und marode Infrastruktur waren die Folgen.

Während der Perestrojka versuchte Gorbatschow wie an vielen anderen Stellen, auch die Arktis wiederzubeleben. 1987, in einer Rede im nunmehr zur wichtigsten arktischen Hafenstadt gewachsenen Murmansk, vollzog der Generalsekretär eine politische Kehrtwende: Er schlug verstärkte wissenschaftliche Kooperation vor und er stellte sogar eine Demilitarisierung in Aussicht, um schließlich die Nordostpassage wieder für den internationalen Verkehr zu öffnen. Die Rede war eine Sensation. Doch nur wenige Jahre später implodierte die Sowjetunion und mit ihr der Versuch zur erneuten Öffnung der Region mit ungebrochen großem Potential. Letzteres auszuschöpfen hat sich erst in den letzten Jahren die russische Politik wieder zur Aufgabe gemacht.

In den 1990er Jahren lag die Arktis weitestgehend brach. Eine marode Infrastruktur, Unmengen von Schrott und eine stete Abwanderung der Bevölkerung waren die Folgen. Erst mit dem Eingang in das neue Jahrtausend begannen russische Unternehmen und die Regierung, ihre Aufmerksamkeit erneut auf die Arktis zu lenken. Die Rohstoffvorkommen, die schon in den 1930er Jahren erschlossen werden sollten, befeuern nun wieder die Vorstellungskraft der ökonomischen und politischen Eliten. Die Arktis, so Wladimir Putin »ist ohne Übertreibung die Schatzkammer der Welt und wir sind bereit, diesen Schatz zu bergen.« Der Zugang zu Bodenschätzen soll wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts über ambitionierte Infrastrukturprojekte ermöglicht werden. Der Eisenbahn kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu, denn durch eine Polarmagistrale sollen der europäische und asiatische Teil des Landes verbunden werden. Auch hierzu gibt es einen historischen Vorläufer: Die Pläne für eine solche Linie von Tschum über Salechard bis Igarka wurden bereits Ende der 1940er Jahre ausgearbeitet und in Teilen umgesetzt. Der Versuch zum Bau einer arktischen Eisenbahnlinie wurde nach dem Tod Stalins abgebrochen – und erfährt nun ein Revival. Und selbstverständlich ist auch das schillerndste Großprojekt der Arktis unvergessen: Bis 2035 soll ein ganzjähriger, reibungsloser und kostengünstiger Verkehr durch die Nordostpassage möglich sein.

Information über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Elias Angele ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte und Kultur Osteuropas an der Universität Bremen. Er promoviert zu sowjetischen Polarstrategien im Kalten Krieg.

Lesetipps

- Bruno, Andy (2016): *The Nature of Soviet Power. An Arctic Environmental History*. New York: Cambridge University Press.
- Gorbatschow, Michail S. (1988): Pust' Sewer planety, Arktika stanut soj mira (is retschi na torshestwennom sobranii, poswaschtschennom wrutscheniju gorodu Murmansku ordena Lenina i medali »Solotaja swesda« 1 -oktjabrja 1987 g.), in: Poljarnyj krug, Moskwa: Mysl', S. 9–12.
- Gruber, Ruth (1944): *I went to the Soviet Arctic*. New York: Viking Press.
- McCannon, John (1998): *Red Arctic. Polar exploration and the myth of the north in the Soviet Union, 1932 – 1939*. New York, NY: Oxford University Press.
- Mildenerger, Florian (2000): Die Polarmagistrale. Zur Geschichte strategischer Eisenbahnprojekte in Russlands Norden und Sibirien (1943 bis 1954). In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 48 (3), S. 407–419.
- Renner, Andreas (2020): Markt, Staat, Propaganda. Der Nördliche Seeweg in Russlands Arktisplänen. In: *Osteuropa* 70 (5), S. 39–60.

ANALYSE

Russlands Arktis-Strategie bis 2035 – Große Pläne und ihre Grenzen

Janis Kluge & Michael Paul (Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin)

DOI: 10.31205/RA.405.02

Zusammenfassung

Russland hat im Oktober 2020 eine bis 2035 geltende Entwicklungsstrategie für die Arktis beschlossen. Sie spiegelt die Hoffnungen, aber auch die Bedrohungsszenarien wider, die der Kreml mit der fortschreitenden Erwärmung der Arktis verbindet. Die reichlich vorhandenen Rohstoffe, allen voran Gas und Öl, sollen weiter erschlossen, der Bevölkerung bessere Lebensstandards geboten werden. Moskau hofft zudem, mit der Nördlichen Seeroute langfristig eine neue Arterie der Weltschifffahrt etablieren und kontrollieren zu können. Die zusehends eisfreie Arktis weckt in Russland aber auch Sorgen, dass russisches Territorium im Norden auf neuartige Weise verwundbar werden könnte. Diesen Sorgen begegnet es mit dem Wiederaufbau seiner Militärpräsenz. Schließlich will Moskau auch das ökologische Gleichgewicht der Arktis bewahren. Vieles spricht indes dafür, dass zwar die Energiewirtschaft und das Militär in der Region zum Zuge kommen, Gelder für den Umweltschutz und die Unterstützung der Bevölkerung aber weiterhin ausbleiben.

Am 26. Oktober setzte Wladimir Putin eine neue Entwicklungsstrategie (<https://www.publication.pravo.gov.ru/Document/View/0001202010260033>) für die Arktis in Kraft, die Russlands Politik in der Region bis 2035 prägen soll. Sie beruht auf den im März verabschiedeten Grundlagen (<https://www.kommersant.ru/doc/4277362>) der Arktispolitik und löst die 2013 beschlossene Arktis-Strategie 2020 (<http://government.ru/info/18360/>) ab.

Der Arktis wird in der russischen Politik seit Ende der 2000er Jahre zunehmend Aufmerksamkeit zuteil, wie sich in diversen Strategien, Programmen und Reden

des Präsidenten spiegelt. Die Reaktivierung und Modernisierung militärischer Stützpunkte in der Arktis zeugen ebenfalls davon. Voraussichtlich im Mai 2021 wird Russland den Vorsitz des Arktis-Rats übernehmen, was die Region zusätzlich in den Fokus rückt.

Die Zeichen in der neuen Strategie stehen größtenteils auf Kontinuität. Zwischen den Zeilen werden aber auch Veränderungen sichtbar, die sich in der russischen Innen- und Außenpolitik seit 2013 ergeben haben. So verweist auch die neue Strategie auf mögliche internationale Kooperationen, allerdings erhalten die Bedrohungsszenarien mehr Raum. Zivilgesellschaftliche Organisa-

tionen, die 2013 noch als Partner in der Umsetzung der Strategie genannt wurden, kommen nun nicht mehr vor. Schließlich hat sich auch die Einschätzung des Klimawandels verändert.

Arktische Problemzonen

Besondere Priorität erhält in der neuen Strategie die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bewohner der Arktis. Der Bevölkerungsschwund, unter dem die gesamte arktische Zone seit dem Ende der Sowjetunion leidet, soll bis 2030 gestoppt werden. Jahr für Jahr verlassen netto rund 18 000 der 2,4 Millionen Einwohner die russische Arktis. Es lohnt sich finanziell kaum noch, dauerhaft in der arktischen Dunkelheit und Kälte sesshaft zu werden. Zwar liegen die durchschnittlichen Einkommen über dem russischen Mittel, allerdings sind auch die Lebenshaltungskosten deutlich höher.

Vom rauen Klima abgesehen ist das Fehlen oder Zerfallen der Infrastruktur (<https://www.reuters.com/article/us-russia-bridge/russias-rail-link-to-port-of-murmansk-severed-by-bridge-collapse-idUSKBN2390X7>) im Norden das größte Problem für Bevölkerung und Wirtschaft. Das durch die Erwärmung bedingte Auftauen der Permafrostböden wirkt sich verheerend aus. 70 Prozent der Infrastruktur sollen in den nächsten Jahren betroffen sein. Gleichzeitig hängen viele auf regionaler Ebene konzipierte Projekte für den Neubau von Straßen, Schienen und Häfen in der Luft, weil Finanzmittel aus dem Staatshaushalt ausbleiben. Dabei ist die arktische Zone aus Moskauer Sicht nur eine von vielen problematischen und strukturschwachen Gebieten der Russischen Föderation. Zwar wurde bereits im Jahr 2014 ein staatliches Programm für die sozioökonomische Entwicklung der Arktis aufgelegt. Für die Jahre 2021–2023 sind im föderalen Haushalt dafür allerdings nur 17,6 Milliarden Rubel (190 Millionen Euro) vorgesehen. Zum Vergleich: Das Programm zur Entwicklung der Krim soll über 300 Milliarden Rubel (3,2 Milliarden Euro) kosten.

Weil die hehren Ziele vergangener Arktis-Strategien nicht mit entsprechenden Haushaltsmitteln unterlegt wurden, gibt heute allein die mächtige Energieindustrie in Russlands Norden den Takt vor. Über 90 % der russischen Erdgas- und 17 % der Ölförderung entfallen auf die arktische Zone. Neue Großprojekte wie die Flüssiggas-Anlagen des Konzerns Novatek auf den Yamal- und Gydan-Halbinseln sind der zentrale Motor, der den lokalen Ausbau von Infrastruktur antreibt. Das gilt nicht nur für den Bau von Schienen und Straßen im westlichen Teil der russischen Arktis, der mit privatem Kapital realisiert werden soll – etwa als Konzession oder öffentlich-private Partnerschaft –, sondern auch für die Häfen der Nördlichen Seeroute (NSR) und ihre Anbindung an die russischen Industriegebiete. 2018 hatte Staatspräsident Putin in seinen natio-

nen Zielen (<http://www.kremlin.ru/acts/bank/43027/page/2>) festgelegt, dass das jährliche Transportvolumen auf der NSR bis 2024 auf 80 Millionen Tonnen vervierfacht werden soll. Derzeit wird in Moskau über dieses Ziel gestritten (<https://thebarentsobserver.com/ru/arktika/2020/10/federalnye-chinovniki-ne-mogut-dogovoritsya-o-cifrah-gruzopotoka-v-arktike>), das inzwischen als unrealistisch gilt. Der von Rosatom auf 11,7 Milliarden US-Dollar (<https://www.reuters.com/article/us-russia-rosatom-arctic/rosatom-sees-northern-sea-route-costs-at-735-billion-roubles-russian-budget-to-provide-a-third-idUSKCN1TP1LB>) geschätzte Investitionsbedarf für die NSR soll zu einem Drittel vom russischen Staat getragen werden, der Rest von Rosatom, Rosneft, Novatek, Gazprom Neft, Gazprom, Nornickel und Banken sowie künftigen Nutzern der NSR.

Weitere Entwicklungsimpulse durch kommerzielle Projekte verspricht sich Moskau von der Offshore-Förderung von Öl und Gas in der Arktis. Bisherige Vorstöße sind größtenteils infolge der westlichen Sanktionen zum Erliegen gekommen. Der umworbene Ersatz-Partner China kann nur begrenzt die Technologie (u. a. zur seismischen Erkundung von Ölfeldern in der Barentssee) und das notwendige Kapital zur Verfügung stellen. Zudem ist fraglich, ob der Ölpreis in Zukunft die Erschließung dieser schwer zugänglichen Reservoirs rechtfertigt. Bleiben die Preise unter 80 US-Dollar pro Fass (derzeit rund 40 US-Dollar (<https://www.profinance.ru/chart/urals/>)), ist die Nutzung arktischer Offshore-Felder nicht wirtschaftlich. Auch die geplante Erschließung neuer Kohle-Vorkommen geht nur schleppend voran. Das Zeitfenster für die Förderung der schwer erreichbaren fossilen Ressourcen dürfte sich langsam schließen, wenn die Nachfrage aufgrund der internationalen Klimaschutz-Bemühungen nachlässt.

Neue Bedrohungsszenarien

Der Schutz der langen arktischen Küste Russlands wurde bislang auch durch die extremen Klimabedingungen gewährleistet, die als natürliche Barriere wirkten. Die Auflösung des »ewigen Eises« bereitet Sorgen. In der neuen Strategie ist von einer Zunahme des Konfliktpotentials die Rede, die einen dauerhaften Ausbau der russischen militärischen Kräfte in der Arktis erfordere.

Russland erhält gewissermaßen neue Außengrenzen, die es vor einem potentiellen Aggressor zu schützen gilt. Kriegsschiffe könnten theoretisch einen Angriff aus dem Osten starten, durch die Beringstraße, oder aus dem Westen über Stützpunkte auf Grönland und Norwegen. Der Rückgang des Eises öffnet so eine neue Angriffsfront. Außerdem sind die Terminals zur Förderung von Öl und Gas aus russischer Sicht per se zu verteidigende Ziele. Viele der seit 1990 geschlossenen Stützpunkte aus Sowjetzeiten wurden daher reaktiviert und

neue Basen errichtet – darunter 10 Stationen zur Seenotrettung, 16 Tiefwasserhäfen, 10 neue Flughäfen (von insgesamt 14) und 10 Radarstationen zur Luftverteidigung entlang der NSR.

Das Militär dient in der russischen Arktis häufig als Ersatz für mangelnde oder zu teure zivile Fähigkeiten, beispielsweise zur Seenotrettung. Die zunehmende militärische Präsenz muss also kein Anzeichen für ein expansives Vorgehen sein. Ungeachtet dessen ist ein signifikanter Anstieg militärischer Aktivitäten zu verzeichnen, darunter simulierte Luftangriffe auf Radaranlagen im norwegischen Vardø und der Einsatz von GPS-Störsernern gegen Finnland, außerdem verstärkte U-Boot-Patrouillen – zuletzt passierten im Oktober 2019 zehn U-Boote das Europäische Nordmeer auf ihrem Weg in den Nordatlantik, der größte Einsatz seit dem Kalten Krieg. Ein russisches Kampfflugzeug verfolgte im August 2020 während der Nato-Übung »Allied Sky« einen US-Bomber bis in den dänischen Luftraum.

Russlands Position als Seemacht soll gemäß seiner Marine-Doktrin gestärkt, der Schwerpunkt auf Arktis und Atlantik gelegt werden. Die NSR soll den Zugang zu Atlantik und Pazifik gewährleisten. Daher genießt die Nordflotte auf der Kola-Halbinsel absolute Priorität; sie soll im Konfliktfall außerdem die mit ballistischen Raketen bestückten Unterseeboote und damit zwei Drittel der maritimen nuklearen Zweitschlagsfähigkeit verteidigen. Das reaktivierte Bastionskonzept aus Sowjetzeiten sieht dafür einen Schutzraum vor, der sich über die Barentssee bis nach Island erstreckt. Der eigenen Flotte soll im Konfliktfall der Zugang zum Atlantik gesichert, anderen aber der Zugang zur russischen Arktis verwehrt werden. Zum Schutz von Bastion und Flotte wurden schon 2007 die Patrouillenflüge entlang der NSR wieder aufgenommen. 2019 wurden neue Luftabwehrraketen bei Nowaja Semlja in der Barentssee stationiert sowie – auch als Demonstration russischer Stärke – eine hyperschallschnelle Rakete getestet. Im Verbund mit mobilen S-350-Flugabwehrsystemen sollen im Rahmen einer Abhaltestrategie (A2/AD) die Stützpunkte auf Franz-Josef-Land, Sewernaja Semlja, den Neusibirischen Inseln, Nowaja Semlja und Wrangelinsel geschützt werden. Die Reichweite des Gesamtsystems deckt alle Inseln und Archipele entlang der Nordroute ab.

Russland zeigt ein defensives Verständnis der Arktis, ist im Konfliktfall aber auf eine rasche Eskalation vorbereitet, die zur Verteidigung der Bastion offensive Operationen – darunter die Eroberung von Teilen Nordskandinaviens – umfassen kann.

Aber nicht nur an den Außengrenzen, auch bei der inneren Sicherheit sieht Moskau neue Bedrohungen (<https://thebarentsobserver.com/en/security/2020/05/fsb-general-sees-growing-threat-foreign-arctic-researchers-and-indigenous-peoples>) aus dem In-

und Ausland. Darunter leiden auch jene in der russischen Zivilgesellschaft, die sich für Umweltschutz in der Arktis oder die Rechte der indigenen Bevölkerung einsetzen. Die Verwirklichung wirtschaftlicher Großprojekte ruft immer wieder Proteste der lokalen Bevölkerung hervor. Manche zivilgesellschaftliche Organisation wurde vom russischen Staat kooptiert (<https://neweasterneurope.eu/2020/05/19/indigenous-voices-and-security-in-the-russian-north/>), andere sind aber auch Repressionen (<https://thebarentsobserver.com/en/civil-society-and-media/2019/11/russia-makes-ready-arctic-council-chairmanship-removing-critical>) ausgesetzt. Erhalten sie Förderung aus dem Ausland, werden die Organisationen als »ausländische Agenten« diffamiert und in der Folge strengen Kontrollen und Einschränkungen unterworfen.

Halbherziger Umweltschutz

In der neuen Arktis-Strategie hat die russische Führung erneut ihren Willen bekundet, die arktischen Ökosysteme zu schützen. Das ist dringend nötig: Die oftmals marode Schwerindustrie im Norden, Folgen des Klimawandels wie das Auftauen des Permafrosts und lokales Staatsversagen sind eine toxische Mischung für die empfindlichen Ökosysteme der Arktis. Das wurde zuletzt Anfang Juni deutlich, als über 20 000 Tonnen Diesel in den Ambarnaja-Fluss gelangten (<https://www.bbc.com/news/world-europe-52977740>), nachdem der Permafrostboden unter einem großen Öltank nachgegeben hatte. 2019 gelang es auch nicht, die in der russischen Arktis wütenden Waldbrände (<https://graphics.reuters.com/WEATHER-WILDFIRES-ARCTIC/0100B26K13Y/index.html>) einzudämmen, vielmehr breiteten sie sich 2020 erneut in Sibirien aus.

Die Arktis-Strategie sieht nun vor, dass empfindliche Infrastruktur für den Klimawandel fit gemacht wird. Außerdem ist geplant, neue Umweltschutzgebiete auszuweisen und die Abfallwirtschaft staatlich zu unterstützen. Neu ist, dass die russische Arktis regelmäßig auf Verschmutzungen geprüft werden soll, für die die Staaten Nordamerikas, Europas oder Asiens verantwortlich gemacht werden könnten.

Während weltweit in vielen Staaten die Klimaschutzbemühungen intensiviert werden, vermeidet die russische Führung zusehends, die Ursachen des Klimawandels zu benennen. Die 2013 beschlossene Entwicklungsstrategie für die Arktis enthielt noch einen Verweis auf den menschengemachten Klimawandel. In der neuen Strategie werden die Gründe für die Erderwärmung nicht mehr erwähnt.

Russlands Klimapolitik bleibt damit zwiespältig. Moskau nutzt das Thema im Rahmen der Vereinten Nationen, um sich von Washington abzugrenzen und als verantwortungsvoller Akteur darzustellen. Zwar wird

auch in Russland über ein Gesetz für die Regulierung von CO₂-Emissionen diskutiert. Man hat sich selbst aber Emissionsziele gesetzt, die sogar noch über den aktuellen Emissionen liegen. Kein Thema ist derweil die Abkehr von der Förderung von Öl und Gas. Im Gegenteil: Moskau will die Förderung und den Export fossiler Brennstoffe weiter steigern. Das gilt auch für die besonders klimaschädliche Kohle, deren Produktion bis 2035 auf bis zu 668 Millionen Tonnen pro Jahr anwachsen könnte.

Kooperation in der Arktis

Auch wenn die Offenheit für internationale Kooperation in der neuen Arktis-Strategie zum Teil der Wahrnehmung von Bedrohungen gewichen ist, so ist sie doch nicht vollends verschwunden. Die teils gegensätzlichen Interessen – etwa die Betonung nationaler Souveränität vs. Internationalisierung der NSR – kommen in einer ambivalenten Haltung zum Ausdruck, die konfrontative und kooperationsorientierte Elemente enthält, also jeweils nach Lage der Dinge politische Konkurrenz oder praktische Zusammenarbeit betont.

Die neue Arktis-Strategie enthält einen gesonderten Abschnitt zur internationalen Zusammenarbeit, in dem

ausländische Investitionen eine zentrale Rolle spielen. Dabei ist Moskau primär an Technologien und Investitionen im Energiesektor interessiert, die unter die westlichen Sanktionen fallen. Westliche Firmen könnten dagegen beim Aufbau der Infrastruktur und auch bei der Bewältigung von Umweltproblemen kooperieren.

Weiterhin erfolgreich ist die aus Kreml-Sicht weniger bedenkliche deutsch-russische naturwissenschaftliche Kooperation. Die neue Arktis-Strategie sieht vor, einen Gesamtplan für die gemeinsame internationale Erforschung der Ökosysteme und der Effekte des Klimawandels zu entwickeln. Ein Beispiel ist die internationale MOSAiC-Expedition (Multidisciplinary drifting Observatory for the Study of Arctic Climate), die ohne Russlands Erfahrung und Unterstützung nicht möglich gewesen wäre.

Quelle: SWP-Aktuell 2020/A 89, 05. November 2020, <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands-arktis-strategie-bis-2035>.

Über die Autoren

Dr. *Janis Kluge* ist Senior Associate der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Er promovierte an der Universität Witten/Herdecke in Wirtschaftswissenschaften. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands, Innenpolitik und Sanktionen.

Dr. *Michael Paul* ist Senior Fellow der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, Projektleiter des Streitkräftedialogs in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Verteidigung sowie Leiter des Gesprächskreises maritime Sicherheit der SWP.

Der russische Vorsitz im Arktischen Rat: Prioritäten und Implikationen für den Hohen Norden Russlands

Alexander Sergunin (Sankt Petersburger Staatliche Universität)

DOI: 10.31205/RA.405.03

Zusammenfassung

Der Beitrag untersucht die politischen Prioritäten Russlands für dessen Vorsitz im Arktischen Rat und die potenziellen Implikationen für die Region. Der Autor argumentiert, dass die Agenda Russlands für seinen Vorsitz wohl folgende Prioritäten beinhalten wird: Maßnahmen zum Klimaschutz; nachhaltige Entwicklung; sozialer Zusammenhalt und Konnektivität in der Region; die indigenen Völker; Erhaltung der Biodiversität; Wissenschaftsdiplomatie und eine institutionelle Teilreform des Rates. Moskau dürfte allerdings kaum seine früheren Versuche wiederholen, den Rat aus einem zwischenstaatlichen Forum in eine vollwertige internationale Organisation zu verwandeln und militärische Sicherheitsfragen auf die Agenda des Arktischen Rats zu setzen. Russlands Vorsitz wird wahrscheinlich die Rolle des Arktischen Rates stärken, um die regionale Verantwortung geltend zu machen, indem auf die Herausforderungen für die Arktis reagiert wird, die in einem rapiden Wandel begriffen ist.

Einleitung

Der Arktische Rat wird von Russland sowohl als Kernstück wie auch als Eckpfeiler für die Governance-Struktur der Region betrachtet. Das spiegelt sich in Strategiepapieren (z. B. in Putins Erlass zur Entwicklungsstrategie für den Hohen Norden und für die nationale Sicherheit bis 2035 (<http://static.kremlin.ru/media/events/files/ru/J8FhckYOPAQQfxN6Xlt6ti6XzpTVAvQy.pdf>)) und in zahlreichen Stellungnahmen seitens der russischen Führung wider. Im Unterschied zu anderen regionalen und subregionalen Organisationen und Foren wie etwa den nordischen Institutionen, dem Euro-arktischen Barentssee-Rat, dem Nördlichen Forum usw. wird der Arktische Rat vom Kreml als eine in geographischer Hinsicht repräsentativere, angesichts der Tätigkeitsfelder multidimensionale, wissenschaftsbasierte und effiziente internationale Struktur angesehen. Auch wenn die sieben anderen Mitglieder des Arktischen Rates westlichen Institutionen angehören, in denen Russland kein Mitglied ist (NATO, EU und die nordischen Organisationen), fühlt sich Moskau in diesem Rat wohl, weil es dort auf Augenhöhe mitwirkt und sich an den Entscheidungsprozessen beteiligen kann. Russlands Vorsitz im Arktischen Rat von 2021 bis 2023 wertet den Rat weiter auf und verleiht diesem kurz- bis mittelfristig höchste Priorität in Moskaus Arktis-Strategie.

In diesem Beitrag werden zwei inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Zum einen wird Russlands Agenda für seinen Vorsitz skizziert. Zum anderen sollen die potenziellen Reaktionen der übrigen Akteure in der Arktis auf Initiativen Russlands erörtert werden.

Moskaus Sicht auf den Arktischen Rat: Die Wahrnehmung hat sich verändert

Im Diskurs akademischer und offizieller Kreise in Russland über die Zukunft des Arktischen Rates und des-

sen Rolle im System der regionalen Steuerungspolitik hat es in letzter Zeit wichtige Veränderungen gegeben. Bis zur Krise um die Ukraine und die eskalierenden Spannungen zwischen Russland und dem Westen hatte Moskaus offizielle Position und der akademische Diskurs eine Umwandlung des Arktischen Rates von einem zwischenstaatlichen Diskussionsforum in eine vollwertige internationale Organisation favorisiert (mit einer formalen Satzung, einer institutionellen Struktur und der Kompetenz, verbindliche Abkommen zu schließen).

Mit dem Ausbruch eines »neuen kalten Krieges« in den Beziehungen zwischen Ost und West wurde dem Kreml und den Experten, die der Regierung zuarbeiten, allerdings klar, dass jedwede Pläne, den Arktischen Rat in eine zwischenstaatliche internationale Organisation zu verwandeln, nicht umzusetzen sind. Alle anderen Mitgliedsstaaten des Rates hatten Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Fünf von ihnen, sämtlich NATO-Mitglieder, hatten die Kontakte zu Russland auf militärischer Ebene eingestellt und begonnen, ihre militärischen Stellungen im Norden auszubauen und die militärischen Aktivitäten zu verstärken (unter anderem in Form von Manövern zu Land und zur See sowie von Luft- und Meerespatrouillen in der Arktis). Insgesamt ist das gegenseitige Vertrauen zwischen Russland und den übrigen Mitgliedsstaaten des Arktischen Rates reichlich erschüttert. Das Engagement Russlands im Rahmen des Rates hat nach der Krise um die Ukraine abgenommen. Es brauchte einige Zeit, jene Bereiche auszuloten, in denen eine Zusammenarbeit zwischen Moskau und anderen Anrainerstaaten der Arktis noch möglich war, und um diese von den Konfliktfeldern abzugrenzen.

Aus den genannten Gründen sprachen russische Diplomaten nicht mehr davon, den Arktischen Rat mit

neuen rechtlichen Vollmachten auszustatten und dessen Umwandlung von einem Diskussionsforum in eine vollwertige internationale Organisation zu betreiben.

Es gibt zumindest zwei plausible Erklärungen, warum die russische Führung ihre Ansichten zum Status des Arktischen Forums geändert hat. Zum einen ist es in der gegenwärtigen (konfliktgeladenen) Situation unrealistisch, von den nichtrussischen Mitgliedsstaaten des Arktischen Rates (insbesondere von den USA) zu erwarten, dass sie der Schaffung einer vollwertigen neuen regionalen zwischenstaatlichen Organisation zustimmen, in der Russland gegenüber den westlichen Staaten eine gleichberechtigte Stellung innehat. Zweitens ist das Arktische Forum als informelle und flexible Institution angesichts der gegenwärtigen Lage effizienter und ist als Kooperationsplattform einer formellen Organisation mit starren Strukturen, Regeln und Prozeduren vorzuziehen. Schließlich wird bei »klassischen« internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der OSZE deutlich, wie Antagonismen zwischen Mitgliedsstaaten in turbulenten Situationen die gesamte Arbeit internationaler Organisationen lahmlegen können. Der Arktische Rat hingegen hat nicht nur die Krise in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen »überlebt«, sondern bei der Zusammenarbeit in der Arktis sogar Fortschritte erzielt.

Eine weitere wichtige Veränderung bei der Frage, wie Russland die Perspektiven des Rates einschätzt, betrifft seine Rolle als regionaler Sicherheitsgarant. Vor der Krise um die Ukraine waren der Kreml wie auch Expertenkreise der Ansicht, dass der Arktische Rat mit der Zeit auch militärische Sicherheitsfragen in sein Mandat aufnehmen sollte und somit eine Art OSZE für die Arktis werden würde. Durch die Krise war Moskau jedoch genötigt, diese Vorstellung aufzugeben. Heute gehen die Einschätzungen dahin, dass der Rat seine Rolle als internationales Gremium beibehalten, sich aber nur mit »weichen« Sicherheitsfragen befassen sollte (u. a. mit sozioökonomischen Problemen, Umweltfragen, der Erhaltung der Biodiversität, der Bewältigung des Klimawandels, der Sicherheit für die Seefahrt, mit Such- und Rettungseinsätzen, mit der Bevölkerung vor Ort, mit Konnektivität und sozialer Geschlossenheit in der Arktis sowie mit der Arktisforschung).

Russlands Prioritäten für seinen Vorsitz im Arktischen Rat

Aufgrund zahlreicher Interviews und Stellungnahmen der russischen Führung und von Offiziellen, die an den Vorbereitungen für den russischen Vorsitz beteiligt waren, lassen sich folgende politische Prioritäten erkennen: 1) eine nachhaltige sozioökonomische Entwicklung der arktischen Region auf Basis umweltfreundlicher Technologien; 2) Entwicklung erneuerbarer

Energiequellen; 3) Förderung der Kreislaufwirtschaft; Ausbau der arktischen Schifffahrt, einschließlich der Nord-Ost-Passage (russ.: »*Sewernyj morskoy put*« – SMP); 4) Umweltschutz; 5) Klimaschutzmaßnahmen; 6) soziale Geschlossenheit und Konnektivität in der Region; 7) Verbesserung der Lebensbedingungen in der arktischen Region, insbesondere für die indigenen Völker, sowie Erhaltung ihrer Sprachen, Kulturen und Traditionen; 8) Wissenschaftsdiplomatie zur Arktis und 9) gemeinsame Bildungsprojekte, unter anderem eine weitere Förderung der *Universität der Arktis* (Außenminister Lawrow beim 11. Ministertreffen des Arktischen Rates, 07. Mai 2019: https://oarchive.arctic-council.org/bitstream/handle/11374/2405/2019_Rovaniemi_Ministerial_Statement_by_the_Russian_Federation_English.pdf; Sonderbotschafter Kortschunow gegenüber dem »Kommersant«, 15. Januar 2021: https://www.mid.ru/arkticskij-sovet/-/asset_publisher/0vP3hQoCPRg5/content/id/4525318).

Dem Aktionsplan der russischen Regierung für den Ratsvorsitz zufolge wird es 116 Veranstaltungen in Russland und unter der Schirmherrschaft des Rates geben. Zu diesen wichtigen Veranstaltungen gehören die Konferenz der Forschungsminister im September 2021, das Internationale Arktis-Forum »Die Arktis – Ein Gebiet des Dialogs« im Dezember 2021 und April 2023, der Arktische Meteorologie-Gipfel 2022, das Arktische Gipfeltreffen zu den indigenen Völkern (2022) ein Arktis-Gipfel (der Staats- und Regierungschefs) im April 2023, ein Ministertreffen zum Umweltschutz im Mai 2023; der Weltgipfel zum Klimawandel und dem tauenden Permafrostboden im September 2023 und Arktis-Forum junger Führungskräfte Ende 2023 (So der von Ministerpräsident Mischustin verabschiedete Plan, 30. April 2021; http://www.arcticandnorth.ru/upload/medialibrary/7f7/Plan-osn-merporiyatii_Arkticheskii_sovet-2021_2023-godakh.pdf). Russland plant zudem die Einrichtung einer internationalen Forschungs- und Ausstellungsstation zu Wasserstoff als Energieträger (*Arctic Hydrogen Energy Applications and Demonstrations – AHEAD*, auch »Schneeflocke« genannt) im polaren Teil des Ural und die Organisation internationaler Eisdrift-Expeditionen mit dem Eisbrecher *Kapitan Dranizyn* im Winter 2021/22 sowie mit einer selbstfahrenden Polarplattform im Winter 2022/23.

Dem Präsidentenberater Anton Kobjakow zufolge werden 17 föderale Behörden, 11 Föderationssubjekte und 12 Universitäten und NGOs an der Organisation dieser Veranstaltungen und Maßnahmen beteiligt sein (Jurij Trutnew am 17. Februar 2021: government.ru/news/41562/).

Hinsichtlich einer institutionellen Reform des Arktischen Rates erscheinen gewisse Veränderungen möglich, unter anderem:

- Verbesserte Koordination der Strukturelemente und der Prozesse bei der Umsetzung von Beschlüssen des Rates;
- Verbesserte Koordination der Tätigkeit des Rates mit der anderer regionaler und subregionaler Institutionen (Arktischer Wirtschaftsrat, Arktisches Küstenwachen-Forum, Euro-arktischer Barentssee-Rat, Nordische Institutionen, Nördliches Forum usw.);
- Straffung des Sekretariatssystem mit dem Ziel, die Sekretariate der Arbeitsgruppen gegenüber dem Hauptsekretariat des Rates stärker in die Verantwortung zu nehmen;
- Vorschläge für spezifische Maßnahmen zur Umsetzung des am 20. Mai 2021 in Reykjavik verabschiedeten Strategieplanes des Rates für 2021–2030 (https://oarchive.arctic-council.org/bitstream/handle/11374/2601/MMIS12_2021_REYKJAVIK_Strategic-Plan_2021-2030.pdf). Dieser Plan könnte für eine bessere Koordination der Tätigkeit des Arktischen Rates nicht nur mit der anderer regionaler Institutionen sorgen, sondern auch mit der von UNO-Gremien, die sich mit der Arktis befassen. Das würde den Arktischen Rat zu einem echten Kernpunkt der Zusammenarbeit in der Arktis und der regionalen Steuerung machen.
- Die Rolle der ständigen Teilnehmer und Beobachter soll sichtbarer gemacht werden, und zwar nicht nur bei den Aktivitäten der Arbeitsgruppen und Task Forces, sondern auch bei der Tätigkeit anderer Einheiten und Strukturen des Arktischen Rates.

Auch ist unter dem russischen Vorsitz in einem gewissen Maße eine Haushaltsreform zu erwarten. Das Projektförderungsinstrument des Rates, für das Russland seit der Gründung der Institution der größte Geldgeber gewesen ist, könnte ausgebaut werden. Auch ist eine weitere Zentralisierung, Straffung und eine erhöhte Transparenz des Haushalts möglich. Moskau plant zudem, die Schaffung eines Internationalen Arktischen Entwicklungsfonds vorzuschlagen. Damit könnten verschiedene polarnaher Projekte finanziell nachhaltig abgesichert werden.

Mögliche Implikationen des russischen Vorsitzes

Es sollte hervorgehoben werden, dass Russland in dem Ruf steht, ein verantwortungsbewusster und aktiver Mitgliedsstaat des Arktischen Rates zu sein. Moskau hat alle großen Initiativen des Rates unterstützt, etwa in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Energiesicherheit, Bewältigung des Klimawandels und Anpassung an dessen Folgen, Erhaltung der Biodiversität, Sicherheit der Seeschifffahrt, Such- und Rettungseinsätze, Konnektivität der arktischen Regionen, Telekommunikation, nachhaltige Fischereiwirtschaft und das Wohlergehen der lokalen Gemeinschaften (auch der indigenen

Völker). Russland hat sich für eine weitere Institutionalisierung des Rates und die Stärkung seiner Rolle im System der regionalen Governance eingesetzt. Anders gesagt: Russland verfügt über eine recht beeindruckende Liste von Dingen, die es als redliches Mitglied des Arktischen Rates ausweisen.

Gleichzeitig hat es seit der Krise um die Ukraine ernstliche Veränderungen in Russlands Sicht auf den Arktischen Rat gegeben. Moskau strebt nicht mehr eine Umwandlung des Rates in eine vollwertige internationale Organisation an. Stattdessen zog man es vor, den Arktischen Rat als informellen zwischenstaatlichen Mechanismus beizubehalten, der besser als »klassische« internationale Organisationen geeignet ist, schwierige Zeiten zu bewältigen. Russland hat auch frühere Pläne aufgegeben, harte (also militärische) Sicherheitsfragen auf die Agenda des Rates zu setzen. Zurzeit setzt es eher darauf, die Agenda des Arktischen Rates auf den weichen Sicherheitsbereich zu begrenzen. Diese Änderungen haben die russische Politik in Bezug auf den Arktischen Rat sogar für die USA annehmbarer gemacht, die dem Arktischen Rates hinsichtlich der Regulierung der Arktis eher skeptisch gegenübergestanden haben.

Was das Programm des russischen Vorsitzes im Arktischen Rat betrifft, so wird Russland versuchen, eine Fortführung der finnischen und isländischen Agenda zu gewährleisten und sich auf eine nachhaltige Entwicklung der arktischen Region unter Einsatz umweltfreundlicher Technologien konzentrieren. Moskau wird versuchen, den neuen Strategieplan konkreter auszuarbeiten und dessen Umsetzung anzustoßen sowie die organisatorische Struktur des Rates zu straffen. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass der russische Vorsitz radikale institutionelle Reformen anstoßen wird.

Bei näherer Betrachtung wirft das russische Programm Fragen auf. Zum einen könnte es sich als allzu ambitioniert herausstellen: Angesichts der gegenwärtig angespannten Beziehungen zwischen Russland und den übrigen Mitgliedsstaaten des Arktischen Rates gibt es keine Garantie, dass das Programm vollständig umgesetzt wird.

Moskau verweist allerdings darauf, dass die Reaktionen der Mitgliedsstaaten auf Russlands Agenda für dessen Vorsitz bislang recht positiv gewesen seien. John Kerry, Sonderbeauftragter des US-Präsidenten für Fragen des Klimawandels, hat ebenfalls sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit Russland zu Klimafragen in der Arktis bekundet (https://www.mid.ru/foreign_policy/ecology/-/asset_publisher/9jm0ASADm3qm/content/id/4571810). Ungeachtet der angespannten Beziehungen zwischen der EU und Russland (unter anderem in Bezug auf die Arktis) hat Michael Mann, der EU-Sonderbeauftragte für die Arktis, Moskaus Agenda für den Vorsitz im Arktischen Rat unterstützt, indem er in einem

Interview für *Interfax* darauf verwies, dass es darauf abziele, allgemeine Probleme in den Bereichen sozio-ökonomische Entwicklung, Kultur und Umwelt zu bewältigen (<https://www.interfax.ru/interview/756798>).

Zweitens ist nicht gänzlich klar, wie Russland seine politische Priorität, erneuerbare Energien weiterzuentwickeln, mit seinen Plänen zum Ausbau der Förderung fossiler Bodenschätze im russischen Teil der Arktis in Einklang bringen will.

Moskau begegnet dieser Kritik mit der Behauptung, dass alternative und fossile Energieträger sich eher ergänzen als widersprechen würden. So werde ein beträchtlicher Anteil des im russischen Hohen Norden geförderten Öls und Gases exportiert, während in der Region selbst der Verbrauch von Flüssiggas und Energie aus alternati-

ven Energiequellen (Atomkraft, Windkraft, Solarenergie, Gezeitenkraftwerke) zunimmt. Moskau ermutigt russische und ausländische Reedereien, auf der Nord-Ost-Passage statt Diesel leichtes Öl und Flüssiggas einzusetzen. Es werden neue Wind-, Solar- und Gezeitenkraftwerke gebaut und es ist die Inbetriebnahme neuer schwimmender Atomkraftwerke geplant.

Insgesamt wird Russland seinen Vorsitz im Arktischen Rat wohl dazu nutzen, einerseits seine nationalen Interessen im Hohen Norden zu verfolgen und andererseits die Rolle des Arktischen Rates in den regionalen Governance-Strukturen zu stärken.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Alexander Sergunin ist Professor für Internationale Beziehungen an der Staatlichen Universität St. Petersburg und der Staatlichen Universität Nishnij Nowgorod.

Anmerkung

Die Forschungen für diesen Beitrag erfolgten im Rahmen des gemeinsamen Forschungsprojektes Nr. 21-514-12001 der Russischen Stiftung für Grundlagenforschung (RFFI) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

KOMMENTAR

Russlands arktischer Balanceakt

Nadja Douglas (Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin)

Russlands Ambitionen in der Arktis haben erneut für Irritationen gesorgt, insbesondere seit Russland im Mai den rotierenden zweijährigen Vorsitz des Arktischen Rates übernommen hat. Vor Kurzem stellte Russland zwei neue Anträge bei der UN-Kommission zur Begrenzung des Festlandsockels, die bereits früher erhobene Gebietsansprüche erneuerten. Länder, die über Territorium im Polarkreis verfügen, können nur den 370 Kilometer breiten Streifen entlang ihrer Küste als »Ausschließliche Wirtschaftszone« für sich beanspruchen. Staaten können jedoch Anträge stellen, um darüber hinausgehende Gebiete als Teil des eigenen Festlandsockels anerkannt zu bekommen. Russland versucht derzeit, seine Gebietsansprüche darüber hinaus in die Polarregion auszuweiten, die es als Teil seines Festlandsockels betrachtet.

Diese Gebietsansprüche, die fast den gesamten Arktischen Ozean umfassen, überschneiden sich mit denen Kanadas und Dänemarks, zwei weiteren arktischen Anrainerstaaten. Laut dem Seerechtsübereinkom-

men der Vereinten Nationen gehört der Nordpol niemandem, weshalb es im arktischen Meer keine klaren Grenzen zwischen den unterschiedlichen Anrainerstaaten gibt. Die russische Regierung möchte ihren zweijährigen Ratsvorsitz nun dafür nutzen, ihre Agenda voranzutreiben. Dazu zählen zum Beispiel Pläne eine Tagung des Rats am Nordpol (<https://thebarentsobserver.com/en/arctic/2021/04/putins-table-arctic-council-meeting-north-pole>) organisiert werden.

Der Arktische Rat, der am 19. und 20. Mai mit einem Außenministertreffen in Reykjavik sein fünf- und zwanzigjähriges Bestehen feierte, ist ein Forum zur gegenseitigen Beratung und Zusammenarbeit, das aus acht arktischen Mitgliedsstaaten und einer Reihe weiterer Beobachterstaaten besteht. Bei den zweimal jährlich stattfindenden Treffen (https://oaarchive.arctic-council.org/bitstream/handle/11374/2076/2017-09%2025_Arctic_Council_Backgrounder_PRINT_VERSION_NO_LINKS.pdf?sequence=1&isAllowed=y) werden Umweltfragen, Probleme der wirtschaftlichen und

sozialen Entwicklung, sowie weitere Herausforderungen diskutiert, mit denen Staaten und indigene Völker der Arktisregion konfrontiert sind. Russland übernimmt nun nach 2004 bis 2006 zum zweiten Mal den Vorsitz des Rates. Wenn sich auch die offiziellen Ziele dieses Mal nicht vom letzten russischen Ratsvorsitz unterscheiden, so hat sich seitdem doch viel verändert. Insbesondere die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen (library.fes.de/pdf-files/bueros/moskau/17686.pdf) haben sich seit Mitte der 2000er-Jahre massiv verschlechtert.

Nach Angaben des russischen Sonderbotschafters und Angehörigen der russischen Delegation beim Arktischen Rat Nikolai Kortschunow gehört die »nachhaltige Entwicklung« (<https://www.highnorthnews.com/en/russian-arctic-council-chairmanship-will-welcome-more-active-engagement-observer-states>) der Arktisregion zu den höchsten Prioritäten Russlands. Was mit diesem Begriff genau gemeint ist, lässt Moskau jedoch weitestgehend offen.

Die neue Strategie Russlands in der Arktis

Im Oktober 2020 beschloss Russland eine überarbeitete Nationale Arktis-Strategie, die bis zum Jahr 2035 gelten soll. Der Hauptunterschied zu vorherigen Strategiepapieren mit ihren vereinheitlichten Vorgaben ist nun ein regional spezifischer Ansatz, der bestimmte Teile des Hohen Nordens Russlands priorisiert. Zu den regionalen Herausforderungen gehören die Verbesserung der Infrastruktur, die Erschließung natürlicher Ressourcen (<https://jamestown.org/program/russia-pursues-region-oriented-approach-in-arctic-development/>) und die Diversifizierung der lokalen Wirtschaft. Nach Angaben des Ministers für die Entwicklung des russischen Fernen Ostens und der Arktis Aleksandr Koslow legt die Strategie besonderen Wert auf die sozioökonomische Entwicklung (<https://minvr.gov.ru/press-center/news/28522/>) der Region. So soll angeblich die Lebensqualität im Hohen Norden verbessert werden. Die Vorstellung dahinter ist, dass durch das Anwerben von Humankapital dem Problem des fortwährenden Bevölkerungsrückgangs in der Region vorgebeugt werden soll.

Im Mittelpunkt der russischen Infrastrukturpläne steht die Nordostpassage (Northern Sea Route, NSR). Aus Sicht Moskaus handelt es sich dabei um eine langfristige, strategische Investition, mithilfe derer ein »umweltverträglicher Korridor« (<https://www.kommersant.ru/doc/4585691>) geschaffen werden soll. Damit gehen weitere Großinvestitionen einher, zum Beispiel in eine neue Eisbrecherflotte, marine Infrastruktur an strategischen Knotenpunkten des Nördlichen Seewegs und verbesserte Navigationsfähigkeiten (<https://jamestown.org/program/russia-unveils-new-arctic-development-strategy-focal->

[points-and-key-priorities/](https://jamestown.org/program/russia-unveils-new-arctic-development-strategy-focal-points-and-key-priorities/)) im Weißmeer-Ostsee-Kanal und den Wasserstraßen des Hohen Nordens.

Ein weiterer Teil der Strategie ist die Digitalisierung der Arktis (<https://jamestown.org/program/russias-digitalization-of-the-arctic-region-plans-and-achievements/>), in deren Rahmen insbesondere die Konnektivität verbessert werden soll. Dazu soll ein 14.000 Kilometer langes Glasfaserkabel namens »Arctic Connect« durch die gesamte Nordostpassage verlegt werden. Um die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Projekte zu gewährleisten, soll nach den Vorstellungen von Regierungsvertreter*innen ein Großteil der Investitionen durch private Unternehmen (<https://arctic-russia.ru/news/utverzhdena-gosudarstvennaya-programma-sotsialno-ekonomicheskogo-razvitiya-arkticheskoy-zony-rr/>) abgedeckt werden. Den Unternehmen, die im Norden investieren, wurden deshalb Steuererleichterungen versprochen.

Obwohl das Thema Militarisierung in dem Strategiepapier nur am Rande eine Rolle spielt und russische Verantwortliche versichert haben, weiterhin auf Kooperation setzen zu wollen, gehört es zu den erklärten Zielen der neuen Strategie, die militärischen Kapazitäten (<https://jamestown.org/program/russia-unveils-new-arctic-development-strategy-focal-points-and-key-priorities/>) in der Region auszubauen. Von den geplanten Ausgaben aus dem nationalen Haushalt soll ein Großteil in diesen Ausbau fließen. Vertreter*innen des russischen Militärs haben zwar wiederholt betont, dass diese Maßnahmen ausschließlich legitimen Verteidigungszwecken in der Region dienen würden. Nichtsdestotrotz sorgt die militärische Aufrüstung bei anderen arktischen Staaten für Misstrauen. Die US-Regierung unter Präsident Joe Biden scheint deshalb ihre Strategie zu ändern mit dem Ziel, dass die USA und die NATO wieder Einfluss in der Region zurückgewinnen. Als Beleg dafür könnte die jüngste Entscheidung genommen werden, ein strategisches Bombergeschwader (<https://polarkreisportal.de/vier-us-bomber-voruebergehend-auf-norwegischer-basis-stationiert>) auf dem norwegischen Luftwaffenstützpunkt Ørlandet zu stationieren.

Offizielle und tatsächliche Agenda unterscheiden sich

Einige der weitreichenden Ambitionen, die Russland mit seiner neuen arktischen Strategie verfolgt, können und sollten mit Vorsicht betrachtet werden. Gleiches gilt für die offizielle russische Agenda für den Vorsitz des Arktischen Rats, die sich größtenteils mit der neuen Strategie deckt.

Russland hat versprochen, die Lebensbedingungen der 2,4 Millionen Bewohner*innen der Arktis zu verbessern, im nationalen Haushalt (https://www.deutschlandfunk.de/russland-und-die-arktis-der-kampf-um-rohstoffe-unter-dem-eis.724.de.html?dram:article_id=492867) für 2021-2023 jedoch nur 190 Millionen Euro dafür

zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hat die russische Regierung angekündigt, verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um die Polarregion auf die Folgen des globalen Klimawandels (https://www.mid.ru/web/guest/foreign_policy/news/-/asset_publisher/ckNonkJE02Bw/content/id/4737517) vorzubereiten und ihnen gegenüber widerstandsfähiger zu machen. Vor diesem Hintergrund ist auch geplant, eine erste internationale Forschungsstation (<https://www.kommersant.ru/doc/4585691>) einzurichten, die den Klimawandel vor Ort in der Arktis untersucht. Auf der anderen Seite ist Russland jedoch weiterhin entschlossen, die riesigen Ressourcenvorkommen in der Arktis auszubeuten.

Darüber hinaus sind mehrere Projekte geplant, um das kulturelle, historische und sprachliche Erbe der indigenen Völker des Hohen Nordens (https://www.mid.ru/web/guest/foreign_policy/news/-/asset_publisher/ckNonkJE02Bw/content/id/4737517) zu bewahren. Angesichts der angespannten Beziehungen zwischen den russischen Behörden und der Russischen Vereinigung der Indigenen Völker des Norden (Russian Association of Indigenous Peoples of the North, RAIPON) handelt es sich dabei um einen bemerkenswerten Schritt. In der Vergangenheit war die Organisation immer wieder Schikanen, Zensurmaßnahmen und generell einer geringschätzigen Behandlung seitens der russischen Behörden ausgesetzt. Sie wurde sogar als »ausländischer Agent« (<https://thebarentsobserver.com/en/civil-society-and-media/2019/11/russia-makes-ready-arctic-council-chairmanship-removing-critical>) eingestuft.

Über die Autorin

Dr. Nadja Douglas ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Berlin. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören sicherheitspolitische Fragestellungen, Staat-Gesellschaft-Beziehungen sowie die politisch-militärische Dimension im OSZE-Raum.

Der Arktische Rat ist für Russland weiterhin unverzichtbar

Auf dem Papier hat der Arktische Rat auch unter dem neuen russischen Vorsitz das Ziel, Vertrauen zwischen den Mitgliedern zu schaffen und Zusammenarbeit zu fördern. Kritiker*innen weisen jedoch darauf hin, dass die Resolutionen und Entscheidungen des Rats nicht bindend sind. Ein jahrelanges Prinzip ist zudem die Verständigung darauf, militärische oder sicherheitspolitische Fragen nicht in diesem Rahmen zu diskutieren. Russische Vertreter*innen haben sich hingegen wiederholt dafür ausgesprochen, zu einem 2014 ausgesetzten Dialog zwischen militärischen Vertreter*innen der Mitgliedsstaaten zurückzukehren. Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow wären jährliche Treffen der Generalstabschefs ein wirksames Mittel, die Sicherheit in der Region zu gewährleisten (<https://tass.com/politics/1052764>). Aus russischer Sicht gibt es einen entscheidenden Grund, warum der Arktische Rat nach wie vor unverzichtbar ist: Er stellt einen der wenigen verbliebenen Kommunikationskanäle zwischen Russland und Mitgliedsstaaten der NATO dar.

Quelle: ZOiS Spotlight 20/2021, 26. Mai 2021, <https://www.zois-berlin.de/publikationen/russlands-arktischer-balanceakt>.

Russland und die Arktis

Grafik 1: Die wirtschaftlichen Schwerpunkte der Arktischen Anrainerstaaten im Überblick

	Land- und Viehwirtschaft	Fischerei	Tourismus	Güterschiffsverkehr	Schöpfung nichtenergetischer Bodensressourcen	Energiewirtschaft
Kanada	■	■	■	■	■	■
Grönland (Dänemark)	■	■	■	■	■	■
Färöer (Dänemark)	■	■	■	■	■	■
Finnland	■	■	■	■	■	■
Island	■	■	■	■	■	■
Norwegen	■	■	■	■	■	■
Russische Föderation	■	■	■	■	■	■
Schweden	■	■	■	■	■	■
USA	■	■	■	■	■	■

- Der Wirtschaftssektor ist von hoher Priorität: Der Anrainerstaat verfügt bereits über umfangreiche Strukturen in diesem Wirtschaftszweig, er benennt konkrete Handlungsmaßnahmen zu diesem Sektor in seiner Arktisstrategie oder hat in den vergangenen Jahren zum Auf- bzw. Ausbau des Wirtschaftszweiges in erheblichem Maße beigetragen.
- Der Wirtschaftssektor ist von mittlerer Priorität: Der Anrainerstaat verfügt bereits über Strukturen in diesem Wirtschaftssektor, die jedoch keine maßgebliche Handlungsmaxime für die wirtschaftliche Ausrichtung des Landes darstellen. Der Auf- bzw. Ausbau wird gefördert, jedoch in einem begrenzten Umfang.
- Der Wirtschaftssektor hat eine geringe Priorität: Der Anrainerstaat verfügt bisher über keine oder nur geringe Strukturen in diesem Sektor. Ein zukunftsnahe Auf- bzw. Ausbau des Wirtschaftssektors findet wenig bis gar nicht statt.

Quelle: Leskien, Sebastian (2019): »Das Wirtschaftspotential der Arktis im Überblick. Hintergrundanalyse«, German Arctic Office, S. 6; <https://www.arctic-office.de/publikationen/hintergrundanalyse-wirtschaftspotential-der-arktis-im-ueberblick/>

Grafik 2a: Arktisstrategien der Mitglieder des Arktischen Rates

	Forschung	Umweltschutz	Technologie & Innovation	Bildung	Regionalentwicklung	Völkerrecht	Indigene Völker	Infrastruktur
	Aufbau wissenschaftlicher Netzwerke, internationaler Kooperation und Ausbau der Forschungsförderung. Schwerpunkt der interdisziplinären Polarforschung sind die klimatischen Veränderungen in der Arktis, es werden jedoch ebenso soziale kulturelle Entwicklungen untersucht.	Sämtliche Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene zur Reduzierung von Treibhausgasen, dem Erhalt der Biodiversität und dem Schutz des Arktischen Ozeans vor Verschmutzung. Auch die Ausweisung von Schutzgebieten, die Vernetzung von besonders sensiblen Regionen in der Arktis und das Schließen globaler Abkommen gehört zum Umweltschutz.	Aufbau wissenschaftlicher Netzwerke, internationaler Kooperation und Ausbau der Forschungsförderung. Schwerpunkt der interdisziplinären Polarforschung sind die klimatischen Veränderungen in der Arktis, es werden jedoch ebenso soziale kulturelle Entwicklungen untersucht.	Zugang der lokalen Bevölkerung zu Bildung, z. B. durch moderne Kommunikationstechnologien und Fernunterricht. Ausbau der Vermittlung von arktisrelevanten Inhalten bei gezielten Ausbildungsprogrammen an Schulen und Universitäten.	Erhöhung des sozialen, kulturellen und politischen Lebensstandards im ländlichen Raum. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.	Konflikte und gegenläufige Interessen sollen auf der Grundlage von geltendem Völkerrecht beigelegt werden. Um eine stabile, sichere und friedliche Arktis zu garantieren wird auf die Fortentwicklung des Völkerrechts hingearbeitet. Dazu gehört die Stärkung bestehender Institutionen, der Schaffung neuer Normen und die völkerrechtliche Weiterentwicklung des Seerechts. Besondere Aufmerksamkeit erhält der Arktische Rat.	Schutz und Rechte der indigenen Bevölkerung in der Arktis, durch Teilhabe an arktispolitischen Entscheidungen. Verbesserung des Lebensstandards durch Investitionen in Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt und Erhalt der traditionellen Lebensweise.	Dies umfasst den Ausbau der technischen Infrastruktur wie die Energieversorgung, Kommunikation und, aber auch Banken. Ebenfalls die soziale Infrastruktur wie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Behörden oder kulturelle Einrichtungen.
Dänemark								
Grönland								
Färöer								
Finnland								
Island								
Kanada								
Norwegen								
Russland								
Schweden								
USA								

- Das Thema ist von hoher Priorität: Es ist politische Handlungsrichtlinie und ein Kernpunkt der jeweiligen Arktispolitik. Es wird an konkreten Projekten, Initiativen oder politischen Programmen gearbeitet.
- Außerdem werden die erforderlichen finanziellen Mittel und anderweitige Ressourcen zur Verfügung gestellt.
- Das Thema ist von mittlerer Priorität: Es ist Bestandteil der Arktispolitik und neue Entwicklungen werden konsequent verfolgt. Konkrete Projekte, Initiativen oder politische Programme werden längerfristig geplant und ein stärkeres Engagement ist bei Bedarf vorgesehen.
- Das Thema ist von niedriger Priorität: Es ist mittelbarer Bestandteil der Arktispolitik und der Staat erkennt die Relevanz des Themas an. Neue Entwicklungen werden verfolgt und bei Bedarf stärker berücksichtigt. Ein weitergehendes Engagement ist jedoch nicht vorgesehen.
- Dieses Thema hat für die jeweilige Arktispolitik keine Relevanz.

Anmerkung: Dänemark: in der Reihenfolge: Gesamtes Königreich/Grönland/Färöer; China, Polen und Singapur haben bisher kein Strategiepapier publiziert, daher beziehen sich die Informationen auf: Kopra 2013; China's Arctic Interest; http://www.arcticyearbook.com/images/Articles_2013/KOPRA_AY13_FINAL.pdf; Kuszczuk 2015; Poland's Policy towards the Arctic; https://www.pism.pl/files/?id_plik=19746 und Storey, Ian 2014: The Arctic Novice, http://www.nbr.org/publications/asia_policy/Free/05122017/AsiaPolicy18_PolarPursuitsRT_July2014.pdf
 Quelle: Schulze, Vincent-Gregor (2017): »Arktisstrategien Überblick 2017«; <http://www.arctic-office.de/im-fokus/arktisstrategien-ueberblick/>

Grafik 2b: Arktisstrategien der Mitglieder des Arktischen Rates

	Verkehr	Schifffahrt	SAR	Tourismus	Fischerei	Öl & Gas	Bergbau	Militärische Präsenz
	Der gezielte Ausbau von arktischen und transregionalen Verkehrswegen zum besseren Anschluss der Region an andere Landesteile. Hierzu zählen klassische Verkehrsträger wie Straßen, Eisenbahnen und der Nahverkehr. Aufgrund der großen Distanzen in der Arktis kommt dem Luftverkehr und dem Ausbau von Flughäfen eine herausgehobene Rolle zu.	Erschließung neuer Schifffahrtsrouten und die Intensivierung des Seeverkehrs auf der Nordost- und Nordwestpassage sowie auf der Transpolar-Route. Dies umfasst den Bau von arktistauglichen Schiffen, die Entwicklung moderner Schiffstechnologie und den Ausbau der maritimen Infrastruktur (Häfen, Zuffahrten, Containerterminals), Schaffung von Anreizen für Reedereien, den arktischen Seeweg zu wählen.	Ausbau der Küstenwachen und landbasierten Rettung. Aufbau von SAR-Systemen wie Leuchttürme, Funkfeuer und moderne Satellitenüberwachung, kontinuierliches Monitoring der Aktivitäten auf See durch GPS-Ortung und Luftraumüberwachung. Schließen von Abkommen zu grenzüberschreitenden SAR-Aktivitäten und zur Verhinderung von Havarien.	Ausbau der Kapazitäten bei Unterkünten und touristischen Angeboten sowie gezieltes Marketing für arktische Destinationen. Weiterhin Ausbau der touristischen Verkehrsinfrastruktur wie z.B. Kreuzfahrterminals, aber auch Rad- und Wanderwege.	Erschließung und Ausbeutung bestehender und neuer Fanggebiete von marinen Ressourcen. Dies schließt sowohl die klassische Hochseefischerei, als auch Aquakulturen sowie Fang und Zucht von Schalen- und Krustentieren ein.	Exploration und Ausbeutung von Öl und Gas in der Arktis. Ebenso der Ausbau der entsprechenden Off- und On-Shore-Infrastruktur.	Abbau und die Gewinnung von mineralischen Rohstoffen. Insbesondere Seltene Erden, Eisen und Edelmetalle.	Um sicherheitpolitische Erwägungen, die Wahrung der Souveränität und den freien Zugang zu Ressourcen abzudecken, wird die militärische Präsenz in der Region erhöht. Das bedeutet sowohl die Verlagerung von Truppen und Material in die Arktis, als auch die Ausbildung von spezifischen Arktis-Truppen und Investitionen in die Rüstung.
Dänemark								
Grönland								
Färöer								
Finnland								
Island								
Kanada								
Norwegen								
Russland								
Schweden								
USA								

Das Thema ist von hoher Priorität: Es ist politische Handlungsdirektive und ein Kernpunkt der jeweiligen Arktispolitik. Es wird an konkreten Projekten, Initiativen oder politischen Programmen gearbeitet. Außerdem werden die erforderlichen finanziellen Mittel und anderweitige Ressourcen zur Verfügung gestellt.

Das Thema ist von mittlerer Priorität: Es ist Bestandteil der Arktispolitik und neue Entwicklungen werden konsequent verfolgt. Konkrete Projekten, Initiativen oder politische Programme werden längerfristig geplant und ein stärkeres Engagement ist bei Bedarf vorgesehen.

Das Thema ist von niedriger Priorität: Es ist mittelbarer Bestandteil der Arktispolitik und der Staat erkennt die Relevanz des Themas an. Neue Entwicklungen werden verfolgt und bei Bedarf stärker berücksichtigt. Ein weitergehendes Engagement ist jedoch nicht vorgesehen.

Dieses Thema hat für die jeweilige Arktispolitik keine Relevanz.

Anmerkung: Dänemark: in der Reihenfolge: Gesamtes Königreich/Grönland/Färöer; China, Polen und Singapur haben bisher kein Strategiepapier publiziert, daher beziehen sich die Informationen auf: Kopra 2013; China's Arctic Interest; http://www.arcticyearbook.com/images/Articles_2013/KOPRA_AY13_FINAL.pdf; usszczuk 2015; Poland's Policy towards the Arctic; https://www.pism.pl/files/?id_plik=19746 und Storey, Ian 2014; The Arctic Novice, http://www.nbr.org/publications/asia_policy/Free/05122017/AsiaPolicy18_PolarPursuitsRT_July2014.pdf

Quelle: Schulze, Vincent-Gregor (2017): »Arktisstrategien Überblick 2017«; <http://www.arctic-office.de/im-fokus/arktisstrategien-ueberblick/>

Grafik 3a: Arktisstrategien der Staaten mit Beobachterstatus beim Arktischen Rat

	Forschung	Umweltschutz	Technologie & Innovation	Bildung	Regionalentwicklung	Völkerrecht	Indigene Völker	Infrastruktur
	Aufbau wissenschaftlicher Netzwerke, internationaler Kooperation und Ausbau der Forschungsförderung. Schwerpunkt der interdisziplinären Polarforschung sind die klimatischen Veränderungen in der Arktis, es werden jedoch ebenso soziale kulturelle Entwicklungen untersucht.	Sämtliche Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene zur Reduzierung von Treibhausgasen, dem Erhalt der Biodiversität und dem Schutz des Arktischen Ozeans vor Verschmutzung. Auch die Ausweisung von Schutzgebieten, die Vernetzung von besonders sensiblen Regionen in der Arktis und das Schließen globaler Abkommen gehört zum Umweltschutz.	Aufbau wissenschaftlicher Netzwerke, internationaler Kooperation und Ausbau der Forschungsförderung. Schwerpunkt der interdisziplinären Polarforschung sind die klimatischen Veränderungen in der Arktis, es werden jedoch ebenso soziale kulturelle Entwicklungen untersucht.	Zugang der lokalen Bevölkerung zu Bildung, z.B. durch moderne Kommunikationstechnologien und Fernunterricht. Ausbau der Vermittlung von arktisrelevanten Inhalten bei gezielten Ausbildungsprogrammen an Schulen und Universitäten.	Erhöhung des sozialen, kulturellen und politischen Lebensstandards im ländlichen Raum. Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung.	Konflikte und gegenläufige Interessen sollen auf der Grundlage von geltendem Völkerrecht beigelegt werden. Um eine stabile, sichere und friedliche Arktis zu garantieren wird auf die Fortentwicklung des Völkerrechts hingearbeitet. Dazu gehört die Stärkung bestehender Institutionen, der Schaffung neuer Normen und die Völkerrechtweiterentwicklung des Seerechts. Besondere Aufmerksamkeit erhält der Arktische Rat.	Schutz und Stärkung der Rechte der indigenen Bevölkerung in der Arktis, durch Teilhabe an arktischpolitischen Entscheidungen. Verbesserung des Lebensstandards durch Investitionen in Bildung, Zugang zum Arbeitsmarkt und Erhalt der traditionellen Lebensweise.	Dies umfasst den Ausbau der technischen Infrastruktur wie die Energieversorgung, Kommunikation und, aber auch Banken. Ebenfalls die soziale Infrastruktur wie Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Behörden oder kulturelle Einrichtungen.
Deutschland								
Frankreich								
Indien								
Italien								
Japan								
Niederlande								
Polen								
Republik Korea								
Schweiz								
Singapur								
Spanien								
Vereinigtes Königreich								
Volksrepublik China								

- Das Thema ist von hoher Priorität: Es ist politische Handlungsdirktive und ein Kernpunkt der jeweiligen Arktispolitik. Es wird an konkreten Projekten, Initiativen oder politischen Programmen gearbeitet. Außerdem werden die erforderlichen finanziellen Mittel und anderweitige Ressourcen zur Verfügung gestellt.
- Das Thema ist von mittlerer Priorität: Es ist Bestandteil der Arktispolitik und neue Entwicklungen werden konsequent verfolgt. Konkrete Projekte, Initiativen oder politische Programme werden längerfristig geplant und ein stärkeres Engagement ist bei Bedarf vorgesehen.
- Das Thema ist von niedriger Priorität: Es ist mittelbarer Bestandteil der Arktispolitik und der Staat erkennt die Relevanz des Themas an. Neue Entwicklungen werden verfolgt und bei Bedarf stärker berücksichtigt. Ein weitergehendes Engagement ist jedoch nicht vorgesehen.
- Dieses Thema hat für die jeweilige Arktispolitik keine Relevanz.

Anmerkung: Dänemark: in der Reihenfolge: Gesamtes Königreich/Grönland/Färöer; China, Polen und Singapur haben bisher kein Strategiepapier publiziert, daher beziehen sich die Informationen auf: Kopra 2013; China's Arctic Interest; http://www.arcticyearbook.com/images/Articles_2013/KOPRA_AY13_FINAL.pdf; Łuszczuk 2015; Poland's Policy towards the Arctic; https://www.pism.pl/files/?id_plik=19746 und Storey, Ian 2014; The Arctic Novice; http://www.nbr.org/publications/asia_policy/Free/05122017/AsiaPolicy18_PolarPursuitsRT_July2014.pdf

Quelle: Schulze, Vincent-Gregor (2017): »Arktisstrategien Überblick 2017«; <http://www.arctic-office.de/im-fokus/arktisstrategien-ueberblick/>

Grafik 3b: Arktisstrategien der Staaten mit Beobachterstatus beim Arktischen Rat (Fortsetzung)

	Verkehr	Schifffahrt	SAR	Tourismus	Fischerei	Öl & Gas	Bergbau	Militärische Präsenz
	Der gezielte Ausbau von arktischen und transregionalen Verkehrswegen zum besseren Anschluss der Region an andere Landesteile. Hierzu zählen klassische Verkehrsträger wie Straßen, Eisenbahnen und der Nahverkehr. Aufgrund der großen Distanzen in der Arktis kommt dem Luftverkehr und dem Ausbau von Flughäfen eine herausgehobene Rolle zu.	Erschließung neuer Schifffahrtsrouten und die Intensivierung des Seeverkehrs auf der Nordost- und Nordwestpassage sowie auf der Transpolar-Route. Dies umfasst den Bau von arktistauglichen Schiffen, die Entwicklung moderner Schiffs-technologie und den Ausbau der maritimen Infrastruktur (Häfen, Zufahrten, Containerterminals), Schaffung von Anreizen für Reedereien, den arktischen Seeweg zu wählen.	Ausbau der Küstenwachen und landbasierter Rettung. Aufbau von SAR-Systemen wie Leuchttürme, Funkfeuer und mobile Satellitenüberwachung. Kontinuierliches Monitoring der Aktivitäten auf See durch GPS-Ortung und Luftraumüberwachung. Schließen von Abkommen zu grenzüberschreitenden SAR-Aktivitäten und zur Verhinderung von Havarien.	Ausbau der Kapazitäten bei Unterküpfen und touristischen Angeboten sowie gezieltes Marketing für arktische Destinationen. Weiterhin Ausbau der touristischen Verkehrsinfrastruktur wie z.B. Kreuzfahrterminals, aber auch Rad- und Wanderwege.	Erschließung und Ausbeutung bestehender und neuer Fanggebiete von marinen Ressourcen. Dies schließt Hochseefischerei, als auch Aquakulturen sowie Fang und Zucht von Schalen- und Krustentieren ein.	Exploration und Ausbeutung von Öl und Gas in der Arktis. Ebenso der Ausbau der entsprechenden Off- und On-Shore-Infrastruktur.	Abbau und die Gewinnung von mineralischen Rohstoffen. Insbesondere Seltene Erden, Eisenertz und Edelmetalle.	Um sicherheitspolitische Erwägungen, die Wahrung der Souveränität und der freien Zugang zu Ressourcen abzudecken, wird die militärische Präsenz in der Region erhöht. Das bedeutet sowohl die Verlagerung von Truppen und Material in die Arktis, als auch die Ausbildung von spezifischen Arktis-Truppen und Investitionen in die Rüstung.
Deutschland								
Frankreich								
Indien								
Italien								
Japan								
Niederlande								
Polen								
Republik Korea								
Schweiz								
Singapur								
Spanien								
Vereinigtes Königreich								
Volksrepublik China								

- Das Thema ist von hoher Priorität: Es ist politische Handlungsdirktive und ein Kernpunkt der jeweiligen Arktispolitik. Es wird an konkreten Projekten, Initiativen oder politischen Programmen gearbeitet. Außerdem werden die erforderlichen finanziellen Mittel und anderweitige Ressourcen zur Verfügung gestellt.
- Das Thema ist von mittlerer Priorität: Es ist Bestandteil der Arktispolitik und neue Entwicklungen werden konsequent verfolgt. Konkrete Projekte, Initiativen oder politische Programme werden längerfristig geplant und ein stärkeres Engagement ist bei Bedarf vorgesehen.
- Das Thema ist von niedriger Priorität: Es ist mittelbarer Bestandteil der Arktispolitik und der Staat erkennt die Relevanz des Themas an. Neue Entwicklungen werden verfolgt und bei Bedarf stärker berücksichtigt. Ein weitergehendes Engagement ist jedoch nicht vorgesehen.
- Dieses Thema hat für die jeweilige Arktispolitik keine Relevanz.

Anmerkung: Dänemark: in der Reihenfolge: Gesamtes Königreich/Grönland/Färöer; China, Polen und Singapur haben bisher kein Strategiepapier publiziert, daher beziehen sich die Informationen auf: Kopra 2013: China's Arctic Interest; http://www.arcticyearbook.com/images/Articles_2013/KOPRA_AY13_FINAL.pdf; Łuszczuk 2015: Poland's Policy towards the Arctic; https://www.pism.pl/files/?id_pilk=19746 und Storey, Ian 2014: The Arctic Novice, http://www.nbr.org/publications/asia_policy/Free/05122017/AsiaPolicy18_PolarPursuitsRT_July2014.pdf

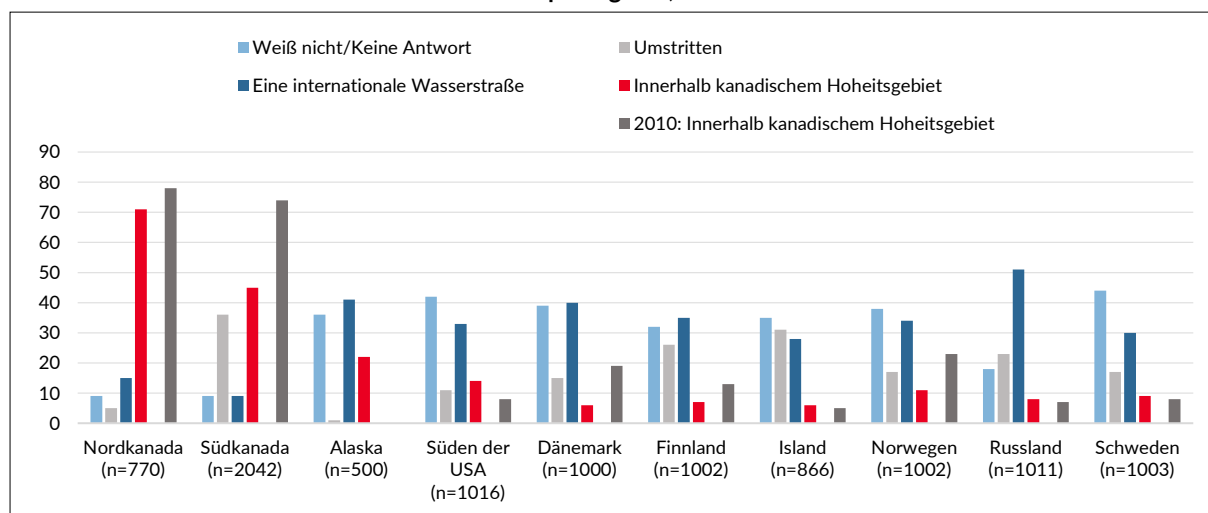
Quelle: Schulze, Vincent-Gregor (2017): »Arktisstrategien Überblick 2017«; <http://www.arctic-office.de/im-fokus/arktisstrategien-ueberblick/>

Tabelle 1: Wenn Sie an Konflikte über Grenzen und/oder Ressourcenverteilung in der Arktis denken, welche Aussage steht Ihrer Haltung am nächsten?, 2010 und 2015, %

	Mein Land sollte ein entschiedenes Vorgehen dahingehend verfolgen, seine Anteile des arktischen Territoriums ohne Rücksicht auf die Kosten zu verteidigen.		Es ist besser, einen Kompromiss mit den anderen Ländern auszuhandeln.		Nationale Konflikte um die Arktis sind unnötig. Sie sollte wie die Antarktis internationales Territorium sein.	
	2015	2010	2015	2010	2015	2010
Nordkanada (n=770)	38	41	47	46	11	8
Südkanada (n=2042)	35	43	41	39	16	11
Alaska (n=500)	28	-	39	-	24	-
Süden der USA (n=1016)	16	10	34	30	27	25
Dänemark (n=1000)	11	5	31	64	33	24
Finnland (n=1002)	6	6	28	50	52	37
Island (n=866)	6	36	29	26	42	27
Norwegen (n=1002)	13	8	32	49	32	35
Russland (n=1011)	43	34	28	33	25	14
Schweden (n=1003)	3	5	28	35	48	48

Anm.: n entspricht der Anzahl der befragten Personen. Quelle: The Gordon Foundation (2015): »Rethinking the Top of the World: Arctic Public Opinion Survey, Vol. 2«; <https://gordonfoundation.ca/resource/rethinking-the-top-of-the-world-arctic-public-opinion-survey-vol-2-2/>

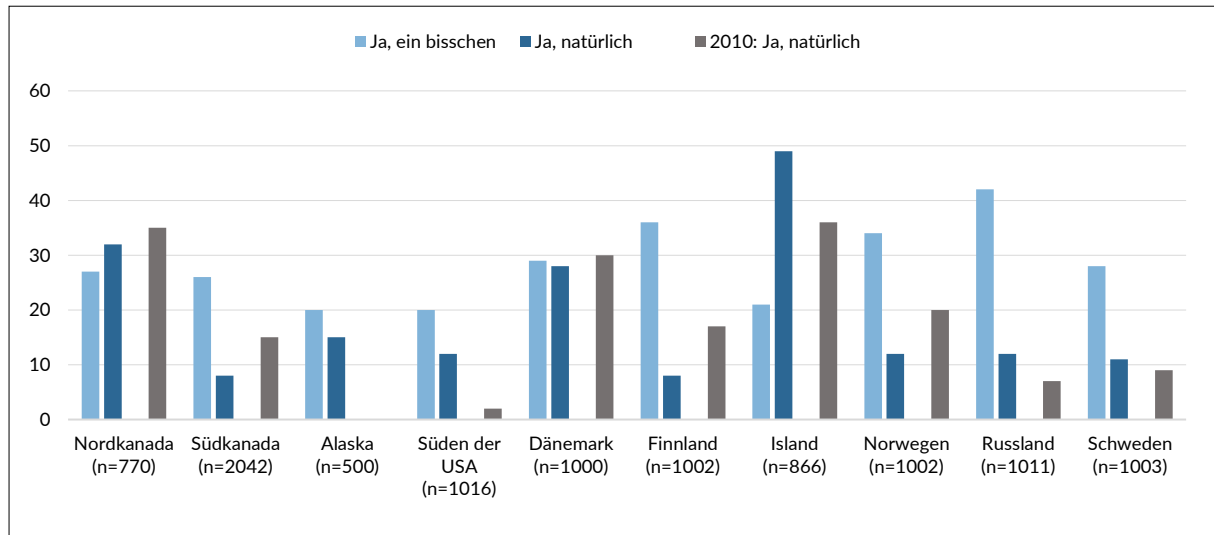
Grafik 4: Die Nordwestpassage ist die Meeresstraße durch die arktischen Inseln, die entlang der Nordküste Nordamerikas entlangläuft und den Atlantischen mit dem Pazifischen Ozean verbindet. Sie ist für viele Staaten von Bedeutung, weil sie die Schiffsdistanz von Asien nach Europa erheblich verkürzt. Nach Ihrem Wissen ist die Nordwestpassage ...?, %



	Weiß nicht/Keine Antwort	Umstritten	Eine internationale Wasserstraße	Innerhalb kanadischen Hoheitsgebiet	2010: Innerhalb kanadischen Hoheitsgebiet
Nordkanada (n=770)	9	5	15	71	78
Südkanada (n=2042)	9	36	9	45	74
Alaska (n=500)	36	1	41	22	-
Süden der USA (n=1016)	42	11	33	14	8
Dänemark (n=1000)	39	15	40	6	19
Finnland (n=1002)	32	26	35	7	13
Island (n=866)	35	31	28	6	5
Norwegen (n=1002)	38	17	34	11	23
Russland (n=1011)	18	23	51	8	7
Schweden (n=1003)	44	17	30	9	8

Anm.: n entspricht der Anzahl der befragten Personen. Quelle: The Gordon Foundation (2015): »Rethinking the Top of the World: Arctic Public Opinion Survey, Vol. 2«; <https://gordonfoundation.ca/resource/rethinking-the-top-of-the-world-arctic-public-opinion-survey-vol-2-2/>

Grafik 5: Haben Sie schon vom Arktischen Rat, einem intergouvernementalen Forum, gehört, das aus acht Ländern mit Gebieten in der Arktis besteht?, 2015, %



	Ja, ein bisschen	Ja, natürlich	2010: Ja, natürlich
Nordkanada (n=770)	27	32	35
Südkanada (n=2042)	26	8	15
Alaska (n=500)	20	15	-
Süden der USA (n=1016)	20	12	2
Dänemark (n=1000)	29	28	30
Finnland (n=1002)	36	8	17
Island (n=866)	21	49	36
Norwegen (n=1002)	34	12	20
Russland (n=1011)	42	12	7
Schweden (n=1003)	28	11	9

Anm.: n entspricht der Anzahl der befragten Personen. Quelle: The Gordon Foundation (2015): »Rethinking the Top of the World: Arctic Public Opinion Survey, Vol. 2«; <https://gordonfoundation.ca/resource/rethinking-the-top-of-the-world-arctic-public-opinion-survey-vol-2-2/>

DOKUMENTATION

Russland und die Arktis: Eine Auswahl aktueller Publikationen

Aliyev, Nurlan (2020): »The EU Arctic Policy and perspectives of Relations with Russia«, Friedrich Ebert Stiftung Analysis, <https://www.fes-russia.org/de/veranstaltungen/publikation-arktispolitik-der-eu-und-ihre-beziehung-zu-russland/>.

Die Anbringung einer russischen Flagge auf dem Grund des Arktischen Ozeans 2007 kann symbolisch als Wendepunkt in der internationalen Aufmerksamkeit für die Arktis gelten. Seitdem hat die EU nicht nur systematisch ihre Arktispolitik, sondern auch ihre Beziehungen zu Russland ausgearbeitet, umgesetzt und überprüft. Die EU hat immer noch Schwierigkeiten, besonders mit Russland, aber auch mit einigen anderen arktischen Staaten in der Region. Dennoch bestehen Möglichkeiten für Kooperation, obwohl sich nach 2014 die Beziehungen zwischen der EU und Russland verschlechtert haben. Die gesteigerte Machtprojektion Russlands in die Arktis und auch Spannungen zwischen Moskau und Brüssel bei anderen internationalen Themen stellen eine Herausforderung für die Kooperation zwischen

beiden Akteuren in der Region dar. Vor diesem Hintergrund analysiert die Publikation Kooperationsmöglichkeiten und vergleicht kritisch die Arktispolitik(en) der EU und Russlands.

Boulègue, Mathieu (2019): »Russia's Military Posture in the Arctic: Managing Hard Power in a »Low Tension« Environment«, Research Paper, Chatham House, <https://www.chathamhouse.org/2019/06/russias-military-posture-arctic>.

Russlands militärische Stellung in der Arktis wird durch eine veränderte geopolitische Umgebung bestimmt und kann nicht mehr isoliert von den wachsenden Spannungen des Landes mit dem Westen betrachtet werden. Damit geht die Periode des »Arktischen Exzeptionalismus«, in der die Region vereinbarungsgemäß als Zone der entpolitisierten Kooperation behandelt wurde, zu Ende. Die russische Arktis ist für Moskau in militärisch-operativer Hinsicht nicht außergewöhnlich, da die russische Führung ihr die gleiche Bedrohungswahrnehmung zuspricht wie anderen Einsatzgebieten. Sie strebt nach ständiger Kontrolle über ausländische Militäraktivitäten in der russischen Arktis und dem gesicherten Zugang für die russischen Streitkräfte, insbesondere der Nordmeerflotte. Russlands militärische Aufrüstung in der russischen Arktis und die Ziele des Kremls sind zumindest derzeit eher defensiver Natur. Der Forschungsbericht untersucht neben der militärischen Infrastruktur und den russischen militärischen Zielen in der russischen Arktis auch militärische Implikationen für andere arktische Staaten sowie die NATO und ihre Partner.

Buchanan, Elizabeth (2020): »The overhaul of Russian strategic planning for the Arctic Zone to 2035«, *Russian Studies Series 3/20*, <https://www.ndc.nato.int/research/research.php?icode=641>.

Die russische Führung überarbeitete 2020 ihre langfristigen strategischen Planungsdokumente für die späten 2020er Jahre und darüber hinaus. Erste Veröffentlichungen waren der Staatliche Rüstungsplan bis 2027, eine überarbeitete Strategie für die Entwicklung der Marineaktivitäten bis 2030 und die neue russische Energiestrategie bis 2035. Die Veröffentlichung anderer Schlüsseldokumente wie der Nationalen Sicherheitsstrategie im Laufe des Jahres 2020 war zum Zeitpunkt der Verfassung des Artikels ebenfalls angestoßen. Die arktische Region spielt in diesen Überarbeitungen eine wichtige Rolle und wird in einer Reihe von Dokumenten explizit oder implizit als hohe Wirtschafts- und Sicherheitspriorität genannt. Der Artikel analysiert diese Dokumente, insbesondere die Grundlagen der staatlichen Politik der Russischen Föderation in der Arktis bis 2035, die Entwicklungsstrategie für die arktische Zone der Russischen Föderation und die Gewährleistung der Nationalen Sicherheit bis 2035 und das staatliche Programm »Sozio-ökonomische Entwicklung der arktischen Zone der Russischen Föderation«.

Burnasheva, Daria (2020): »Understanding Climate Change from an Indigenous Paradigm: Identity, Spirituality and Hydrosocial Relations in the Arctic«, *Arctic Yearbook*, <https://arcticyearbook.com/arctic-yearbook/2020/2020-scholarly-papers/345-understanding-climate-change-from-an-indigenous-paradigm-identity-spirituality-and-hydrosocial-relations-in-the-arctic>.

Der Artikel versucht den Klimawandel aus einem indigenen Paradigma heraus zu verstehen. Durch den Blickwinkel des indigenen Wasserkonzepts (Griffith, 2018) betrachtet er aktuelle Prozesse der Entwicklung von Identität, Spiritualität und hydrosozialer Beziehungen in Sacha (Jakutien) und wie diese Prozesse durch den Klimawandel beeinflusst werden. Traditionell wurden Beziehungen zwischen Gesellschaften und Wasser in Permafrost-Gebieten aus streng wirtschaftlicher Sicht als kostenineffizient und unprofitabel gesehen. In der Vergangenheit fokussierte sich die Forschung auf die »Kosten der Kälte« (Hill & Gaddy, 2003). Dabei wurde jedoch oft die tatsächliche Effizienz der Kälte und des Eises übersehen. Tatsächlich schlossen indigene Gemeinschaften in Sacha (Jakutien) erfolgreich eine Partnerschaft mit dem Eis und lernten, von ihm unter den Bedingungen der knappen wirtschaftlichen Ressourcen und fehlender Infrastruktur zu profitieren. Der Klimawandel und schnelle Veränderungen in Permafrostgebieten verursachen somit nicht nur zusätzliche Kosten, sondern auch einen kulturellen Verlust. Mit Fokus auf dieser Verbindung reflektiert der Artikel folgende Fragen: Wie formte das Eis die Identität, Spiritualität und traditionelle hydrosoziale Beziehungen der indigenen Gemeinschaften in Sacha (Jakutien)? Wie verändert sich ihre Identität und Spiritualität mit dem Klimawandel und derzeitigen Veränderungen in der Kyrosphäre? Und letztendlich: Wie transformiert der Klimawandel die traditionellen hydrosozialen Beziehungen in der Arktis?

Cepinskyte, Agne (2020): »Adaptation to Climate Change in Repressive Regimes: Authoritarian Environmentalism in Russia«, *Arctic Yearbook*, <https://arcticyearbook.com/arctic-yearbook/2020/2020-briefing-notes/362-adaptation-to-climate-change-in-repressive-regimes-authoritarian-environmentalism-in-russia>.

Zu Beginn des Jahres 2020 veröffentlichte die russische Regierung den »Nationalen Aktionsplan für die erste Phase der Anpassung an den Klimawandel für den Zeitraum bis 2022«. Darin wurde anerkannt, dass der Klimawandel einen wachsenden Einfluss auf die sozioökonomische Entwicklung, die Lebensbedingungen und die Gesundheit der Bevölkerung Russlands hat. Der Aktionsplan erklärt das Ziel der russischen Regierung, die Folgen des Klimawandels für die Bevölkerung, Umwelt und Wirtschaft abzumildern und stellt »ein staatliches Maßnahmen-system« vor, das durch die föderalen und regionalen Behörden umgesetzt werden soll. Einige Medien lobten den neuen Maßnahmenkatalog des Kremls als Meilenstein, durch den Russland nun dem Teil der internationalen Gemeinschaft angehört, der die Bedrohungen durch den Klimawandel anerkennt. Dennoch sollte der Aktionsplan vor allem als Beispiel für autoritäre Umweltpolitik gesehen werden: Die Regierung reserviert für sich ein exklusives Recht, Klimapolitik zu implementieren und vernachlässigt dabei die Rolle der Zivilgesellschaft. Sie zielt damit darauf ab, geoökonomische Interessen des Staates zu fördern und Umweltorganisationen und -aktivist:innen zu unterdrücken, indem internationale Klimaschutzvereinbarungen in den Vordergrund gerückt werden.

Closson, Stacy (2019): »The Impacts of Climate Change on Russian Arctic Security«, in: Kanet, Roger E. (Hrsg.), *Routledge Handbook of Russian Security*, S. 299–308, <https://jsis.washington.edu/news/the-impacts-of-climate-change-on-arctic-security/>.

Russlands arktische Region – das Gebiet oberhalb des Polarkreises – macht ein Fünftel der russischen Landmasse aus. Dies verstärkt die Herausforderung des Klimawandels für Russland. Da der Großteil des russischen hohen Nordens Küstenstädte sind, die am Meer oder Flüssen liegen, ist die Bevölkerung direkt vom Klimawandel betroffen. Russlands Sicherheitsziele im Hohen Norden sind sozioökonomische Entwicklung und die Erhaltung der Souveränität über sein Territorium. Das Kapitel befasst sich damit, welche Auswirkungen der Klimawandel voraussichtlich für die Sicherheit der russischen Arktis, einschließlich des Bereichs des Transports und der Energieproduktion, haben wird. Es untersucht Russlands Position bei internationalen Verhandlungen hinsichtlich des Klimawandels. Das Kapitel thematisiert zudem zwei Herausforderungen für den effektiven Umgang mit der Klimasicherheit in Russland: Klimaleugnung und konkurrierende Interessen. Es wird diskutiert, ob externe Akteure wie die Vereinten Nationen, der Arktisrat und nordische oder asiatische Länder Russland bei den Herausforderungen der Klimasicherheit in der Arktis unterstützen oder behindern können.

Galimullin, Eduard & Matveenko, Yuri (2019): »The ongoing formation of Russia's Arctic policy: a new stage?«, *Arctic Yearbook*, https://www.researchgate.net/publication/337316351_The_ongoing_formation_of_Russia%27s_Arctic_policy_a_new_stage.

Der Artikel gibt einen Überblick über die Arktispolitik Russlands mit einem Fokus auf aktuellen räumlichen Entwicklungen und rechtlichen bzw. institutionellen Rahmenbedingungen. Er erklärt kurz die Definition der Arktischen Zone der Russischen Föderation (AZRF) und untersucht ihren grundlegenden Konsolidierungsmechanismus sowie sozioökonomische Herausforderungen für ihre Entwicklung und einige legislative Lücken. Der Artikel arbeitet die Rollen der verschiedenen Akteure und Institutionen in den Entscheidungsprozessen heraus. Dabei wird ebenso untersucht, wie sowohl die westlichen Sanktionen als auch die Ölpreise die Umsetzung der Hauptziele der Arktispolitik beeinflusst haben. Im Artikel wird argumentiert, dass Russland weiterhin für die Vorteile der Nutzung der NSR werben wird und alle interessierten Parteien für die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen der AZRF gewinnen wird. Es ist jedoch nötig, einige Strategien zu überarbeiten, um dies unter Berücksichtigung neuer Entwicklungen effektiv umzusetzen.

Humrich, Christoph (2020): »Kooperation trotz Großmacht Konkurrenz: Die Folgen des Klimawandels in der Arktis«, *Osteuropa*, Vol. 5, S. 99–115, <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2020/5/kooperation-trotz-grossmachtkonkurrenz/>.

Der Klimawandel hat umwälzende Folgen für die Umweltbedingungen in der Arktis. Die Eisbedeckung geht zurück, so dass Schifffahrt, Rohstoffförderung und Fischerei leichter werden. Was das für die Beziehungen zwischen den Anrainerstaaten bedeutet, ist umstritten. Manche prophezeien, die Konkurrenz um Ressourcen und Schifffahrtsrechte würde zu einer Eskalation zwischenstaatlicher Konflikte führen. Andere halten die Arktis für eine Ausnahmeregion, in der konfrontativer Politik durch Kooperation im Arktischen Rat vorgebeugt werde. Russland beschwört seit Jahren das Konfliktszenario, im Jahr 2019 haben die USA eine Kehrtwende vollzogen. Sie sehen eine Bedrohung aus China

und wollen ihre Positionen in der Arktis militärisch absichern. Doch gerade weil das Konfliktszenario wahrscheinlicher geworden ist, gilt es an der bewährten Kooperation festzuhalten.

Karaganow, Sergej et al. (2021): »Arktispolitik Russlands: Internationale Aspekte«, *Bericht zur XXII. Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz über Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, Moskau, Higher School of Economics, <https://conf.hse.ru/mirror/pubs/share/465307123.pdf>.*

Die Bedeutung der Arktis ergibt sich aus ihrem Reichtum an natürlichen Ressourcen und ihrer geografischen Lage: Sie ist der kürzeste Seeweg von Asien nach Europa. Aufgrund ihres rauen Klimas blieb die arktische Region jedoch lange Zeit an der Peripherie der globalen wirtschaftlichen Entwicklung. Nun verändert der globale Klimawandel die Prozesse der internationalen Zusammenarbeit in der Arktis und deren Entwicklung grundlegend. Die Arktis »öffnet sich« und gewinnt daher schnell an Bedeutung auf der internationalen Agenda. Die zunehmende Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen und Transportwegen schürt das Interesse der internationalen Gemeinschaft an der Region. Die Konfrontation zwischen den USA und Russland sowie China macht die sich öffnende Arktis zu einem weiteren Schauplatz intensiver Rivalität zwischen den Großmächten, was die internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Arktis und der Umsetzung von Entwicklungsprojekten in der Region erschwert und zu ihrer weiteren Militarisierung führt. Infolge des Klimawandels nehmen die Umweltrisiken in der Arktis rapide zu: Der Permafrost taut auf, was eine enorme Bedrohung für die Infrastruktur darstellt, das Risiko von durch Menschen verursachten Katastrophen nimmt zu, es kommt zu Küstenerosionen, und die Arktis wird immer anfälliger für den Klimawandel, die Bedrohung für das Leben der Ureinwohner:innen nimmt zu, und vieles mehr. Aus Sicht der internationalen Beziehungen führt die Befreiung der Arktis vom Eis jedoch zu mindestens drei sehr ungünstigen und gefährlichen Konsequenzen für Russland. Erstens zieht die Befreiung der Arktis vom Eis nicht-arktische Länder in die Region, die beginnen, nicht nur die Teilnahme an Wirtschafts- und Transportprojekten für sich zu beanspruchen, sondern auch eine Rolle in den Governance-Strukturen der Region. Zweitens bedeutet dies, dass die Region nicht länger ein natürlicher Puffer zwischen Großmächten ist. Drittens sind die derzeitigen völkerrechtlichen Rahmenbedingungen der Schifffahrt in der Region bedroht, die die exklusiven Rechte der arktischen Länder festschreibt, was wiederum zu einer noch größeren militärischen, politischen und ökologischen Bedrohung der Sicherheit führt. Daher scheint eine der obersten Prioritäten Russlands in der Arktis und das Ziel der russischen Agenda für die internationale Zusammenarbeit in der Region, auch im Rahmen des Arktischen Rates, die Erhaltung des völkerrechtlichen Regimes, das in Artikel 234 der UN-Konvention festgelegt ist, trotz des Abschmelzens des arktischen Eises zu sein. Das zweite Ziel der internationalen Zusammenarbeit in der Arktis ist die Gewinnung von Technologien, um diese in der russischen Produktion einzusetzen sowie der Zugang zu finanziellen Ressourcen, vor allem von nicht-westlichen internationalen Entwicklungsinstituten und nicht-arktischen Ländern, die an arktischen Projekten interessiert sind.

Kertysova, Katarina (2021): »The Prospects for US-Russia Climate Engagement Under Moscow's Chairing of the Arctic Council«, *Russia Matters, <https://russiainmatters.org/analysis/prospects-us-russia-climate-engagement-under-moscows-chairing-arctic-council>.*

Im Mai 2021 ging der rotierende Vorsitz des Arktisrates, dem führenden intergouvernementalen Forum für die Arktis, für zwei Jahre von Island auf Russland über. Russland übernimmt diesen zu einer Zeit, in der die Organisation mit verschiedenen Herausforderungen umgehen muss und die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen ein weiteres Mal ein historisches Tief erleben. Die Covid-19-Pandemie störte die Agenda des isländischen Vorsitzes empfindlich, während bereits der vorherige finnische Vorsitz (2017–2019) negativ von der Abkehr der Trump-Administration von der Politik für saubere Energie und der Bekämpfung des Klimawandels beeinflusst war. Dieser Schritt brachte die USA aus dem Gleichschritt mit anderen arktischen Regierungen und gefährdete die Bemühungen, eine Erklärung aller Minister:innen im Jahr 2019 zu verabschieden. Die militärische Aufrüstung in der Arktis gepaart mit dem aufkommenden Narrativ der Konkurrenz zwischen Großmächten unterminiert weiter den kooperativen Geist, für den der Arktisrat steht. Der Artikel legt dabei einen Fokus auf mögliche Entwicklungen des Klimaengagements der USA und Russlands während des russischen Vorsitzes im Arktisrat.

Knecht, Sebastian (2017): »The politics of Arctic international cooperation: Introducing a dataset on stakeholder participation in Arctic Council meetings, 1998–2015«, *Cooperation and Conflict, Vol. 52(2), S. 203–223, <https://doi.org/10.1177%2F0010836716652431>.*

Die derzeitige arktische Transformation und ihre globalen Ursachen und Folgen haben die internationale Kooperation im Arktischen Rat, dem wichtigsten Forum in der Region für die Behandlung arktischer Angelegenheiten, in den

Mittelpunkt der Forschung zur Governance des Nordens gerückt. Während das Interesse an regionalen Angelegenheiten der Arktis in der Weltpolitik auf einem historischen Höchststand ist, ist die tatsächliche Beteiligung und der Beitrag der interessierten Akteure zu regionalen Governance-Arrangements wie dem Arktischen Rat ein blinder Fleck geblieben. Der Artikel präsentiert und analysiert einen neuartigen Datensatz zur Beteiligung von Akteuren am Arktischen Rat (STAPAC) für alle Mitgliedstaaten, Ständige Teilnehmer und Beobachter bei ministerialen, Senior Arctic Officials- und Nebengremiensitzungen zwischen 1998 und 2015. Der Artikel stellt fest, dass die Beteiligung im Arktischen Rat signifikant je nach Sitzungsebene und Art der Akteure variiert und dass die Aufnahme neuer Mitglieder in den Rat, die in den letzten Debatten sehr umstritten war, nicht notwendigerweise zu mehr teilnehmenden Akteuren führt. Zudem werden diese Ergebnisse im Lichte dreier vorherrschender Debatten in der Arktis-Governance-Forschung diskutiert und die empirische Relevanz des STAPAC-Datensatzes für die Untersuchung arktischer Kooperation und Konflikte, die Beteiligung von Beobachtern im Arktischen Ratssystem und die politische Repräsentation der indigenen Ständigen Teilnehmer gezeigt.

Küntzel-Witt, Kristina (2020): »Eisfrei über den Nordpol? Die Suche nach einer Nordostpassage im 18. Jahrhundert«, *Osteuropa*, Vol. 5, S. 23–37, <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2020/5/eisfrei-ueber-den-nordpol/>.

Die Suche nach einer Seeroute durch das Nordpolarmeer begann im 16. Jahrhundert. Sie hing stets von der globalen Lage im Überseehandel ab. Das Zarenreich hatte lange kein Interesse, eine solche Route nach China zu erkunden. Es waren britische und niederländische Seefahrer, die eine solche Passage im Eis suchten. Erst unter Peter I. begann die Erforschung der sibirischen Küste am Nordpolarmeer. Gelehrte vieler Länder glaubten an eine eisfreie Passage über den Nordpol nach China. Auch der Universalgelehrte Michail Lomonosov vertrat diese These. Er initiierte 1765/1766 Vasilij Čičagovs erste Expedition in Richtung Nordpol. Deren Misserfolg führte dazu, dass im Russländischen Reich die Vorstellung von einer Passage über den Nordpol aufgegeben wurde. In Westeuropa erlebte sie im 19. Jahrhundert eine Renaissance.

Laruelle, Marlène (2020): »Russia's Arctic Policy: A Power Strategy and Its Limits«, *Russie. Nei.Visions*, Nr. 117, Ifri, <https://www.ifri.org/en/publications/notes-de-lifri/russieneivisions/russias-arctic-policy-power-strategy-and-its-limits>.

Trotz der Verschlechterung der Beziehungen mit dem Westen und der wirtschaftlichen Stagnation, die den Handlungsspielraum begrenzt, strebt Russland weiterhin eine ambitionierte Politik für die Arktis an. Moskau sieht die Arktis als eine seiner größten strategischen Bastionen, als Schlüsselregion für die Behauptung des Status als Großmacht und als wesentliche Energiequelle für die kommenden Jahrzehnte. Zu diesem Zweck entwickelte die russische Regierung Strategien für eine kohärente Macht- und Entwicklungspolitik und weist dabei einige Erfolge auf wie beispielsweise die Remilitarisierung der arktischen Grenzen und die Entwicklungen bezüglich der Energiegewinnung der Jamal-Halbinsel. Andererseits gibt es auch gemischte Entwicklungen wie hinsichtlich des internationalen Status der Nordseeroute, des Umgangs mit der Bevölkerungsansiedlung sowie Umweltherausforderungen. Während die Arktis für Russland einen unbestreitbaren Großmachtstatus bedeutet, ist dieser Status nicht leicht aufrechtzuerhalten und kostspielig für den Staatshaushalt.

Leskien, Sebastian (2019): »Das Wirtschaftspotential der Arktis im Überblick«, *Hintergrundanalyse, Deutsches Arktisbüro am Alfred-Wegener Institut*, <https://www.arctic-office.de/publikationen/hintergrundanalyse-wirtschaftspotential-der-arktis-im-ueberblick/>.

Infolge des Klimawandels und des damit verbundenen Temperaturanstiegs auf der Erde gerät die Arktis verstärkt in den Mittelpunkt internationaler Interessen. Die Umweltveränderungen steigern die dauerhafte geökonomische Bedeutung dieser Region, indem einst unzugängliche Rohstoffvorkommen leichter erschlossen und neue Wirtschaftszweige in der Arktis etabliert werden können. Gleichzeitig ermöglichen technologische Innovationen, wie moderne Bohrungsgeräte oder verbesserte Navigations- und Kommunikationstechnologien, eine gezielte wirtschaftliche Nutzung und Ressourcenschöpfung in den eisbedeckten Gebieten. In Zeiten der weltweiten Ressourcenknappheit einerseits und den Ansprüchen einer steigenden Weltbevölkerung andererseits stellen die vielfältigen ökonomischen Potentiale des Nordens ein lukratives Geschäft dar und eröffnen den Wettlauf um die Hoheitsrechte in der Arktis. In der Hintergrundanalyse wird das Wirtschaftspotential der Arktis beschrieben, in dem die wichtigsten wirtschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten und Wirtschaftszweige der Arktis vorgestellt werden. Gleichzeitig wird – länderspezifisch – auf die unterschiedlichen Nutzungsschwerpunkte der acht arktischen Anrainerstaaten (Kanada, das Königreich Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, die Russische Föderation, Schweden und die Vereinigten Staaten von Amerika) eingegangen.

Moe, Arild (2020): »Russlands Nördlicher Seeweg: Nationale Exporttrasse statt internationaler Handelsroute«, *Osteuropa*, Vol. 5, S. 61–79, <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2020/5/russlands-noerdlicher-seeweg/>.

Russland versucht seit über 100 Jahren, eine regelmäßige Schifffahrt im Nordpolarmeer zu ermöglichen. Diese soll zur Erschließung des Hohen Nordens und der Arktis beitragen. Ging es in der Sowjetunion um Binnenschifffahrt, so wurde das zeitweilig wegen der enormen Kosten aufgegebenes Projekt Mitte der 2000er Jahre mit einem neuen Ziel wieder aufgegriffen: Der Nördliche Seeweg sollte zu einer internationalen Handelsroute ausgebaut werden. Doch trotz dramatischer Klimaveränderungen, die das Meereis in den Sommermonaten schwinden lassen, ist die Schifffahrt dort weiter ein schwieriges Unterfangen. Lediglich ein kleinerer Abschnitt im westlichen Teil der Route, die Karasee, hat sich zu einer nationalen Exportroute für Erdgas und Erdöl entwickelt. In der Konkurrenz um die Kontrolle über die weiterhin unerlässliche Flotte der Atomeisbrecher sowie über die Investitionen in Infrastrukturprojekte hat sich der Staatskonzern Rosatom gegen die staatlichen Aufsichtsbehörden durchgesetzt.

Paul, Michael (2020): »Maritimes Dreieck: Chinas Aufstieg, Russlands Abstieg und die USA«, *Osteuropa*, Vol. 5, S. 117–125, <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2020/5/maritimes-dreieck/>.

China hat Russland als die führende maritime Großmacht hinter den USA abgelöst. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist es Moskau nicht gelungen, seine Hochseeflotte zu modernisieren und aufzubauen. Dennoch verfügt Russland noch immer über respektable Fähigkeiten, um seine nationalen Sicherheitsinteressen zu wahren. Und selbst in ihrem relativ schlechten Zustand bietet die russländische Marine ein Vorbild für China, das zunehmend globale Machtprojektion betreibt und in absehbarer Zeit in der Lage sein wird, die USA auch auf den Weltmeeren herauszufordern. Maritime Sicherheits- und Vertrauensbildung wären das Gebot der Stunde. Doch die Bereitschaft zu präventiver Risikoeinhegung durch Rüstungskontrolle hat signifikant abgenommen.

Rachold, Volker (2019): »Arktischer Rat«, *Fact Sheet, Deutsches Arktisbüro am Alfred-Wegener Institut*, https://www.arctic-office.de/fileadmin/user_upload/www.arctic-office.de/PDF_uploads/Arktischer_Rat/Factsheet_Arktischer_Rat.pdf.

Der Arktische Rat wurde 1996 mit Unterzeichnung der Ottawa Erklärung etabliert. Mitglieder sind die Arktisanrainerstaaten Kanada, Königreich Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Russische Föderation, Schweden und die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Arktische Rat ist das führende staatenübergreifende Forum für die Arktis und fördert die Zusammenarbeit zwischen den Anrainerstaaten, der indigenen Bevölkerung und anderen Anwohnern der Arktis, insbesondere im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung und den Umweltschutz in der Region. Sechs Organisationen, die die indigenen Völker der Arktis vertreten, werden als sogenannte Permanente Teilnehmer (»Permanent Participants«) aktiv eingebunden und konsultiert. Ein permanentes, in Tromsø (Norwegen) angesiedeltes Sekretariat unterstützt den Arktischen Rat. Das Fact Sheet gibt einen Überblick über die Organisation und Governance im Arktischen Rat.

Rachold, Volker (2020): »Governance in der Arktis«, *Fact Sheet, Deutsches Arktisbüro am Alfred-Wegener Institut*, https://www.arctic-office.de/fileadmin/user_upload/www.arctic-office.de/PDF_uploads/Fact_Sheet_Governance_Deutsch.pdf.

Der menschengemachte Klimawandel verändert die Arktis wesentlich schneller und stärker als jede andere Region. Während der letzten 50 Jahre hat sich die Arktis doppelt so stark wie der Rest der Erde erwärmt. Diese beispiellose Veränderung hat weitreichende Auswirkungen auf Menschen, Ökosysteme und Ressourcen in der Arktis, sowie global. Die Arktis trägt zunehmend zum Meeresspiegelanstieg bei, spielt eine wichtige Rolle bei der Ozeanzirkulation und im globalen Klimasystem und beeinflusst das Wettergeschehen in gemäßigten Breiten. Es ist davon auszugehen, dass der Arktische Ozean bereits ca. 2040, also in weniger als zwei Jahrzehnten, in den Sommermonaten eisfrei sein könnte. Eine wesentliche Konsequenz dieser tiefgreifenden Veränderungen ist das zunehmende globale Interesse an der Arktis, sie wirtschaftlich stärker für die Schifffahrt, die Erschließung von Öl- und Gas-Vorkommen, den Bergbau, die Fischerei und den Tourismus zu nutzen. Daraus ergibt sich wiederum eine stärker werdende ökonomische und geopolitische Vernetzung zwischen der Arktis und dem Rest der Welt. Angesichts des zunehmenden Interesses und der größer werdenden globalen Bedeutung der Region, werden häufig Fragen nach der Verantwortung für die Arktis und ihre Governance gestellt. Governance-Strukturen, die sowohl die Herausforderungen einer sich schnell verändernden Arktis als auch die sich daraus ergebenden Möglichkeiten adäquat behandeln, werden immer wichtiger. Das Fact Sheet liefert einen Überblick der Rechtsordnungen im arktischen Raum und stellt bestehende Governance-Strukturen vor.

Rachold, Volker (2021): »Schifffahrt in der Arktis«, Fact Sheet, Deutsches Arktisbüro am Alfred-Wegener Institut, https://www.arctic-office.de/fileadmin/user_upload/www.arctic-office.de/PDF_uploads/FactSheet_Schifffahrt.pdf.

Die Folgen des Klimawandels sind in der Arktis so deutlich spürbar wie in keiner anderen Region der Welt. Der besonders starke Temperaturanstieg in den hohen Breiten verursacht einen rapiden Rückgang des Meereises und bedroht die Existenz hochsensibler Ökosysteme. Doch durch das schwindende Eis werden auch Regionen und Seewege immer zugänglicher, die für lange Zeit Abenteurern, Forschungsexpeditionen und indigenen Völkern vorbehalten waren: Die arktischen Seerouten, die Pazifik und Atlantik nördlich der Kontinente verbinden. Neben kürzeren Distanzen zwischen den Weltmärkten spielt auch der innerarktische Verkehr in Verbindung mit Ressourcenabbau in dieser Region eine immer bedeutendere Rolle. Diese Zusammenhänge thematisiert das Fact Sheet und erläutert neben Ursachen auch Perspektiven und Risiken für die Arktis.

Rachold, Volker (2021): »Tourismus in den Polarregionen«, Fact Sheet, Deutsches Arktisbüro am Alfred-Wegener Institut, https://www.arctic-office.de/fileadmin/user_upload/www.arctic-office.de/PDF_uploads/Fact_Sheets/FactSheet_Tourismus_in_Polarregionen_deutsch.pdf.

Der Tourismus in der Arktis und Antarktis hat insbesondere in den letzten zwei Jahrzehnten merkbar zugenommen. In der Antarktis gibt es seit den späten 1950er Jahren erste touristische Aktivitäten, wobei erst seit den 1990er Jahren die jährlichen Besucherzahlen signifikant steigen. Seit der Sommersaison 1992/1993 hat sich die Zahl der Schiffsreisen nahezu verzweifacht. In der Saison 2019/2020 gab es mit ca. 70.000 Tourist:innen einen Höchststand bei den jährlichen Besucherzahlen. In der Arktis, wo bereits seit dem 19. Jahrhundert Tourismus betrieben wird, ist die Gesamtzahl der Touristen um einiges höher, wird allerdings nicht zentral erfasst. Schätzungen zufolge ist die Anzahl der Kreuzfahrtpassagiere von ca. 50.000 im Jahr 2005 auf ca. 80.000 im Jahr 2016 und damit um 60 % gestiegen. Mit dem größeren Besucherandrang auf die Polargebiete ist auch eine stärkere Diversifizierung der touristischen Aktivitäten zu verzeichnen. Der Polartourismus ist, vor allem in der Arktis, inzwischen zu einem Wirtschaftszweig avanciert der eine wichtige Einnahmequelle für immer mehr Menschen, einschließlich der lokalen Bevölkerung, darstellt. Diese wirtschaftlichen Interessen bringen allerdings auch ein gewisses Konfliktpotenzial mit sich und werfen die Frage auf, wie Tourismus mit dem Schutz und Erhalt der Polarregionen am besten vereinbart werden kann.

Renner, Andreas (2020): »Markt, Staat, Propaganda: Der Nördliche Seeweg in Russlands Arktisplänen«, *Osteuropa*, Vol. 5, S. 39–59, <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2020/5/market-state-and-propaganda/>.

Durch den Klimawandel könnte der Nördliche Seeweg zu einer profitablen Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik werden. Russland, das schon in der Zarenzeit mit der Erschließung des Polarmeers begonnen hatte, rechnet mit wachsendem Transitverkehr und Güterexport. Der Ausbau der Infrastruktur zur Nutzung des Seewegs und zur Rohstoffausbeutung sind zentrale Projekte in Russlands Arktisstrategie. Gleichzeitig bildet der arktische Ozean eine Projektionsfläche für Moskaus Machtansprüche in der Partnerschaft mit China.

Rumer, Eugene, Sokolsky, Richard & Stronski, Paul (2021): »Russia in the Arctic – A Critical Examination«, Carnegie Endowment for International Peace, <https://carnegieendowment.org/2021/03/29/russia-in-arctic-critical-examination-pub-84181>.

Russlands Ambitionen in der Arktis zogen in den letzten zehn Jahren verstärkt die Aufmerksamkeit des Westens auf sich, da sich durch den Klimawandel neue Möglichkeiten der Navigation und Ausbeutung der Rohstoffe in der Region öffnen. Moskau beobachtet mit Argusaugen, wie USA und NATO seine Positionen und Ambitionen diesbezüglich herausfordert. Die Rhetorik des Kremls über Übergriffe des Westens ist schärfer geworden und geht einher mit der verstärkten Militärpräsenz und ehrgeizigen Wirtschafts- und Infrastrukturprojekten. Die Publikation analysiert vor diesem Hintergrund Triebkräfte für die Arktispolitik Russlands, die Diskrepanz zwischen den Ambitionen und ihrer tatsächlichen Umsetzung und was die Position Russlands in Bezug auf die Arktis für die USA und die NATO bedeutet.

Schulze, Vincent-Gregor (2017): »Arktisstrategien Überblick 2017«, Policy Paper, Deutsches Arktisbüro am Alfred-Wegener Institut, <https://www.arctic-office.de/publikationen/internationale-arktisstrategien-im-ueberblick/>.

Aufgrund der Klimaerwärmung und dem damit einhergehenden Rückgang des Meereises in der Arktis wächst die politische, ökonomische und soziale Bedeutung der Region. Der derzeit noch ganzjährig mit einer sich verändernden Eisschicht bedeckte Arktische Ozean ist der Kern der Region, welche im Allgemeinen durch den nördlichen Polarkreis

definiert wird. Eine eisfreie Arktis bedeutet nicht nur eine massive globale Umweltveränderung, sondern ebenso eine grundlegende Neuordnung des Hohen Nordens. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen umfassen umwelt-, wirtschafts-, und sicherheitspolitische Aspekte und werden damit zu einer Querschnittsaufgabe der internationalen Politik. Die Veränderungen betreffen heute nicht mehr nur die Anrainerstaaten des Arktischen Ozeans, sondern haben weltweite Begehrlichkeiten und Sorgen geweckt. Viele Staaten haben daher dezidierte Arktisstrategien publiziert und zu ihrer außenpolitischen Handlungsrichtlinie erklärt. Dabei gibt es mitunter sehr ähnliche, aber auch gegenläufige Interessen, Beweggründe und Anlässe sich in der Arktis zu engagieren. Zum Verständnis und zur besseren Einordnung gibt dieses Policy Paper einen Überblick und eine Einführung in die politischen Arktisstrategien der Mitglieds- und Beobachterstaaten des Arktischen Rats.

Sergeev, Dmitry & Chesnokova, Irina (2020): »On the Implementation of the Russian National Plan for Adaptation to Climate Change in the Arctic«, *Arctic Yearbook*, <https://arcticyearbook.com/arctic-yearbook/2020/2020-briefing-notes/364-on-the-implementation-of-the-russian-national-plan-for-adaptation-to-climate-change-in-the-arctic>.

Der Anpassungsprozess an den Klimawandel ist extrem relevant für die Arktis: Eine Erwärmung dieses Gebiets erfolgt doppelt so schnell wie in anderen Regionen des Planeten. Ergebnisse vieler Untersuchungen zeigen, dass sich dieser Trend langfristig fortsetzen wird. Extreme Naturereignisse werden zur Bedrohung für die Sicherheit, Gesundheit und den Wohlstand der arktischen Regionen und sind mit Risiken für wirtschaftliche Aktivität in den Polargebieten verknüpft, indem sie die Entwicklung der natürlichen Ressourcen, den See- und Landtransport, die Versorgung der Infrastruktur, Gebäude und Strukturen, Wohnungen und kommunale Dienste sowie der Landwirtschaft beeinflussen. Die Anpassung daran wird nicht nur eine der neuen Prioritäten auf der Arktis-Agenda für nachhaltige Entwicklung auf der nationalen und internationalen Ebene, sondern auch eine alltägliche Herausforderung für die nördlichen Regionen.

Sergunin, Alexander & Konyshov, Valery (2019): »Forging Russia's Arctic strategy: actors and decision-making«, *The Polar Journal*, Vol. 9(1), S. 75–93, <https://doi.org/10.1080/2154896X.2019.1618549>.

Die Studie untersucht, wie Politik(en) der Arktis im heutigen Russland entwickelt werden. Konkret liegt dabei der Fokus auf den Rollen und Funktionen verschiedener Akteure und Institutionen, die am Entscheidungsprozess teilhaben, wobei sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteure untersucht werden. Auch die Wirksamkeit der Entscheidungsmechanismen wird bewertet. Dabei fallen große Probleme in der Organisation und Funktionsweise dieses Systems auf. Die Autoren schlussfolgern, dass eine eher stabile Entscheidungsmechanik hinsichtlich der Arktispolitik innerhalb der Exekutive der russischen Regierung geschaffen wurde. Auch Elemente für parlamentarische Kontrolle über den Entscheidungsfindungsprozess ebenso wie eine Verknüpfung der Exekutive mit der Legislative bzw. ein Beratungsmechanismus wurden eingerichtet. Letzterer erleichterte den Dialog zwischen dem Kreml und der Gesetzgebung zur Arktispolitik. Insgesamt wurde die Rolle der russischen regionalen und lokalen Regierungen bedeutender in Bezug auf die Politikgestaltung für die Arktis. Russlands arktische regionale und lokale Behörden entwickeln zahlreiche horizontale bzw. netzwerkartige Beziehungen (Paradiplomatie) mit ausländischen Partnern. Nichtstaatliche Akteure wie die russische Unternehmensebene, Menschenrechts- und Umweltorganisationen sowie NGOs indigener Völker gewannen an gewissem Mitspracherecht bei der Politikgestaltung in der Arktis. So entwickelte sich das Politikgestaltungssystem Russlands für die Arktis trotz einiger Defizite hin zu demokratischeren und wirksameren Prozessen. Russland befindet sich hier noch in einem Übergangsstadium, aber es gibt gute Gründe für optimistische Erwartungen für die Zukunft.

Stephen, Kathrin, Knecht, Sebastian & Bartsch, Golo M. (2018): »Internationale Politik und Governance in der Arktis: Eine Einführung«, Berlin, Springer Spektrum, <https://www.springer.com/de/book/9783662574195>.

Erstmalig in einem deutschsprachigen Lehrbuch werden Geschichte, Akteure, Institutionen und Prozesse der internationalen Arktispolitik vor dem Hintergrund verschiedener Politikfelder sowie Theorien der internationalen Beziehungen anschaulich und verständlich analysiert. Fragen wie »Was macht die Arktis als Region in den internationalen Beziehungen aus?«, »Welche Akteure und Institutionen spielen eine Rolle in der Arktispolitik?«, »Welche Bedeutung kommt den Ressourcen und Schifffahrtswegen in einer zugänglich werdenden Arktis zu?« und »Welche umwelt- und sicherheitspolitischen Bedenken gehen mit einer wärmeren Arktis einher?« stehen im Zentrum aktueller wissenschaftlicher wie politischer Debatten, welchen sich dieses Buch annimmt. Es bietet damit für Einsteiger ebenso wie für fortgeschrittene Arktiskundige eine Orientierung zwischen den Extremen der historischen Romantisierung der Nord-

polarregion als Niemandland und ihrer aktuellen Charakterisierung als drohendem Konfliktraum. Das Buch beleuchtet verschiedene Konzepte und Theorieansätze aus den internationalen Beziehungen, dem internationalen Recht und der politischen Geografie und unterzieht sie einem Eignungstest für die Erklärung arktispolitischer Vorgänge in den Bereichen Ressourcen-, Umwelt- und Sicherheitspolitik. Damit liefert es akademische wie praxisrelevante Orientierung für jede:n, der oder die politische Prozesse in der Arktis anhand konkreter theoretischer Annahmen zu verstehen sucht, und gibt Anregungen und Impulse für zukünftige Forschungsarbeit.

Zagorskij Andrej (2019): »Sicherheit in der Arktis«, IMEMO, <https://www.imemo.ru/publications/info/zagorskiy-av-bezopasnosty-v-arktike>.

Die Monografie analysiert Einschätzungen zu modernen militärischen und nicht-militärischen Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit in der Arktis. Es wird festgestellt, dass allen Staaten der Region ein umfassendes Verständnis von Sicherheit zugrunde liegt, das im Kontext der expandierenden Wirtschaftstätigkeit ein besonderes Augenmerk auf ihre nicht-militärischen Herausforderungen legt, die mit der Notwendigkeit zusammenhängen, die Sicherheit der Schifffahrt sowie die ökologische und technologische Sicherheit in der Arktis zu gewährleisten. Der militärische Aufbau in der Region wird durch das Prisma möglicher Folgen der aktuellen Krise in den Beziehungen Russlands zu den westlichen Ländern betrachtet. Die Ergebnisse der geplanten Überprüfung der Verteidigungspolitik der arktischen Staaten, die 2019 abgeschlossen wurde, werden analysiert. Auf der Grundlage der Analyse von umfangreichem Material kommt der Autor zu dem Schluss, dass die Region für die meisten Länder in Bezug auf nicht-strategische militärische Aktivitäten peripher bleibt, aber der Trend zu ihrer Versicherheitlichung kurz- und mittelfristig zu einer Vertiefung der Trennlinien führt und die Bildung einer offenen Sicherheitsarchitektur in der Arktis unter Beteiligung der Russischen Föderation erschwert.

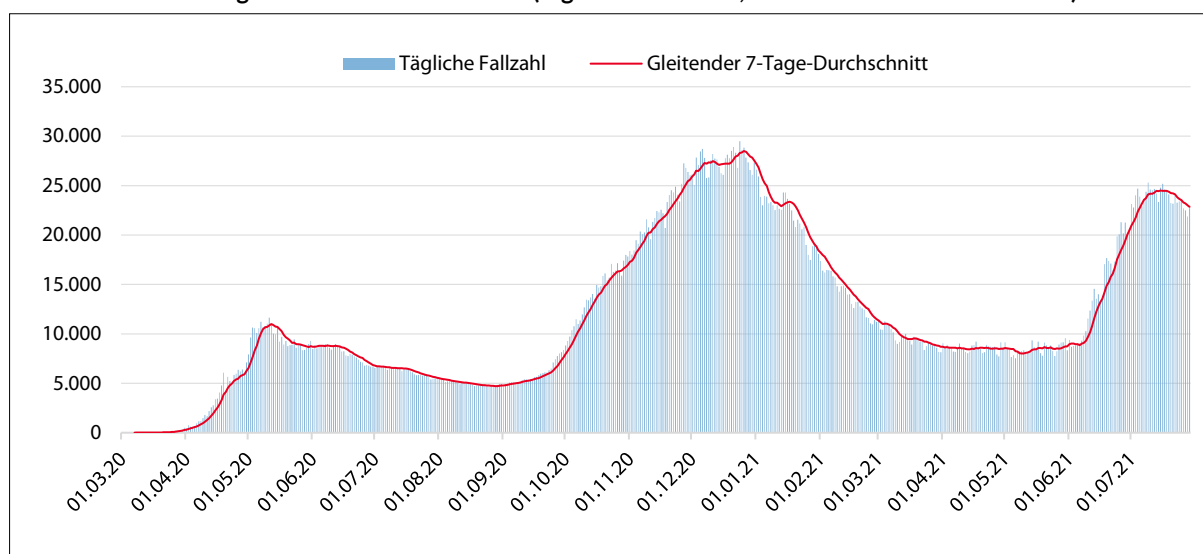
Zagorskij, Andrej (2020): »Konflikt in den Köpfen: Kritik der Versicherheitlichung der Arktis«, *Osteuropa*, Vol. 5, S. 81–98, <https://www.zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2020/5/konflikt-in-den-koepfen/>.

Seit Jahren warnen Beobachtende vor klimabedingten Kriegen um Souveränitätsrechte und Ressourcen in der Arktis. Diese Befürchtung ist überzogen. Weder gibt es aktuelle Territorialkonflikte noch einen Kampf um Ressourcen. Auch machen die geophysischen und klimatischen Bedingungen die Austragung eines Kriegs in der Arktis unwahrscheinlich. Allerdings könnte die weltpolitische Konkurrenz zwischen den USA, China und Russland auch die Arktis erfassen. Die Entfremdung zwischen Russland und dem Westen verhindert es, eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur aller Arktisstaaten aufzubauen. Die USA und Russland beziehen die Schnittstelle von westlichem Nordpolarmeer und Nordatlantik zunehmend in ihre Abschreckungsplanung ein. Und sollte Russland die Durchfahrt durch seine Küstengewässer im Bereich des Nördlichen Seewegs unterbinden und die USA diese durchsetzen wollen, könnten im Nordpolarmeer Verhältnisse wie im Südchinesischen Meer entstehen.

Covid-19 in Russland, Stand 29./31. Juli 2021

Die Covid-19-Statistik wird nach dem Ende der Sommerpause eingestellt. Interessierte Leser:innen können sich über den Verlauf der Covid-19-Pandemie in Russland unter Verwendung entsprechender Filter auf folgenden Seiten im Internet informieren: <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>, https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv, [https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv](https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv), https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/Russia.csv.

Grafik 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (tägliche Fallzahlen, 01. März 2020 – 29. Juli 2021)



Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–24.06.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–402 und 404 eingesehen werden.

Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. die Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 29.07.2021, 23:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle, 25. Juni – 29. Juli 2021)

Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
25.06.21	5.346.005	20.065	06.07.21	5.591.030	22.926
26.06.21	5.367.317	21.312	07.07.21	5.614.540	23.510
27.06.21	5.387.486	20.169	08.07.21	5.638.901	24.361
28.06.21	5.408.744	21.258	09.07.21	5.664.200	25.299
29.06.21	5.428.961	20.217	10.07.21	5.688.807	24.607
30.06.21	5.449.594	20.633	11.07.21	5.713.351	24.544
01.07.21	5.472.722	23.128	12.07.21	5.738.000	24.649
02.07.21	5.495.513	22.791	13.07.21	5.762.211	24.211
03.07.21	5.519.516	24.003	14.07.21	5.785.542	23.331
04.07.21	5.544.209	24.693	15.07.21	5.810.335	24.793
05.07.21	5.568.104	23.895	16.07.21	5.835.523	25.188

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Ausbreitung von Covid-19 in Russland (Fälle, 25. Juni – 29. Juli 2021)

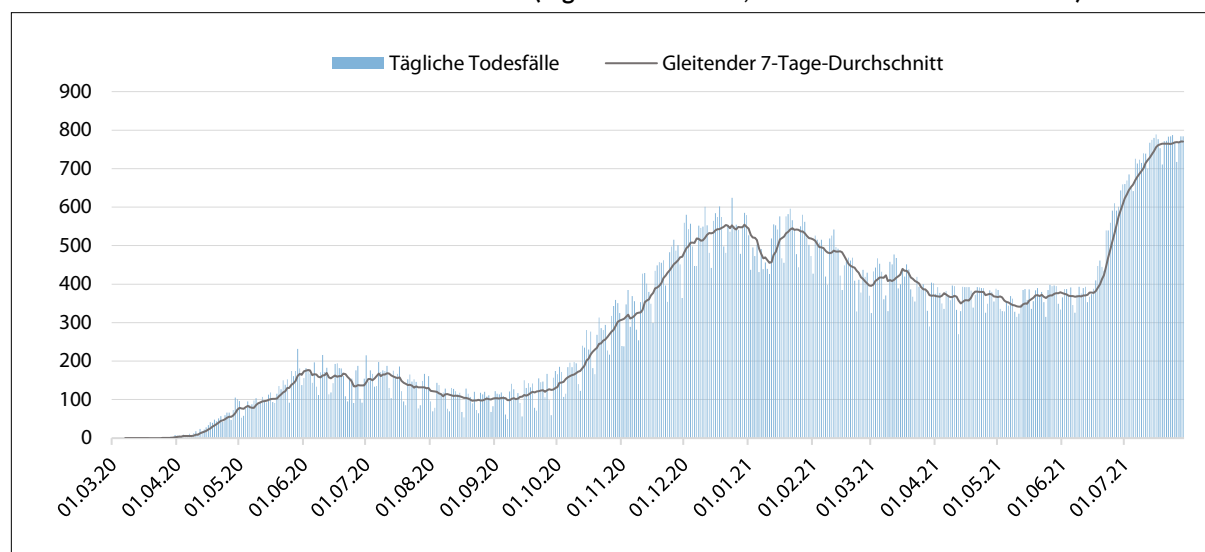
Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle	Datum	Gesamtzahl der Fälle	Tägliche Fälle
17.07.21	5.860.113	24.590	24.07.21	6.025.698	23.395
18.07.21	5.884.593	24.480	25.07.21	6.049.215	23.517
19.07.21	5.908.691	24.098	26.07.21	6.071.893	22.678
20.07.21	5.931.925	23.234	27.07.21	6.094.379	22.486
21.07.21	5.955.089	23.164	28.07.21	6.116.249	21.870
22.07.21	5.979.027	23.938	29.07.21	6.138.969	22.720
23.07.21	6.002.303	23.276			

Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–24.06.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–402 und 404 eingesehen werden.

Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 29.07.2021, 23:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (tägliche Todesfälle, 01. März 2020 – 29. Juli 2021)



Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–24.06.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–402 und 404 eingesehen werden.

Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. die Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 29.07.2021, 23:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Russland (25. Juni – 29. Juli 2021)

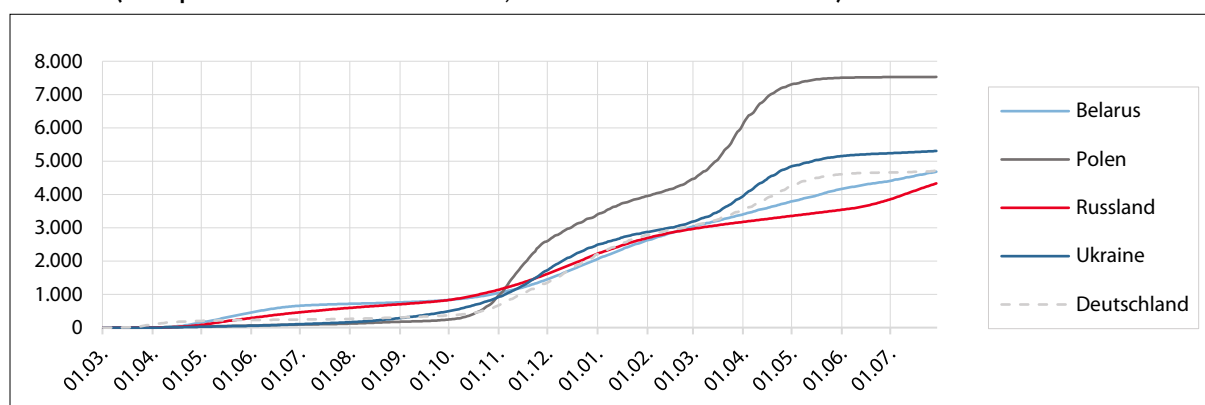
Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle	Datum	Gesamtzahl der Todesfälle	Tägliche Todesfälle
25.06.21	129.869	591	13.07.21	142.102	767
26.06.21	130.479	610	14.07.21	142.877	775
27.06.21	131.070	591	15.07.21	143.657	780
28.06.21	131.671	601	16.07.21	144.446	789
29.06.21	132.314	643	17.07.21	145.222	776
30.06.21	132.973	659	18.07.21	145.975	753
01.07.21	133.633	660	19.07.21	146.686	711
02.07.21	134.302	669	20.07.21	147.457	771
03.07.21	134.987	685	21.07.21	148.229	772
04.07.21	135.637	650	22.07.21	149.012	783
05.07.21	136.279	642	23.07.21	149.796	784
06.07.21	137.005	726	24.07.21	150.583	787
07.07.21	137.718	713	25.07.21	151.352	769
08.07.21	138.441	723	26.07.21	152.069	717
09.07.21	139.156	715	27.07.21	152.836	767
10.07.21	139.896	740	28.07.21	153.620	784
11.07.21	140.635	739	29.07.21	154.404	784
12.07.21	141.335	700			

Die detaillierten Werte vom 01.03.2020–24.06.2021 können in der Statistik »Covid-19 in Russland« in den Russland-Analysen 393–402 und 404 eingesehen werden.

Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. die Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 29.07.2021, 23:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv

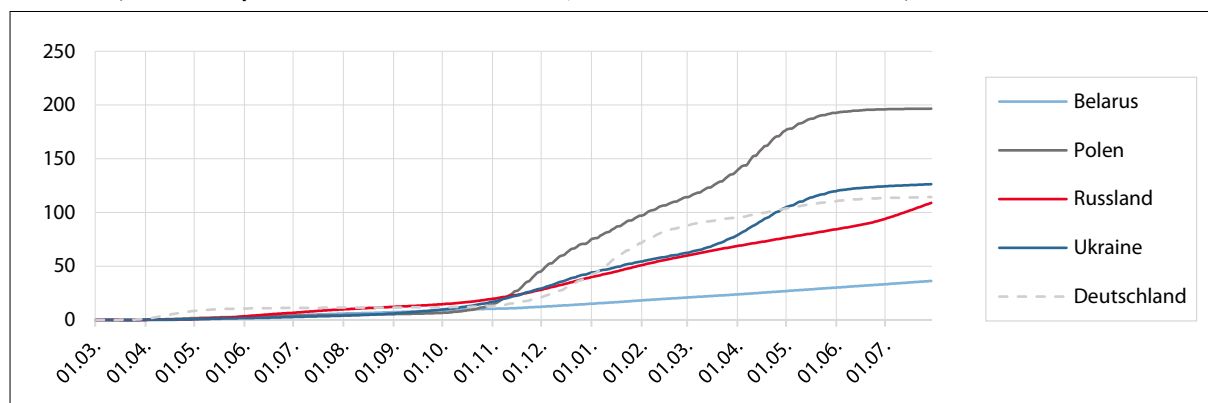
Grafik 3: Ausbreitung von Covid-19 in Russland im Vergleich (Fälle pro 100.000 Einwohner:innen, 01. März 2020 – 29. Juli 2021)



Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen russischen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. die Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen. Die Zahlen für die Ukraine basieren auf offiziellen Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt. Die belarusischen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 29.07.2021, 23:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

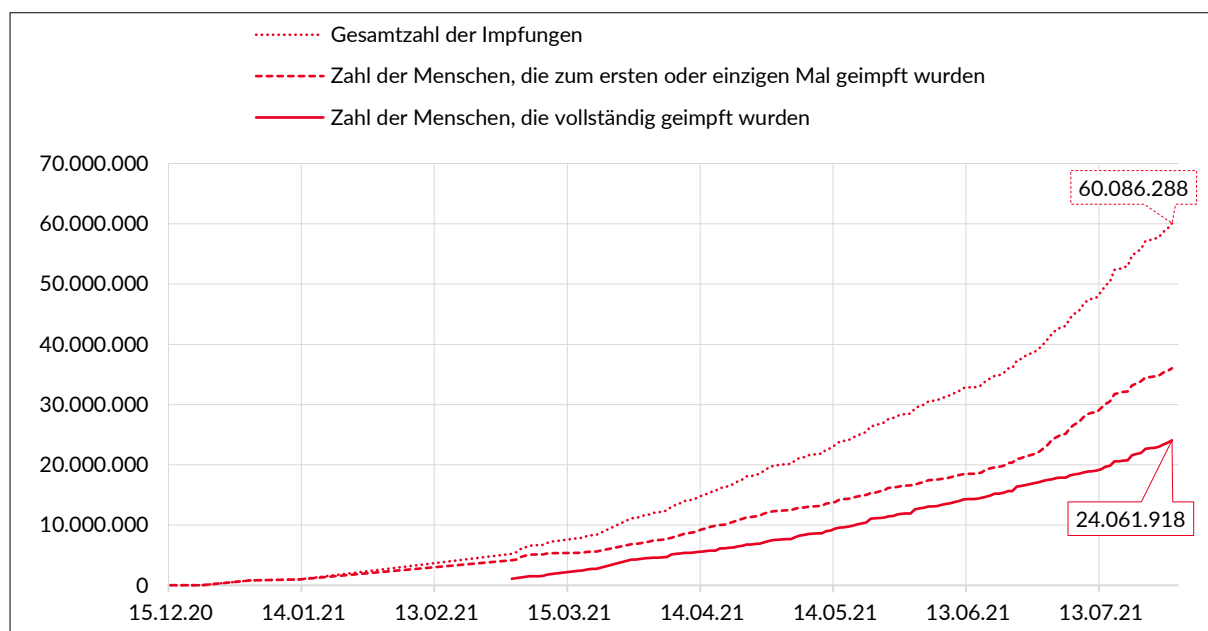
Grafik 4: Todesfälle durch Covid-19 in Russland im Vergleich
(Todesfälle pro 100.000 Einwohner:innen, 01. März 2020 – 29. Juli 2021)



Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen russischen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. die Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen. Die Zahlen für die Ukraine basieren auf offiziellen Angaben des Nationalen Rats für Sicherheit und Verteidigung der Ukraine (<https://covid19.rnbo.gov.ua/>). Die Zahlen geben die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in der Ukraine wieder. Die Statistik ist von mehreren Faktoren abhängig, u. a. vom Testniveau, das in der Ukraine im Vergleich mit anderen europäischen Staaten als eher niedrig gilt. Die belarusischen Zahlen basieren auf den öffentlichen Angaben des Gesundheitsministeriums. Ihr Wahrheitsgehalt ist umstritten und kann bezweifelt werden. Dennoch geben die Zahlen die öffentlich kommunizierte Einschätzung der epidemiologischen Lage in Belarus wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: Johns Hopkins Universität. Stand: 29.07.2021, 23:21 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/>

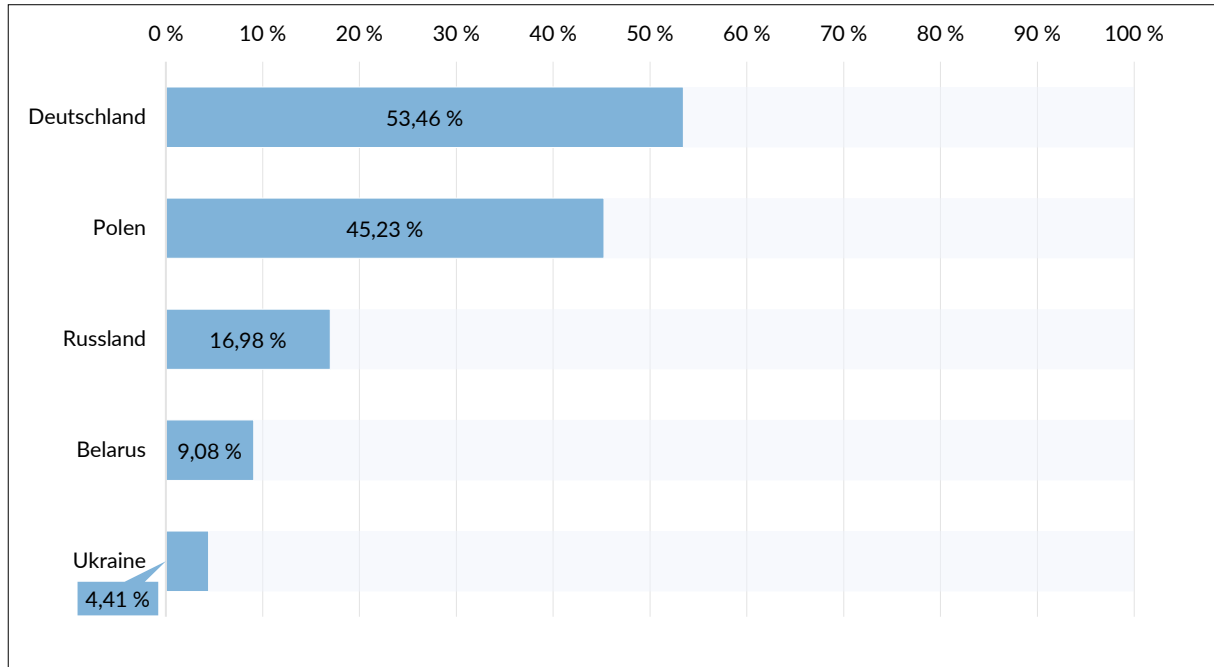
Grafik 5: Anzahl der Impfungen gegen Covid-19 in Russland (29. Juli 2021)



Verimpfte Impfstoffe: Sputnik V, EpiVacCorona

Quelle: https://github.com/owid/covid-19-data/blob/master/public/data/vaccinations/country_data/Russia.csv, unter Verwendung von Daten von <http://government.ru/news/41122/>, <https://tass.com/society/1238521>, <https://tass.com/society/1241979>, <https://twitter.com/redouad/status/1350030539944820736>, <https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>

Grafik 6: Anteil der russischen Gesamtbevölkerung, der vollständig gegen Covid-19 geimpft ist, im Vergleich (25. Juli 2021 bzw. 29. Juli 2021)



Quelle: https://github.com/owid/covid-19-data/tree/master/public/data/vaccinations/country_data, basierend auf: Belarus (25.07.2021): <https://www.euro.who.int/en/covid19dashboard>; Deutschland (29.07.2021): <https://impfdashboard.de/>; Polen (29.07.2021): <https://www.gov.pl/web/szczepimysie/raport-szczepien-przeciwko-covid-19>; Russland (29.07.2021): <https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>; Ukraine (29.07.2021): <https://vaccination.covid19.gov.ua/>.

Tabelle 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen: Subjekte der Russischen Föderation in alphabetischer Reihenfolge (Stand: 31. Juli 2021)

Region	Fälle	Todesfälle
Adygeja	16.296	288
Altai	19.435	273
Altai (Krai)	62.089	2.935
Amur	27.706	341
Archangelsk	73.932	1.084
Astrachan	43.388	1.107
Baschkortastan	48.251	771
Belgorod	44.591	891
Brjansk	54.108	801
Burjatien	52.374	1.695
Chabarowsk	65.456	627
Chakasien	30.293	760
Chanten und Mansen	65.345	939
Dagestan	41.712	1.745
Inguschetien	17.636	216
Irkutsk	85.430	3.710
Iwanowo	41.391	1.389
Jamal-Nenzen	43.625	477
Jaroslau	49.736	851
Jüdische Autonome Oblast	5.733	180
Kabardino-Balkarien	27.004	600
Kaliningrad	43.062	578
Kalmückien	24.818	482
Kaluga	41.148	472
Kamtschatka	16.779	242
Karatschajewo-Tscherkessien	22.385	303
Karelien	55.827	722
Kemerowo	45.868	978
Kirow	50.302	432
Komi	55.173	1.206
Kostroma	27.180	608
Krasnodar	59.050	4.200
Krasnojarsk	90.994	4.443

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 3: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen und der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen: Subjekte der Russischen Föderation in alphabetischer Reihenfolge (Stand: 31. Juli 2021) (Fortsetzung)

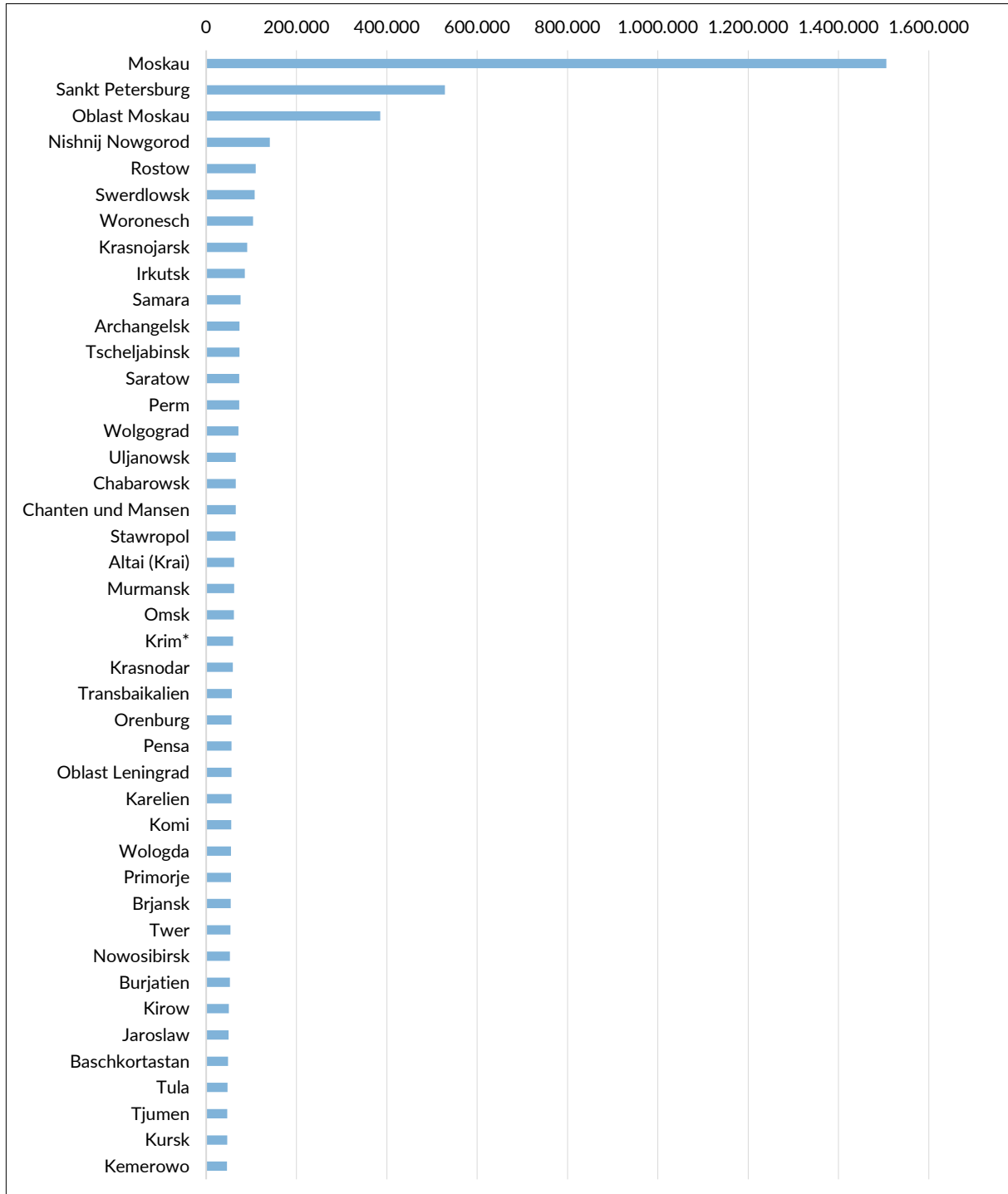
Region	Fälle	Todesfälle	Region	Fälle	Todesfälle
Krim*	59.823	1.759	Sachalin	27.427	127
Kurgan	25.767	495	Samara	76.310	2.641
Kursk	46.446	1.091	Sankt Petersburg	528.726	19.245
Lipezk	39.727	1.140	Saratow	73.074	1.747
Magadan	9.496	156	Sewastopol*	20.801	852
Mari-El	16.081	377	Smolensk	41.503	1.318
Mordowien	23.864	406	Stawropol	64.598	1.884
Moskau	1.506.126	25.626	Swerdlowsk	107.421	4.358
Murmansk	61.881	1.562	Tambow	37.682	694
Nenzen	1.578	11	Tatarstan	23.931	611
Nishnij Nowgorod	140.558	5.068	Tjumen	46.560	976
Nordossetien	18.758	265	Tomsk	37.183	506
Nowgorod	36.484	225	Transbaikalien	56.307	939
Nowosibirsk	52.720	2.340	Tscheljabinsk	73.504	2.149
Oblast Leningrad	56.088	2.096	Tschetschenien	15.965	324
Oblast Moskau	385.237	7.207	Tschukotka	1.164	9
Omsk	61.237	1.655	Tschuwaschien	29.291	1.720
Orenburg	56.280	1.267	Tula	47.408	2.445
Orjol	40.174	843	Tuwa	21.336	229
Pensa	56.206	1.602	Twer	53.642	1.335
Perm	73.059	3.218	Udmurtien	39.894	1.195
Primorje	54.566	919	Uljanowsk	65.629	1.975
Pskow	43.642	566	Wladimir	43.229	1.451
Rjasan	35.167	794	Wolgograd	71.248	1.818
Rostow	109.626	5.195	Wologda	54.754	1.376
Sacha (Jakutien)	44.561	896	Woronesch	104.017	3.514

* Die Krim und Sewastopol sind ukrainisches Staatsgebiet, das von Russland annektiert wurde. Diese Annexion ist international nicht anerkannt.

Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. die Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: <https://gogov.ru/articles/covid-19>

Grafik 7a: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen: Subjekte der Russischen Föderation nach Fallzahlen (Stand: 31. Juli 2021)

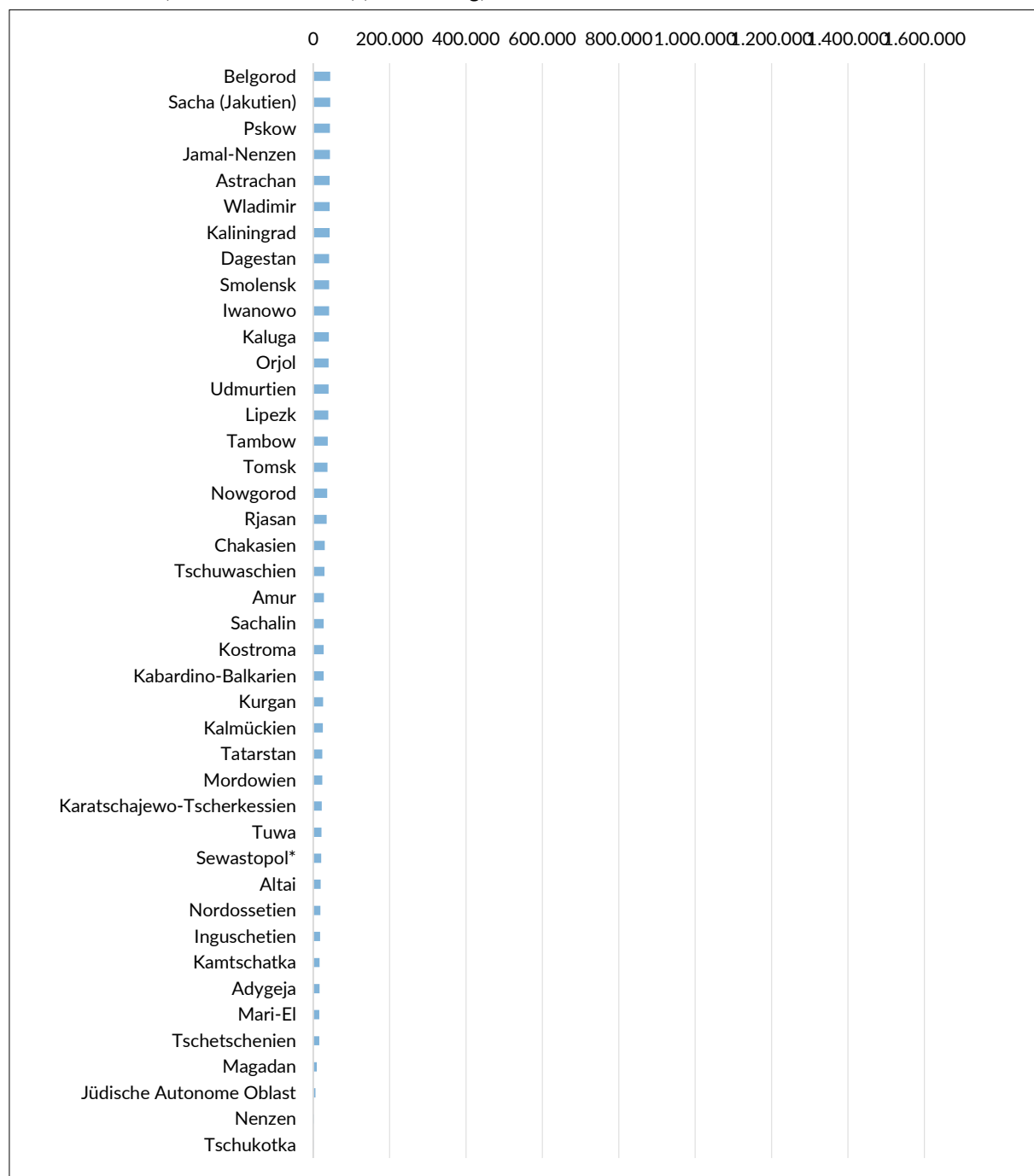


* Die Krim und Sewastopol sind ukrainisches Staatsgebiet, das von Russland annektiert wurde. Diese Annexion ist international nicht anerkannt.

Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. die Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2-26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: <https://gogov.ru/articles/covid-19>

Grafik 7b: Regionale Verteilung der Covid-19-Infektionen: Subjekte der Russischen Föderation nach Fallzahlen (Stand: 31. Juli 2021) (Fortsetzung)

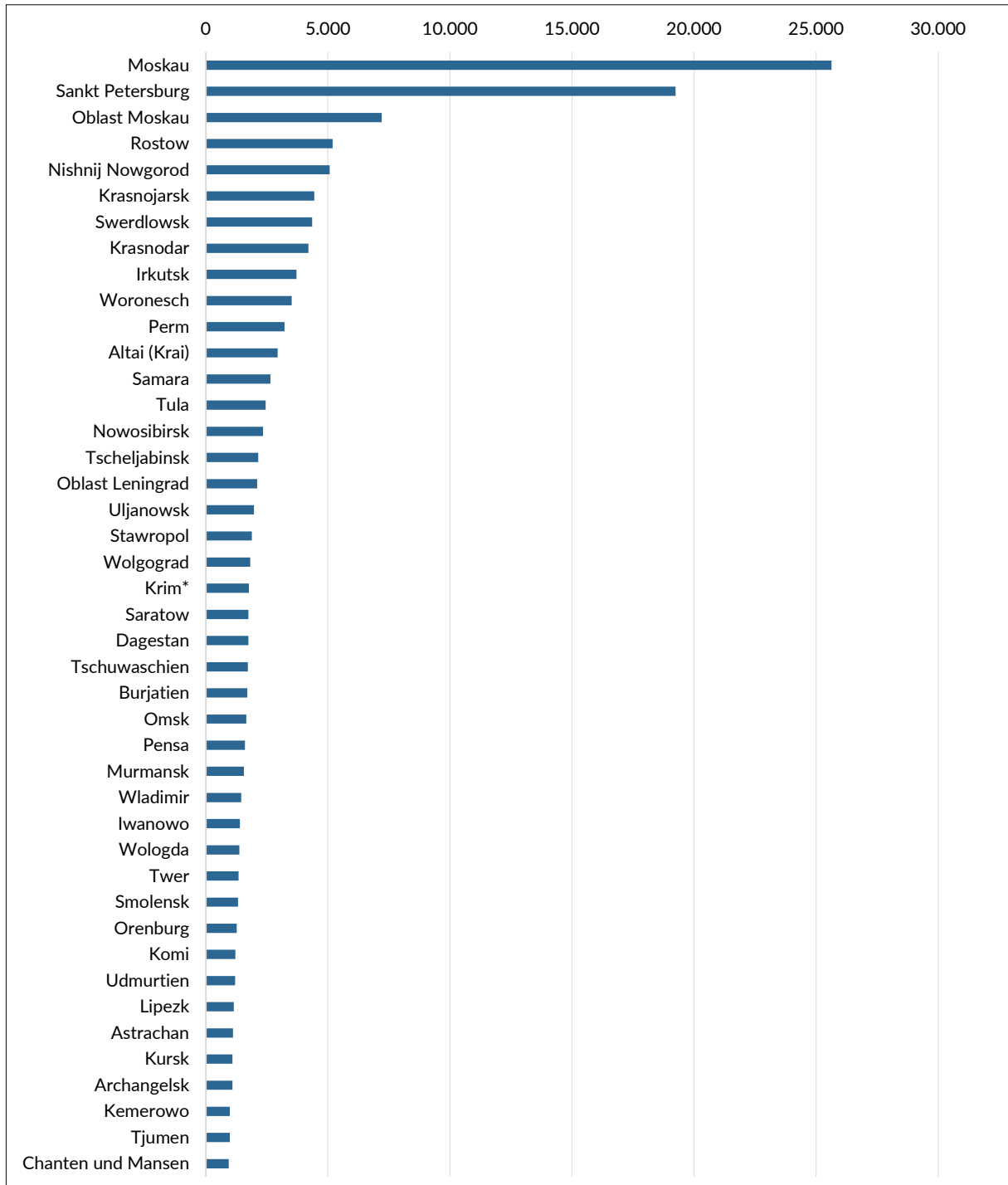


* Die Krim und Sewastopol sind ukrainisches Staatsgebiet, das von Russland annektiert wurde. Diese Annexion ist international nicht anerkannt.

Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. die Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2-26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: <https://gogov.ru/articles/covid-19>

Grafik 8a: Regionale Verteilung der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen: Subjekte der Russischen Föderation nach Fallzahlen (Stand: 31. Juli 2021)

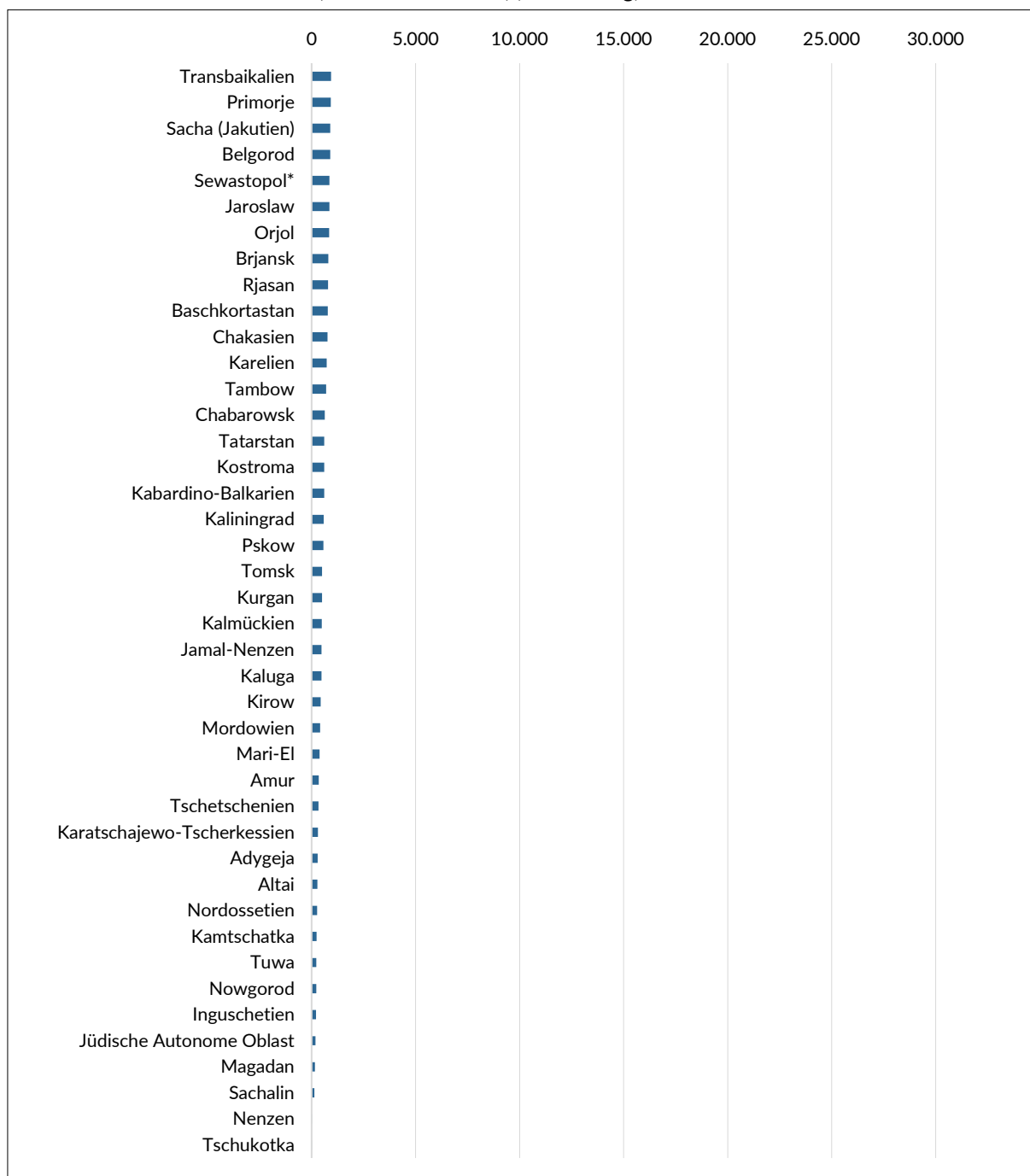


* Die Krim und Sewastopol sind ukrainisches Staatsgebiet, das von Russland annektiert wurde. Diese Annexion ist international nicht anerkannt.

Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. die Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2–26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: <https://gogov.ru/articles/covid-19>

Grafik 8b: Regionale Verteilung der Todesfälle durch Covid-19-Infektionen: Subjekte der Russischen Föderation nach Fallzahlen (Stand: 31. Juli 2021) (Fortsetzung)



* Die Krim und Sewastopol sind ukrainisches Staatsgebiet, das von Russland annektiert wurde. Diese Annexion ist international nicht anerkannt.

Expert:innen gehen davon aus, dass die offiziellen Zahlen um ein Vielfaches zu niedrig ausfallen. Die Dunkelziffer kann im Fall der Todesfälle anhand der Übersterblichkeit geschätzt werden. Der bzw. Leser:in sei auch auf die Texte und Statistiken auf den S. 2-26 in den Russland-Analysen 400 (<https://www.laender-analysen.de/russland-analysen/400/>) verwiesen. Die offiziellen Zahlen geben aber die öffentlich kommunizierte Einschätzung und Entwicklung der epidemiologischen Lage wieder, weshalb wir uns als Redaktion entschlossen haben, sie an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Quelle: <https://gogov.ru/articles/covid-19>

Tabelle 4: Regionale Verteilung der Impfungen gegen Covid-19: Subjekte der Russischen Föderation in alphabetischer Reihenfolge (Stand: 31. Juli 2021)

	Anzahl der einmal Geimpften	Einmal Geimpfte als Prozent der Gesamtbevölkerung	Anzahl der zweifach Geimpften	Zweifach Geimpfte als Prozent der Gesamtbevölkerung
Adygeja	79.000	17,06	32.000	6,91
Altai	52.036	23,55	40.458	18,31
Altai (Krai)	484.618	21,01	372.063	16,13
Amur	203.114	25,98	146.982	18,80
Archangelsk	242.790	22,43	179.573	16,59
Astrachan	265.249	26,58	196.418	19,68
Baschkortastan	933.694	23,26	676.960	16,86
Belgorod	637.335	41,35	503.329	32,66
Brjansk	280.000	23,68	77.441	6,55
Burjatien	261.389	26,53	203.623	20,67
Chabarowsk	250.585	19,26	178.196	13,70
Chakasien	135.152	25,4	93.509	17,57
Chanten und Mansen	464.281	27,51	358.810	21,26
Dagestan	246.654	7,87	147.000	4,69
Inguschetien	98.677	19,14	70.434	13,66
Irkutsk	492.817	20,75	398.297	16,77
Iwanowo	273.131	27,67	203.806	20,65
Jamal-Nenzen	142.000	25,96	113.000	20,66
Jaroslaw	249.500	20,1	181.000	14,58
Jüdische Autonome Oblast	32.000	20,45	24.800	15,85
Kabardino-Balkarien	114.650	13,19	73.672	8,48
Kaliningrad	232.720	22,85	177.151	17,39
Kalmückien	60.000	22,22	42.000	15,55
Kaluga	230.328	23,01	170.584	17,04
Kamtschatka	59.778	19,18	47.001	15,08
Karatschajewo-Tscherkessien	86.627	18,62	68.895	14,81
Karelien	147.087	24,15	103.768	17,04
Kemerowo	651.417	24,74	434.328	16,50
Kirow	286.181	22,89	225.464	18,03
Komi	200.255	24,61	145.630	17,90
Kostroma	141.903	22,58	72.955	11,61
Krasnodar	1.500.000	26,39	1.000.000	17,59
Krasnojarsk	581.000	20,34	432.000	15,12
Krim*	410.787	21,6	334.366	17,58
Kurgan	197.000	24,07	149.000	18,21
Kursk	294.885	26,89	205.600	18,75
Lipezk	320.000	28,36	242.000	21,45
Magadan	38.562	27,74	31.510	22,67
Mari-El	124.672	18,46	91.593	13,56
Mordowien	249.734	32,06	201.630	25,88
Moskau	4.000.000	31,61	2.200.000	17,39
Murmansk	167.000	22,79	93.507	12,76
Nenzen	13.329	30,01	11.772	26,50

Fortsetzung auf der nächsten Seite

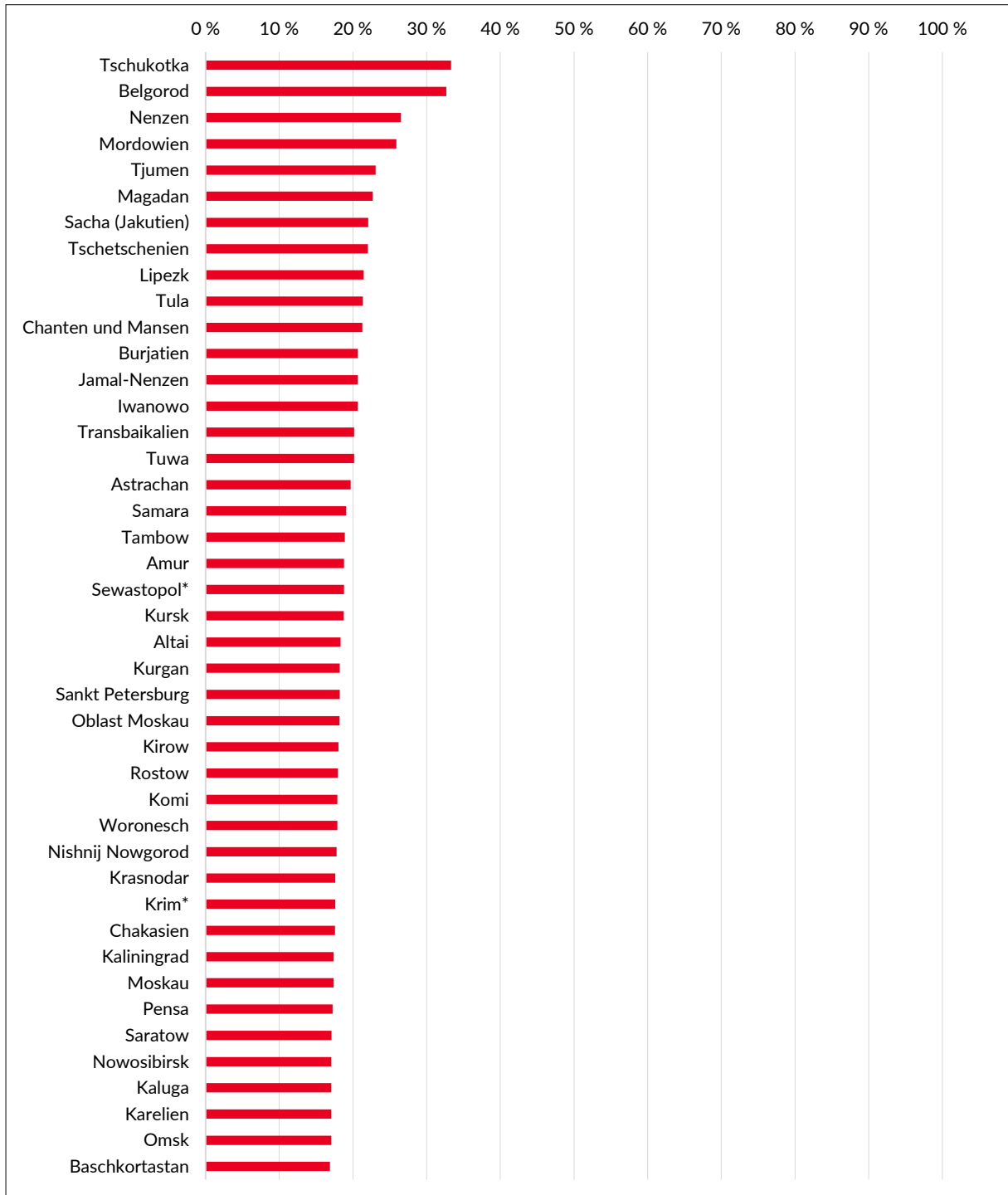
Tabelle 4: Regionale Verteilung der Impfungen gegen Covid-19: Subjekte der Russischen Föderation in alphabetischer Reihenfolge (Stand: 31. Juli 2021) (Fortsetzung)

	Anzahl der einmal Geimpften	Einmal Geimpfte als Prozent der Gesamtbevölkerung	Anzahl der zweifach Geimpften	Zweifach Geimpfte als Prozent der Gesamtbevölkerung
Nishnij Nowgorod	744.891	23,45	564.310	17,77
Nordossetien	108.933	15,72	79.569	11,48
Nowgorod	125.618	21,02	96.252	16,11
Nowosibirsk	570.000	20,46	475.000	17,05
Oblast Leningrad	417.037	22,03	262.687	13,88
Oblast Moskau	2.859.655	37,1	1.400.000	18,16
Omsk	456.059	23,96	324.404	17,04
Orenburg	491.825	25,31	325.256	16,74
Orjol	170.870	23,58	120.396	16,61
Pensa	285.050	22,08	222.312	17,22
Perm	517.725	20,07	373.553	14,48
Primorje	327.486	17,44	238.830	12,72
Pskow	139.243	22,45	97.968	15,80
Rjasan	205.725	18,73	126.000	11,47
Rostow	1.101.820	26,35	751.130	17,96
Sacha (Jakutien)	270.903	27,59	216.625	22,06
Sachalin	146.997	30,27	81.493	16,78
Samara	797.000	25,27	602.000	19,09
Sankt Petersburg	1.316.789	24,46	979.700	18,20
Saratow	530.835	22,16	409.145	17,08
Sewastopol*	117.721	23,08	95.761	18,77
Smolensk	209.465	22,74	148.398	16,11
Stawropol	549.000	19,66	401.667	14,38
Swerdlowsk	892.767	20,81	667.000	15,55
Tambow	242.915	24,43	187.901	18,90
Tatarstan	825.824	21,21	606.371	15,57
Tjumen	479.702	31,08	356.448	23,09
Tomsk	235.358	21,99	176.100	16,45
Transbaikalien	260.994	24,77	212.536	20,17
Tscheljabinsk	608.000	17,66	481.191	13,98
Tschetschenien	583.804	38,97	330.097	22,03
Tschukotka	19.500	39,37	16.500	33,31
Tschuwaschien	246.336	20,39	180.346	14,93
Tula	478.000	32,99	309.000	21,33
Tuwa	86.077	26,05	66.659	20,17
Twer	313.865	25,02	200.000	15,94
Udmurtien	297.699	19,93	208.849	13,98
Uljanowsk	257.573	21,14	195.048	16,01
Wladimir	204.800	15,26	154.300	11,50
Wolgograd	616.000	24,89	400.000	16,16
Wologda	216.886	18,84	164.369	14,28
Woronesch	523.688	22,71	412.010	17,87

* Die Krim und Sewastopol sind ukrainisches Staatsgebiet, das von Russland annektiert wurde. Diese Annexion ist international nicht anerkannt.

Quelle: <https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>

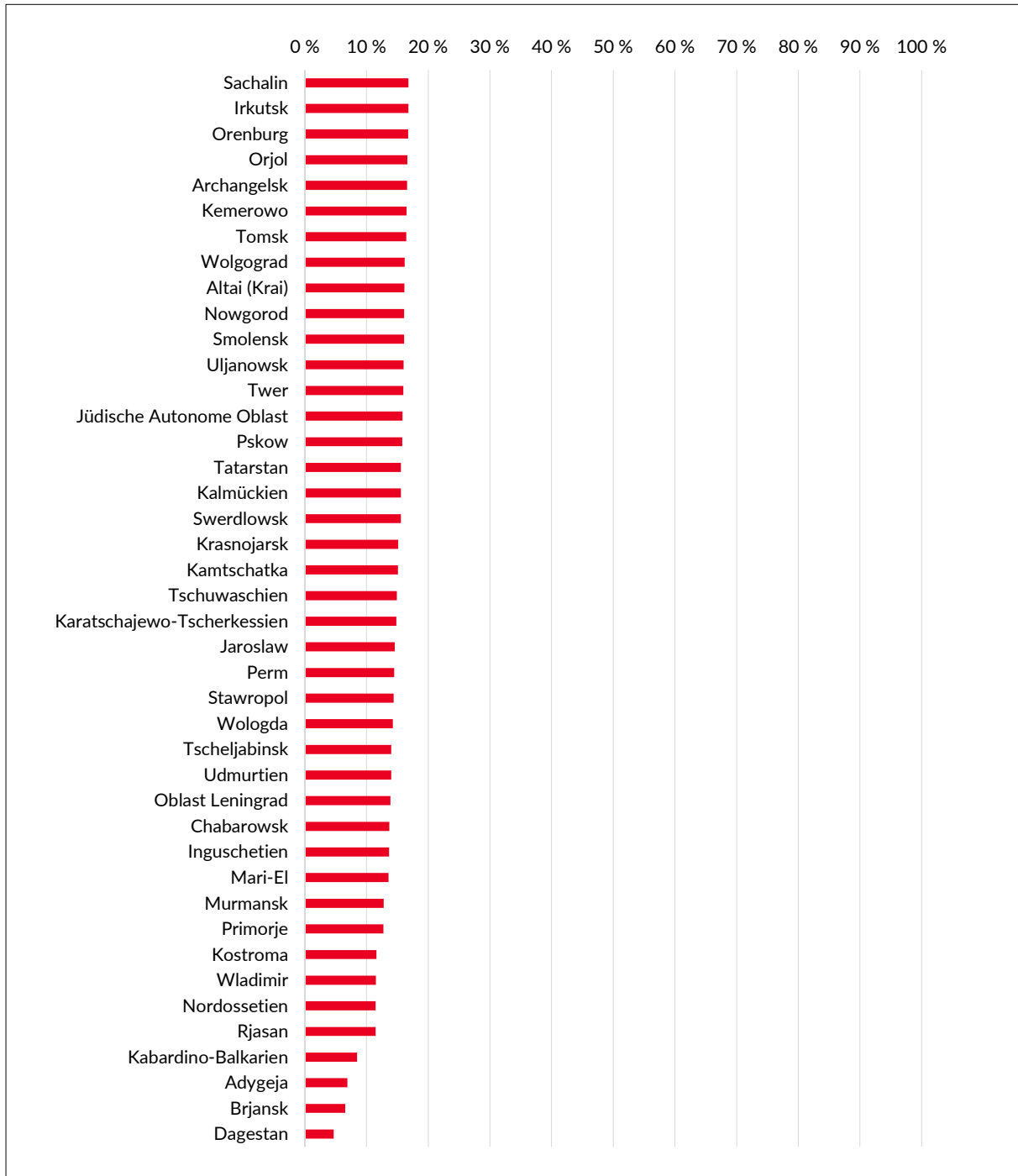
Grafik 9a: Regionale Verteilung der Impfungen gegen Covid-19: Zweifach Geimpfte in den Subjekten der Russischen Föderation in Prozent der Gesamtbevölkerung (Stand: 31. Juli 2021)



* Die Krim und Sewastopol sind ukrainisches Staatsgebiet, das von Russland annektiert wurde. Diese Annexion ist international nicht anerkannt.

Quelle: <https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>

Grafik 9b: Regionale Verteilung der Impfungen gegen Covid-19: Zweifach Geimpfte in den Subjekten der Russischen Föderation in Prozent der Gesamtbevölkerung (Stand: 31. Juli 2021) (Fortsetzung)



* Die Krim und Sewastopol sind ukrainisches Staatsgebiet, das von Russland annektiert wurde. Diese Annexion ist international nicht anerkannt.

Quelle: <https://gogov.ru/articles/covid-v-stats>

Covid-19-Chronik, 14. Juni – 17. Juli 2021

14.06.2021	Wegen der steigenden Covid-19-Infektionszahlen verhängen die Behörden von Sankt Petersburg ab dem 17. Juni 2021 zusätzliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Gastronomische Betriebe dürfen tagsüber bis 18 Uhr nur noch außer Haus verkaufen, die maximale Auslastung von Kinos und Theatern wird wieder auf 50 Prozent reduziert, bei öffentlichen Veranstaltungen gilt auch im Freien Maskenpflicht. Außerdem wird die Zahl der Teilnehmenden auf 3.000 Personen beschränkt.
15.06.2021	Aufgrund der steigenden Covid-19-Infektionszahlen weist der Gouverneur der Oblast Wologda den Regierungsvorsitzenden an, die Zahl der Betten in den staatlichen Krankenhäusern zu erhöhen. In Wologda, der Hauptstadt der Oblast, sind nach Angaben des Gesundheitsamtes zurzeit alle Intensivbetten im städtischen Krankenhaus belegt.
15.06.2021	Aufgrund der steigenden Covid-19-Infektionszahlen werden in den städtischen Moskauer Krankenhäusern zusätzlich 4.000 Betten zur Behandlung von Covid-19-Patient:innen bereitgestellt. Insgesamt stehen laut Aussage des Bürgermeisters Sergej Sobjanin 16.000 solcher Betten zur Verfügung.
15.06.2021	In der Oblast Moskau wird ein Behelfskrankenhaus auf dem Gelände des Freizeitparks »Park Patriot« wieder in Betrieb genommen. Die Oblast stellt 2.000 zusätzliche Betten zur Behandlung von Covid-19-Patient:innen zur Verfügung, so der Gouverneur der Oblast, Andrej Worobjow.
16.06.2021	Das Oberhaupt der russischen Teilrepublik Komi, Wladimir Ujba, wird positiv auf Covid-19 getestet und zur Behandlung in ein Krankenhaus eingeliefert. Sein Zustand sei stabil. Ujba war erst im Februar 2021 gegen Covid-19 geimpft worden.
17.06.2021	Die Leiterin der regionalen Verbraucherschutzbehörde (»Rospotrebnadzor«) in der Oblast Sachalin, Olga Fun-tussowa, gibt bekannt, dass ab dem 21. Juni 2021 in der Oblast eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen bestehen wird. Ziel sei es, bis zum 1. September 2021 60 Prozent der Einwohner:innen gegen Covid-19 geimpft zu haben. In Moskau, der Oblast Kemerowo sowie der Oblast Moskau besteht seit kurzem ebenfalls eine Pflicht zur Impfung für bestimmte Bevölkerungsgruppen.
17.06.2021	Die russische Staatsgesellschaft »Rostec« übergibt 8.000 Impfdosen des in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoffs »Sputnik V« als humanitäre Hilfsleistung an Ägypten. »Rostec« wurde 2007 gegründet, um Entwicklung und Export industrieller High-Tech-Erzeugnisse zu fördern. Nach Angaben des Unternehmens beläuft sich der jährliche Handelsumsatz von Russland und Ägypten auf mehrere zehn Milliarden US-Dollar, einen großen Anteil davon machen Produkte von »Rostec« aus.
17.06.2021	Die Behörden der russischen Teilrepublik Baschkortostan schränken aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen ab dem 21. Juni 2021 den Besuch von Sportstätten, Klubs und anderen öffentlichen Einrichtungen ein. Diese dürfen nur noch mit einem Impfnachweis oder dem Nachweis eines negativen Covid-19-Testergebnisses betreten werden.
18.06.2021	Der Gouverneur der Oblast Kaluga, Wladislaw Schapscha, ist an Covid-19 erkrankt. Er leide nur an leichten Krankheitssymptomen, teilte er mit. Schapscha wurde bereits vollständig gegen Covid-19 geimpft.
18.06.2021	Die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa gibt bekannt, dass bisher 19,7 Millionen Einwohner:innen die erste von zwei notwendigen Impfdosen gegen Covid-19 erhalten hätten. 16,1 Millionen Menschen seien bereits vollständig geimpft.
19.06.2021	Anastassija Rakowa, stellvertretende Bürgermeisterin von Moskau, gibt bekannt, dass in den kommenden 14 Tagen die Bettenkapazität in städtischen Krankenhäusern zur Behandlung von Covid-19-Patient:innen auf insgesamt 24.000 Betten erhöht werde. Dies sind etwa 7.000 mehr als heute. Außerdem kündigten die Behörden an, geplante Krankenhausbehandlungen für Menschen ohne Covid-19-Antikörper seien bis auf weiteres aufzuschieben.
19.06.2021	In der Oblast Twer gilt ab sofort die Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Dies gab die regionale Abteilung der Verbraucherschutzbehörde »Rospotrebnadzor« bekannt. Die Impfpflicht gilt unter anderem für Mitarbeitende des Einzelhandels und der Gastronomie, des öffentlichen Personennahverkehrs und des Bildungs- und Gesundheitswesens. Arbeitgebende sind verpflichtet, bis zum 18. Juli 2021 mindestens 60 Prozent ihrer Beschäftigten zur ersten Impfung zu schicken, um die Coronavirus-Pandemie einzudämmen.
20.06.2021	In der Oblast Moskau steigt die Zahl der Neuinfektionen mit dem Coronavirus innerhalb von 24 Stunden um 1.638 Fälle auf insgesamt 290.542. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020.

20.06.2021	In der russischen Teilrepublik Kalmückien werden die zur Eindämmung des Coronavirus geltenden Beschränkungen des öffentlichen Lebens bis zum 18. Juli 2021 verlängert. Außerdem wird Arbeitgebenden empfohlen, ihre Mitarbeitenden soweit möglich aus dem Homeoffice arbeiten zu lassen. Seit Beginn der Pandemie wurden in der Republik insgesamt 21.231 Infektionsfälle gemeldet.
21.06.2021	Aufgrund der steigenden Covid-19-Infektionszahlen verlängert der Moskauer Bürgermeister Sergej Sobjanin per Dekret die nächtlichen Einschränkungen der Öffnung von gastronomischen Betrieben, Bars und Klubs bis zum 29. Juni 2021.
21.06.2021	Die Behörden der russischen Teilrepublik Burjatien verstärken die geltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens aufgrund des Anstiegs der Covid-19-Infektionszahlen. Gastronomische Betriebe dürfen nur unter Auflagen und nur bis 21 Uhr öffnen. Unternehmen sind angehalten, mindestens 30 Prozent ihrer Angestellten ins Homeoffice zu entlassen. In Burjatien gelten seit dem 11. Juni 2021 wieder weitgehende Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Die Auslastung der zur Behandlung von Covid-19-Patient:innen verfügbaren Krankenhausbetten liegt bei 94,2 Prozent.
21.06.2021	In der Oblast Moskau steigt die Zahl der Covid-19-Infektionsfälle innerhalb von 24 Stunden um 1.811 an. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Pandemie im März 2020. Dies bestätigt die Gesundheitsministerin der Oblast, Swetlana Strigunkowa, auf einem Treffen des Gouverneurs mit Minister:innen und Gemeindevorsteher:innen. Bereits am Vortag hatte es in der Oblast einen Rekordwert gegeben. Die Auslastung der zur Behandlung von Covid-19-Patient:innen zur Verfügung stehenden 12.000 Krankenhausbetten liegt zurzeit bei 89 Prozent.
21.06.2021	In der Stadt Sosnowoborsk, in der Region Krasnojarsk, wird ein Krankenhaus aufgrund starker Regenfälle überflutet. Infolgedessen werden 1.500 Dosen eines Covid-19-Impfstoffs sowie diverse medizinische Geräte zerstört.
21.06.2021	Der Gouverneur der Oblast Murmansk, Andrej Tschibis, kündigt die Einführung verpflichtender Covid-19-Impfungen für Angehörige bestimmter Berufsgruppen an. Die Impfpflicht wird unter anderem für Handwerker, Angestellte sozialer und kultureller Einrichtungen, Bildungseinrichtungen und Gastronomie eingeführt.
21.06.2021	In der Stadt Jekaterinburg wird die für die Zeit der Austragung der Fußball-Europameisterschaft eingerichtete Fanmeile am Stadion aufgrund steigender Covid-19-Infektionsfälle geschlossen. Außerdem wird die Ausrichtung von Schulabschlussfeiern zum Beginn der Sommerferien verboten. In der Oblast Swerdlowsk, in der Jekaterinburg liegt, wurden seit Beginn der Pandemie 91.933 Covid-19-Fälle registriert. Seit Anfang Juni steigt Zahl der täglichen Infektionsfälle wieder.
21.06.2021	In der Oblast Nishnij Nowgorod wird die verpflichtende Impfung gegen Covid-19 für bestimmte Berufsgruppen angeordnet. Dies betrifft unter anderem Mitarbeitende im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsektor, sowie in kulturellen Einrichtungen tätige Personen. Auch der Gouverneur der Region Krasnodar, Weniamin Kondratjew, kündigte die Einführung einer Impfpflicht an.
22.06.2021	In Moskau erliegen innerhalb von 24 Stunden 86 Menschen den Folgen einer Covid-19-Infektion. Dies ist die höchste Zahl an Todesfällen innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Das bisherige Maximum war am 19. Januar 2021 mit 84 Todesfällen erreicht worden. Insgesamt verstarben seit Beginn der Pandemie in der russischen Hauptstadt 21.598 Menschen an Covid-19.
22.06.2021	In der Oblast Moskau erreicht die Zahl neuer Covid-19-Infektionsfälle innerhalb von 24 Stunden mit 1.871 Fällen das dritte Mal in Folge einen neuen Rekordwert seit Beginn der Pandemie im März 2020. Insgesamt wurden in der Oblast seit März 2020 294.224 Infektionsfälle gemeldet.
22.06.2021	Die Behörden der Stadt Moskau geben bekannt, dass die Vorräte des Covid-19-Impfstoffs »CoviVak« aufgebraucht seien. Eine neue Lieferung werde erwartet. Die Impfung mit »CoviVak« wird zunächst ausgesetzt.
22.06.2021	Ab dem 28. Juni 2021 dürfen in Moskau nur noch Menschen, die bereits gegen Covid-19 geimpft sind, in den vergangenen sechs Monaten eine Erkrankung durchgemacht haben oder einen negativen PCR-Test vorweisen können, gastronomische Einrichtungen besuchen. Dies gab Bürgermeister Sergej Sobjanin bekannt. Der Nachweis muss mit Hilfe eines dafür bestimmten QR-Codes erbracht werden. Gastronomische Betriebe sind verpflichtet, die technischen Möglichkeiten zur Überprüfung des Codes zu schaffen. Der Erlass sieht außerdem ein Verbot öffentlicher Veranstaltung mit mehr als 500 Teilnehmer:innen vor. Außerdem werden die anlässlich der laufenden Fußball-Europameisterschaft geschaffenen Fanmeilen, sofern keine Sitzplätze zur Verfügung stehen, geschlossen.
22.06.2021	Die Oblast Swerdlowsk führt eine Impfpflicht gegen Covid-19 für bestimmte Personengruppen ein. Dies kündigte Gouverneur Jewgenij Kujwaschew an. Bisher wurden in Swerdlowsk seit Beginn der Pandemie im März 2020 92.108 Infektionsfälle registriert, 175 in den vergangenen 24 Stunden.

22.06.2021	Die stellvertretende Moskauer Bürgermeisterin Anastassija Rakowa gibt bekannt, dass sich die Zahl der Covid-19-Infektionsfälle in der Stadt in den vergangenen drei Wochen nahezu verdoppelt habe. Die Inzidenzwerte liegen zurzeit etwa auf dem Niveau von Dezember 2020 und Januar 2021, als Russland sich auf dem Höhepunkt der zweiten Infektionswelle befand.
22.06.2021	Der Gouverneur der Oblast Stawropol, Wladimir Wladimirow, erlässt aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen weitere Einschränkungen des öffentlichen Lebens. Öffentliche Großveranstaltungen werden verboten, außerdem werden Unternehmen angehalten, mindestens 30 Prozent ihrer Mitarbeitenden ins Homeoffice zu versetzen.
22.06.2021	Ausländische Staatsangehörige, die sich in Moskau aufhalten, können sich ab sofort mit dem vom »Gamaleja-Institut« entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik light« impfen lassen.
23.06.2021	In der Region Primorje werden aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen erneut Beschränkungen des öffentlichen Lebens eingeführt. Die Auslastung von Kinos, Theatern und anderen Kulturinstitutionen darf nur noch maximal 50 Prozent betragen. Arbeitgebende sind verpflichtet, mindestens 30 Prozent der Beschäftigten, die älter als 65 Jahre, chronisch krank oder schwanger sind, ins Homeoffice zu entlassen. Außerdem werden die Öffnungszeiten gastronomischer Betriebe eingeschränkt.
23.06.2021	Die Behörden der russischen Teilrepublik Burjatien geben bekannt, dass aufgrund der steigenden Covid-19-Infektionszahlen die Tage vom 27. Juni 2021 bis einschließlich 11. Juli 2021 zu »arbeitsfreien Tagen« erklärt werden. Während dieser Zeit ist die Öffnung von Geschäften, mit Ausnahme von Einrichtungen zur Grundversorgung verboten, außerdem wird es eingeschränkten Zugang zu Freizeit- und Erholungseinrichtungen geben.
23.06.2021	Die Behörden der russischen Teilrepublik Baschkortostan geben bekannt, dass es aufgrund der stark steigenden Anzahl an Impfwilligen einen Engpass an Covid-19-Impfstoff gibt.
23.06.2021	Die Oblast Kaliningrad führt eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Personengruppen ein. Die Pflicht zur Impfung schließt Mitarbeitende aus Handel und Transport, Gastronomie, Medizin, Bildung und Sozialarbeit ein. Die erste von zwei notwendigen Impfdosen sollen alle Einwohner:innen der Oblast dieser Kategorie bis zum 20. Juli 2021 erhalten.
23.06.2021	Zum vierten Mal in Folge erreicht der Anstieg an Covid-19-Infektionsfällen in der Oblast Moskau mit insgesamt 2.232 Fällen einen Rekordwert seit Beginn der Pandemie im März 2020.
23.06.2021	In der Oblast Nowosibirsk wird das öffentliche Leben aufgrund eines Anstiegs der Covid-19-Infektionszahlen erneut eingeschränkt. Die Durchführung von Großveranstaltungen wird verboten, Kino-, Konzert- und Theatersäle dürfen nur eine maximale Auslastung von 50 Prozent erreichen. Diese Maßnahmen sollen bis Ende September 2020 gelten. In der Oblast wurden seit Beginn der Pandemie 45.699 Covid-19-Infektionsfälle registriert, in den vergangenen 24 Stunden gab es 154 neue Fälle.
25.06.2021	Der Präsident der russischen Teilrepublik Baschkirien, Radij Chabirow, gibt bekannt, die Einführung weiterer einschränkender Maßnahmen aufgrund steigender Covid-19-Infektionsfälle um eine Woche auf den 5. Juli 2021 zu verschieben. Grund hierfür sei ein Mangel an Impfstoff und die damit verbundene Verzögerung der geplanten Impfungen.
26.06.2021	In der russischen Teilrepublik Udmurtien werden die Impfungen gegen Covid-19 aufgrund eines Mangels an Impfstoff für zwei Tage ausgesetzt. Erwartet wird eine Lieferung von 17.400 Dosen am 27. Juni 2021.
26.06.2021	In Sankt Petersburg erliegen 107 Menschen innerhalb von 24 Stunden einer Erkrankung an Covid-19. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Pandemie im März 2020.
27.06.2021	Die russische Teilrepublik Burjatien führt eine Impfpflicht gegen Covid-19 für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein. Diese soll unter anderem für Beschäftigte im Gesundheitswesen, im Bildungssektor und im sozialen Bereich gelten. Außerdem umfasst sie Beschäftigte im Handel, im Personennahverkehr, im Dienstleistungssektor, in der Gastronomie, in Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Studierende und Personen, älter als 65 Jahre. Die Impfung muss bis zum 01. September 2021 verabreicht worden sein.
27.06.2021	Die russische Teilrepublik Chakassien führt eine Impfpflicht gegen Covid-19 für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein. Dies betrifft unter anderem Beschäftigte in der Gastronomie, im Personennahverkehr, im Bildungs- und Gesundheitssektor, im sozialen Bereich und in Kultur- und Freizeiteinrichtungen. Betroffene Personen müssen sich bis zum 31. August 2021 vollständig impfen lassen.
28.06.2021	Die Behörden der Oblast Pskow führen eine Impfpflicht gegen Covid-19 für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein. Auf Grundlage dieses Beschlusses sollen 60 Prozent aller Mitarbeiter bestimmter Wirtschaftszweige bis zum 27. Juli 2021 geimpft werden. Dies betrifft unter anderem Beschäftigte in der Gastronomie, dem Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen sowie dem Einzelhandel.

28.06.2021	Das staatliche Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie »Vektor« reicht beim russischen Gesundheitsministerium Unterlagen zur Registrierung eines weiteren von ihm entwickelten Covid-19-Impfstoffes (»EpiVak-Corona-N«) ein. Dieser hat seit April 2021 bereits die erste und zweite Phase der klinischen Studien durchlaufen.
28.06.2021	Die Behörden der Region Transbaikalien führen eine Impfpflicht gegen Covid-19 für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein. Sie betrifft unter anderem Beschäftigte des Einzelhandels, des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens, der Gastronomie und der Kultur. Nach offiziellen Angaben ist die Covid-19-Sterblichkeit in der Region im Juni 2021 im Vergleich zum Mai von 76,2 je 100.000 Einwohner auf 304,2 angestiegen. Insgesamt starben seit Beginn der Pandemie im März 2020 in der Region 882 Menschen an Covid-19.
28.06.2021	In Moskau gehen erneut die Vorräte des Covid-19-Impfstoffs »CoviVak« aus. Dies teilt das Rathaus der Stadt offiziell mit. Erst am 25. Juni 2021 war die Impfung mit dem Vakzin nach einer einwöchigen Pause aufgrund von Lieferengpässen wieder aufgenommen worden.
28.06.2021	Die Behörden der Oblast Tambow führen eine Impfpflicht gegen Covid-19 für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein. Diese gilt insbesondere für Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im öffentlichen Personennahverkehr, im Bildungs- und im Gesundheitswesen. Bis zum 20. Juli 2021 soll jeweils die erste von zwei notwendigen Impfungen erfolgt sein. Seit Beginn der Pandemie wurden in der Oblast 34.565 Covid-19-Infektionen registriert, 598 Personen erlagen der Erkrankung.
28.06.2021	Die Behörden der Oblast Smolensk führen eine Impfpflicht gegen Covid-19 für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein. Diese soll unter anderem für Mitarbeitende der Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesens gelten, Beschäftigte in der Gastronomie, der Kultur und im öffentlichen Personennahverkehr.
29.06.2021	In Russland wird mit 652 Toten die höchste Anzahl von Todesfällen im Zusammenhang mit Covid-19 seit Beginn der Pandemie im März 2020 registriert. Damit hat die Gesamtzahl der Verstorbenen seit Beginn der Pandemie 134.545 erreicht.
29.06.2021	In der Oblast Irkutsk werden die zur Eindämmung der Coronavirus-Pandemie geltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens verschärft. Bis zum 26. Juli 2021 werden Firmenfeiern verboten, Eheschließungen sind nur noch in Anwesenheit von höchstens zehn Personen erlaubt. Auch größere Sportveranstaltungen mit mehr als 50 Teilnehmenden werden verboten.
30.06.2021	Zur Unterstützung ziviler Krankenhäuser in der Oblast Tula nimmt das russische Militär ein Feldlazarett zur Behandlung von Covid-19-Patient:innen in Betrieb.
30.06.2021	Die Behörden der Oblast Tuwa stellen ab sofort den Betrieb von Sommerferienlagern aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen ein. Zuvor war bekannt geworden, dass es in einem der Ferienlager zu einem Covid-19-Ausbruch gekommen war. Nach offiziellen Erkenntnissen infizierten sich dort 42 Personen. Gegen die Betreibenden wird zurzeit ermittelt.
30.06.2021	In Russland erliegen innerhalb von 24 Stunden 669 Menschen einer Covid-19-Infektion. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Pandemie im März 2020.
30.06.2021	Während der traditionellen jährlichen Fragestunde mit dem Präsidenten, »Prjamaja Linija« (dt. »Direkter Draht«), gibt Wladimir Putin an, mit dem in Russland entwickelten Impfstoff »Sputnik V« geimpft worden zu sein. Bisher hatte er diese Information nicht öffentlich gemacht. Er bekräftigt außerdem seine ablehnende Haltung gegenüber einer Impfpflicht gegen Covid-19.
01.07.2021	Die Oblast Amur führt eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen ein. Sie sieht unter anderem eine Pflicht zur Impfung von Angestellten der Gastronomie, des Einzelhandels, des Gesundheits- und Bildungswesens vor. Außerdem gilt sie für Studierende, Menschen über 60 Jahre sowie chronisch Kranke. Die Regierung begründet diesen Schritt mit dem starken Anstieg der Infektionszahlen in den vergangenen vier Wochen.
01.07.2021	In Moskau beginnen die Covid-19-Auffrischungsimpfungen mit »Sputnik V« und »Sputnik light«. Die Behörden empfehlen die Auffrischung der Impfung mit einem der beiden Impfstoffe nach sechs Monaten.
01.07.2021	In Moskau werden 7.597 neue Covid-19-Fälle innerhalb von 24 Stunden gemeldet. Dies sind etwa 30 Prozent mehr als am Vortag. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 wurden in Moskau offiziell 1.365.812 Fälle gemeldet.
01.07.2021	In Moskau gehen die Vorräte des vom staatlichen Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie »Vektor« entwickelten Covid-19-Impfstoffs »EpiVakCorona« zur Neige. Die Lieferung der nächsten Charge wird für die kommenden Tage erwartet. Am 28. Juni war bereits gemeldet worden, dass das Vakzin »CoviVak« zurzeit nicht erhältlich sei.

01.07.2021	In der Oblast Rostow wird eine Pflicht zur Impfung gegen Covid-19 für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Begründet wird diese Maßnahme mit der bisherigen schlechten Impfrate, die die Herstellung einer Herdenimmunität nicht zulasse. Die Impfpflicht gilt unter anderem für Mitarbeitende des Einzelhandels, der Gastronomie und des öffentlichen Personennahverkehrs. Ziel ist es, bis zum 26. August 2021 mindestens 60 Prozent der betroffenen Bevölkerungsgruppen vollständig gegen Covid-19 zu impfen.
02.07.2021	In Russland erliegen innerhalb von 24 Stunden 679 Menschen einer Covid-19-Infektion. Dies ist der höchste Wert seit Beginn der Pandemie im März 2020.
02.07.2021	In der Region Krasnodar werden 202 neue Covid-19-Infektionen innerhalb der vergangenen 24 Stunden gemeldet. Dies ist der höchste Anstieg innerhalb eines Tages seit Beginn der Pandemie im März 2020.
03.07.2021	Aufgrund steigender Covid-19-Inzidenzwerte wird in der Oblast Irkutsk bis zum 18. Juli der Betrieb von Theatern, Konzertsälen und anderen Freizeiteinrichtungen ausgesetzt. Touristische Übernachtungen sind nur unter Vorlage eines Impfsertifikats oder eines negativen PCR-Tests gestattet. Seit Beginn der Pandemie im März 2020 wurden in der Oblast offiziell 74.898 Covid-19-Infektionen gemeldet.
03.07.2021	Aufgrund steigender Covid-19-Inzidenzwerte beschließt die Regierung der russischen Teilrepublik Burjatien die Schließung von Einzelhandelsgeschäften, die nicht der Deckung des alltäglichen Bedarfs dienen, bis zum 11. Juli 2021.
05.07.2021	In der Oblast Omsk wird die Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Diese gilt unter anderem für Mitarbeiter der Gastronomie, des Einzelhandels, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Kultureinrichtungen und des öffentlichen Personennahverkehrs. Ziel ist es, bis zum 26. August 2021 mindestens 60 Prozent der Menschen aus diesen Gruppen vollständig zu impfen.
05.07.2021	Im Alter von 81 Jahren verstirbt der russische Regisseur Wladimir Menschow an den Folgen einer Covid-19-Erkrankung. Weltweite Berühmtheit erlangte Menschow im Jahr 1980 mit seinem Oscar-prämierten Film »Moskwa slesam ne werit« (dt. »Moskau glaubt den Tränen nicht«). Im international erfolgreichen Blockbuster »Wächter der Nacht« von 2004 spielte er die Hauptrolle. Zuletzt hatte er die Annexion der Krim begrüßt und eine Million Rubel zur Unterstützung der Donbas-Milizen in der Ukraine gestiftet.
07.07.2021	In der russischen Teilrepublik Komi wird die Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Diese gilt unter anderem für Mitarbeitende der Gastronomie, des Einzelhandels, des Bildungs- und Gesundheitswesens, von Kultureinrichtungen und des öffentlichen Personennahverkehrs. Ziel ist es, bis zum 27. August 2021 mindestens 60 Prozent der Menschen aus diesen Gruppen vollständig zu impfen.
08.07.2021	Die Sprecherin der Regierung der russischen Teilrepublik Tatarstan, Liliya Galimowa, gibt bekannt, dass es zurzeit eine Knappheit an Covid-19-Impfstoff gibt. Als Begründung nannte Galimowa die unerwartet hohe Nachfrage nach Impfungen. In Tatarstan sind bisher 603.400 Menschen gegen Covid-19 geimpft, 408.783 genießen bereits den vollen Impfschutz.
08.07.2021	Die Weltgesundheitsorganisation setzt den zunächst in Russland entdeckten Covid-19-Stamm AT.1 auf die Beobachtungsliste. Dies geschieht bei dem Verdacht, dass eine Mutation das Virus auf gefährdende Weise verändert, zur Absicherung jedoch noch Forschungsdaten fehlen.
09.07.2021	Aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen werden die Einschränkungen des öffentlichen Lebens in der Region Transbaikalien verschärft. Bis zum 06. August 2021 werden alle Kultur-, Sport- und Freizeitveranstaltungen verboten. Gastronomische Betriebe dürfen tagsüber nur einen Liefer- oder Mitnahmeservice anbieten. Theater, Kinos und Museen dürfen mit bis zu 50 Prozent Auslastung weiterhin öffnen. Personen über 65 Jahre und ungeimpfte Schwangere müssen ihre Kontakte einschränken.
09.07.2021	In der Oblast Tomsk werden aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen weitere Beschränkungen des öffentlichen Lebens erlassen. Massenveranstaltungen in Innenräumen werden bis auf weiteres verboten, im Freien auf eine Höchstteilnehmerzahl von 1.000 Personen begrenzt. Gastronomische Betriebe müssen von Mitternacht bis sechs Uhr morgens schließen.
10.07.2021	Aufgrund steigender Covid-19-Infektionszahlen werden in der Oblast Rostow Massenveranstaltungen verboten. Für Kultur- und Sporteinrichtungen sowie die Gastronomie gilt erneut eine Beschränkung der Besucherzahlen. Firmen sind angehalten, mindestens 30 Prozent ihrer Angestellten ins Homeoffice zu entlassen. In der Oblast liegt die Inzidenz zurzeit bei 1,3. Insgesamt wurden seit Beginn der Pandemie im März 2020 offiziell mehr als 102.000 Fälle registriert.
10.07.2021	Die Vorräte des in Moskau seit heute wieder verfügbare Covid-19-Impfstoff »CoviVak« sind innerhalb eines Tages erneut aufgebraucht. Seit dem 28. Juni waren aufgrund fehlender Nachlieferungen keine Impfungen mit diesem Vakzin in der Hauptstadt mehr möglich gewesen.

11.07.2021	Die russische Teilrepublik Krim meldet mit 368 Fällen den höchsten Anstieg an Covid-19-Neuinfektionen innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020. Insgesamt wurden seitdem 51.000 Covid-19-Erkrankungen registriert.
12.07.2021	In der Oblast Kemerowo werden das erste Mal seit Beginn der Covid-19-Pandemie im März 2020 mit einem Zuwachs von 201 Fällen mehr als 200 neue Fälle innerhalb von 24 Stunden registriert. Seit Beginn der Pandemie erkrankten nach offiziellen Zahlen in der Oblast 42.246 Menschen an Covid-19, 879 starben. Auch in der Oblast Swerdlowsk wird mit 464 neuen Fällen innerhalb von 24 Stunden der höchste Zuwachs seit Beginn der Pandemie festgestellt.
12.07.2021	In der Oblast Nowgorod werden wegen steigender Covid-19-Infektionszahlen Kontaktbeschränkungen für Kinder und Jugendliche unter 14 Jahren verhängt. Der Besuch von Kultur- und Freizeiteinrichtungen ist ohne Begleitung Erwachsener verboten.
13.07.2021	In Russland erliegen innerhalb von 24 Stunden 780 Menschen den Folgen einer Covid-19-Erkrankung. Dies ist die höchste Zahl an Todesfällen innerhalb von 24 Stunden seit Beginn der Pandemie im März 2020.
13.07.2021	In der Region Perm wird eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Betroffen sind unter anderem Beschäftigte im Einzelhandel, der Gastronomie, im öffentlichen Personennahverkehr, im Bildungs- und im Gesundheitswesen. Ziel ist es, bis zum 15. September 2021 60 Prozent der Menschen aus dieser Gruppe vollständig zu impfen. Auch in der Oblast Kostroma wird eine ähnliche Verordnung erlassen.
14.07.2021	In der Oblast Uljanowsk werden die Covid-19-Impfungen wegen eines Mangels an Impfstoff bis auf weiteres ausgesetzt. Bisher haben in der Oblast nach offiziellen Angaben 226.512 Menschen die erste Impfung erhalten.
15.07.2021	Nigeria lässt den in Russland entwickelten Covid-19-Impfstoff »Sputnik V« zu.
15.07.2021	In der russischen Teilrepublik Kabardino-Balkarien wird eine Covid-19-Impfpflicht für bestimmte Bevölkerungsgruppen eingeführt. Die Impfung wird unter anderem für Beschäftigte des Einzelhandels, der Gastronomie, des Bildungs- und des Gesundheitswesens, der Landwirtschaft, der Tourismus- und Kulturbranche vorgeschrieben.
17.07.2021	Das russische Verteidigungsministerium entsendet ein Behelfs Krankenhaus aus der Region Tscheljabinsk mit einer Kapazität von 100 Betten in die russische Teilrepublik Chakassien. Medizinisches Personal soll die örtlichen Krankenhäuser bei der Behandlung von Covid-19-Patient:innen unterstützen.

Die Zahlen der Infizierten in den einzelnen Chronikmeldungen stammen aus Meldungen russischer Medien.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

CHRONIK

16. Juni – 18. Juli 2021

16.06.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin trifft in Genf seinen US-amerikanischen Amtskollegen Joe Biden. Nach dem Treffen erklärt Putin in einer Pressekonferenz, der Ton der Gespräche sei »konstruktiv« gewesen. Die Präsidenten einigten sich auf die Rückkehr der Botschafter ins jeweils andere Land. Russland hatte Ende März seinen Botschafter aus den USA abgezogen, nachdem Biden Putin in einem Fernsehinterview als »Killer« bezeichnet hatte. Biden betonte nach dem Treffen, er habe Putin vor einer Einmischung Russlands in US-Wahlen gewarnt. Die USA würden eine Verletzung ihrer demokratischen Souveränität nicht tolerieren.
17.06.2021	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter und letzter Lesung ein Gesetz, das ausländische IT-Unternehmen mit einem täglichen Website-Traffic von 500.000 einzelnen Seitenaufrufen verpflichtet, Niederlassungen in Russland zu gründen. Diese können damit für Verstöße des Unternehmens gegen russische Gesetze haftbar gemacht werden. Unter diese Regelung fallen Unternehmen, die Informationen auf Russisch veröffentlichen, auf Russisch werben, Informationen über russische Nutzer:innen verarbeiten oder von russischen juristischen oder natürlichen Personen Geld erhalten.
17.06.2021	In der autonomen Republik Krim wird aufgrund starker Regenfälle der Notstand ausgerufen. Innerhalb eines Tages fiel im Osten der Insel die Niederschlagsmenge von zwei durchschnittlichen Monaten. Es kam zu Überschwemmungen, mehrere tausend Menschen mussten evakuiert werden.
21.06.2021	Der Europarat verlängert die aufgrund der Annexion der Krim im Jahr 2014 verhängten Sanktionen um ein weiteres Jahr bis zum 23. Juni 2022. Die Sanktionen umfassen ein Importverbot von Produkten von der Krim in die EU, außerdem ein Ausfuhrverbot bestimmter technologischer Güter aus der EU auf die Krim.
21.06.2021	Die deutsche Generalbundesanwaltschaft lässt einen Mitarbeiter des Institut für Materialforschung der Universität Augsburg wegen des Verdachts auf Spionage für den russischen Geheimdienst festnehmen. Der Verdächtige, der sich zwischen Oktober 2020 und Juni 2021 mindestens dreimal mit Angehörigen des russischen Auslandsgeheimdienstes getroffen haben soll, ist russischer Staatsbürger.
22.06.2021	Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, Dmitrij Medwedew, kündigt an, dass Russland seine Militärpräsenz in der Arktis weiter ausbauen werde und damit auf Versuche ausländischer Staaten reagiere, die Situation in der Region zu destabilisieren.
23.06.2021	Das Wassileostrowskij-Bezirksgericht in Sankt Petersburg verurteilt den ehemaligen Leiter der in Russland als »unerwünschte Organisation« geltenden Menschenrechtsorganisation »Otkrytaja Rossija« (dt. »offenes Russland«), Andrej Piwowarow, zu einer Geldstrafe von 50.000 Rubel (etwa 580 Euro). Piwowarow habe es versäumt, »Otkrytaja Rossija« in das Register sogenannter »ausländischer Agenten« aufnehmen zu lassen.
23.06.2021	Das russische Verteidigungsministerium meldet die Abgabe von Warnschüssen und den Abwurf von Bomben, nachdem ein britischer Zerstörer drei Kilometer in Hoheitsgewässer Russlands auf dem Schwarzen Meer vor der von Russland annektierten Halbinsel Krim eingedrungen sei. Großbritannien dementiert den Vorfall. Die abgegebenen Schüsse seien angekündigte Übungsschüsse der russischen Marine gewesen. Der Zerstörer habe sich auf Durchfahrt durch ukrainische Gewässer befunden, die im Einklang mit internationalem Recht gestanden habe.
24.06.2021	Der US-amerikanische Botschafter in Moskau, John Sullivan, kehrt nach Russland zurück. Er musste das Land Ende April verlassen, nachdem die USA zehn russische Diplomaten ausgewiesen hatten. Bei ihrem Treffen am 16. Juni 2021 in Genf vereinbarten die Präsidenten beider Länder eine Rückkehr ihrer Diplomaten ins jeweils andere Land.
29.06.2021	In Moskau werden die Redaktionsräume des unabhängigen russischen Mediums »Projekt« durchsucht. Nach offiziellen Angaben steht die Durchsuchung im Zusammenhang mit einer Ermittlung wegen Verleumdung gegen den Chefredakteur des Mediums, Roman Badanin.
29.06.2021	Der ehemalige Leiter des von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründeten »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK), Iwan Shdanow, wird von Russland auf die internationale Fahndungsliste gesetzt. Der Fonds war im Mai vom Moskauer Stadtgericht verboten worden. Shdanow lebt zurzeit in Litauen. Gegen ihn wird in Russland unter anderem wegen Betrugs ermittelt.
01.07.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, dass die öffentliche Gleichsetzung von Handlungen der Sowjetunion und Nazideutschlands im Zweiten Weltkrieg sowie die Leugnung des entscheidenden Beitrags der Sowjetunion zum Kriegsausgang verbietet. Begründet wird diese Initiative mit dem Kampf gegen »Geschichtsfälschung«.
01.07.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz über die verpflichtende biometrische Registrierung und medizinische Untersuchung ausländischer Staatsbürger:innen, die für mehr als drei Monate nach Russland einreisen. Die medizinische Untersuchung soll sowohl Tests auf Infektionskrankheiten als auch auf Drogenmissbrauch umfassen und muss alle 30 Tage wiederholt werden.

01.07.2021	Der russische Ministerpräsident Michail Mischustin gibt bekannt, dass das staatlich festgelegte Existenzminimum in Russland im Jahr 2022 13.026 Rubel (etwa 149 Euro) für eine Person im erwerbsfähigen Alter betragen wird, für Kinder wird es auf 11.592 Rubel (etwa 133 Euro), für Rentner:innen auf 10.277 Rubel (etwa 118 Euro) festgelegt. Derzeit liegt das Existenzminimum im Schnitt bei 11.653 Rubel (etwa 134 Euro).
02.07.2021	Der ehemalige französische Premierminister Francois Fillon wird in den Aufsichtsrat des staatlichen russischen Unternehmens »Sarubeshneft« berufen. »Sarubeshneft« ist seit 1967 auf die Erschließung und den Betrieb von Öl- und Gasfeldern außerhalb Russlands spezialisiert und betreibt unter anderem in Vietnam, Kuba und Ägypten Öl- und Gasfelder. Fillon war von 2007 bis 2012 unter Nikolas Sarkozy französischer Premierminister, ihn verbindet eine langjährige Freundschaft mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin.
04.07.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin legt ein neues Konzept zur nationalen Sicherheit vor. Darin betont er die Gefährdung der kulturellen Souveränität durch die Verwestlichung der russischen Kultur. Der Westen greife gezielt Russlands traditionelle geistig-moralischen Werte an. Russland behalte sich weiterhin das Recht auf spiegelbildliche Maßnahmen im Falle unfreundlicher Handlungen anderer Staaten vor.
08.07.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin ernennt Michail Winogradow, Leiter der Abteilung für internationale rechtliche Zusammenarbeit der Generalstaatsanwaltschaft, zum neuen Vertreter Russlands am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Winogradow folgt dem stellvertretenden Justizminister Michail Galperin nach, der dieses Amt seit 2017 innehatte. Im Juni war das Vertretungsrecht per Präsidiengesetz vom Justizministerium auf die Generalstaatsanwaltschaft übergegangen.
08.07.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin hebt das seit November 2015 bestehende Dekret auf, das russischen Airlines verbietet, Charterflüge von und nach Ägypten anzubieten. Das Dekret war erlassen worden, nachdem im Herbst 2015 ein Flugzeug der russischen Airline Kogalymawija auf seinem Weg von Scharm-el-Sheik nach Sankt Petersburg explodiert war. 224 Menschen kamen dabei ums Leben. Der Absturz wird offiziell als Terroranschlag gewertet, nachdem der IS sich zu dem Anschlag bekannt hatte. Im Jahr 2018 wurden bereits Linienvflüge zwischen Moskau und Kairo für Aeroflot und EgyptAir wieder erlaubt.
09.07.2021	Rund zehn Unterstützende des ehemaligen Gouverneurs der Oblast Chabarowsk, Sergej Furgal, erinnern mit einer Mahnwache an dessen Verhaftung vor einem Jahr. Furgal wurde am 09. Juli 2020 wegen des Verdachts des versuchten Mordes und des zweifachen Auftragsmordes festgenommen. Im Anschluss war es zu monatelangen Massenprotesten gekommen. Furgal sitzt bis heute in Untersuchungshaft.
09.07.2021	Das Innenministerium der russischen Teilrepublik Baschkirien reicht Klage beim Bezirksgericht in Ufa ein auf Erstattung der Kosten des Polizeieinsatzes während der nicht genehmigten Protestkundgebung zur Unterstützung des Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj am 23. Januar 2021. Die Klage richtet sich gegen die Organisatoren der Kundgebung aus dem Regionalbüro von Nawalnyjs »Fonds für Korruptionsbekämpfung«. An der Kundgebung nahmen nach offiziellen Angaben mehr als 2.000 Menschen teil. Die Kosten für den Polizeieinsatz beliefen sich auf mehr als 1,6 Millionen Rubel (etwa 18.000 Euro). Ein ähnlicher Antrag auf Erstattung von 1,1 Millionen Rubel (etwa 12.400 Euro) für den Einsatz auf der Protestkundgebung am 31. Januar 2021 wird zurzeit vom Djomskij-Bezirksgericht geprüft.
09.07.2021	Der von Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj gegründete »Fonds für Korruptionsbekämpfung« (FBK) legt Berufung beim Moskauer Stadtgericht gegen die die am 9. Juni 2021 erfolgte Einstufung als »extremistische Organisation« ein. Mit dem Urteil ist es am FBK beteiligten Personen für zehn Jahre verboten, in Russland gemeinnützige Organisationen zu gründen oder bei Wahlen zu kandidieren. Der FBK selbst wurde verboten.
12.07.2021	Der Oppositionspolitiker und Abgeordnete der Moskauer Stadtduma, Ilja Jaschin, tritt von seinem Amt als Leiter des Moskauer Bezirks Krasnoselskij zurück. Er begründete diesen Schritt mit der Nichtzulassung zur Wahl der Moskauer Stadtduma im September 2021 durch die Bezirkswahlkommission. Jaschin wird vorgeworfen, in extremistische Aktivitäten verwickelt zu sein, aus diesem Grund darf er fünf Jahre lang bei keiner Wahl kandidieren.
12.07.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin veröffentlicht einen Aufsatz »Über die historische Einheit von Russen und Ukrainern«. Er erinnert darin an geschichtliche, kulturelle und mentale Gemeinsamkeiten und stellt gleichzeitig das Staatsgebiet der Ukraine in Frage.
13.07.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin und sein belarussischer Amtskollege Aleksandr Lukaschenko einigen sich auf einem Treffen in Sankt Petersburg auf die Höhe des Kredites, den Belarus von Russland zum Ausgleich der Folgen des sogenannten »Steuermanövers« erhält. Im Jahr 2019 ist in Russland ein Gesetz in Kraft getreten, dass die Ausfuhrzölle auf Rohöl schrittweise auf null Prozent senkt, die Steuern auf Erdölförderung jedoch ansteigen lässt. Diese sollen an die Abnehmer weitergegeben werden. Da Belarus von den Ausfuhrzöllen befreit ist, die Preissteigerung jedoch in vollem Maße tragen muss, rechnen Expert:innen mit schwerwiegenden Folgen für den belarussischen Haushalt.

14.07.2021	In der russischen Teilrepublik Sacha gibt es zurzeit mehr als 316 Waldbrände auf einer Fläche von mehr als 1,3 Millionen Hektar. Dies teilt die zuständige Regionalregierung mit. Gelöscht werden zurzeit 76 Brände auf einer Fläche von 496.700 Hektar. Die Regierung hat den Notstand ausgerufen.
15.07.2021	Der russische Präsident Wladimir Putin und der US-Sondergesandte für Klimafragen, John Kerry, verständigen sich in einem Telefongespräch auf eine umfassendere Zusammenarbeit in Klimafragen. Putin bekräftigte in dem Gespräch die Absicht Russlands, die eigenen Emissionen zu reduzieren.
15.07.2021	Estland weist einen russischen Diplomaten aus. Es reagiert damit auf die Ausweisung des estnischen Konsuls Mart Lätte aus Russland. Dieser war am 06. Juli 2021 festgenommen worden, als er in Sankt Petersburg versuchte, Geheiminformationen von einem Russen zu erhalten.
15.07.2021	Das russische Justizministerium erklärt acht weitere Journalisten zu sogenannten »ausländischen Agenten«. Darunter auch Mitarbeitende von »Projekt« und »Radio Swoboda«.
16.07.2021	In Russland werden zurzeit mehr als 300 Waldbrände auf einer Fläche von insgesamt mehr als einer Million Hektar gelöscht. Die größten davon in der Teilrepublik Sacha, im Autonomen Kreis der Tschuktschen und in der Region Kamtschatka. In Russland ist es erlaubt, Feuer in sogenannten »Kontrollzonen« dann nicht zu löschen, wenn die voraussichtlichen Löschkosten den voraussichtlichen Sachschaden übersteigen.
18.07.2021	Die russische Anwaltsorganisation »Komanda 29« (dt. Team 29) stellt ihre Arbeit ein. »Komanda 29« war 2014 von Menschenrechtsanwalt Iwan Pawlow gegründet worden und hatte regelmäßig Angeklagte in Prozessen bei Hochverrat oder Spionage vertreten, darunter auch den inhaftierten Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj. Der Auflösung der Gruppe vorausgegangen war die Sperrung ihrer Internetpräsenz durch die russische Regierung. Begründet wird die Auflösung mit der Angst vor Strafverfolgung der Mitglieder. Gegen Pawlow selbst läuft im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Aleksej Nawalnyj ein Strafverfahren wegen Geheimnisverrats.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Fabian Burkhardt (verantwortlich)
 Assistenz: Leonie Eckl
 Chronik: Alena Schwarz
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich
 Dr. Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2021 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>